

# DER ALBANISCHE STAAT IN DER KRISE

Herwig JEDLAUCNIK

## Vorbemerkungen

Mitte März 1997 brach die staatliche Ordnung in fast ganz Albanien völlig zusammen. Unruhen und Plünderungen vor allem staatlicher Einrichtungen stellten sich weder Polizei noch Armee entgegen — ganz im Gegenteil. Vor allem Armee-Einrichtungen waren bevorzugtes Ziel von Ausschreitungen, da die Bevölkerung daranging, sich zu bewaffnen. Gleichzeitig setzte auch eine massive Flüchtlingswelle vor allem nach Italien ein. Da der Situation in Albanien offensichtlich niemand mehr Herr wurde, sprachen sich sowohl Regierung als auch Aufständische für einen internationalen Militär- und Polizeieinsatz aus, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.

Um zu verstehen, wie es möglich war, daß Ende des 20. Jahrhunderts in Europa ein Staat implodiert bzw. daß die Krise nicht, wie vielfach behauptet, überraschend ausbrach, sowie für die Beurteilung der derzeitigen Lage sind einige Hintergründe dieser Krise genauer zu beleuchten. Unter anderem wird die Machtverteilung in verschiedenen Phasen der neueren Entwicklung des albanischen Staates an Hand prästaatlicher, staatlicher und poststaatlicher Strukturen dargelegt. Im Gegensatz zu staatlichen betonen prästaatliche Strukturen familiäre und stammesähnliche Lebensformen und leiten aus diesen ihre soziale und politische Identität ab. Sie sind in der Regel dezentralisiert und sehr differenziert. Angelehnt an diese verwandtschaftlich definierten Beziehungen entwickeln sich teilweise auch Patronagesysteme, die schwächere Familien oder Einzelpersonen in diese prästaatlichen Strukturen einbeziehen. Poststaatliche Strukturen hingegen sind sich der staatlichen Steuerung entziehende Organisationsformen, die staatliche Macht sowie deren Gewalt- und Steuermonopol unter Einsatz unterschiedlicher Mittel zurückdrängen. Während prästaatliche Elemente vor allem regional organisiert sind, haben poststaatliche Organisationsstrukturen sehr unterschiedliche Ausdehnungen; von kleinen örtlichen über regionale — eventuell an prästaatliche Strukturen angelehnte — bis hin zu supranationalen Strukturen, die eng mit der internationalen organisierten Kriminalität kooperieren. Die Relevanz dieser Machtstrukturen wird in dieser Studie beurteilt und in Graphiken veranschaulicht. Dabei wird überdies räumlich zwischen Nord-, Zentral- und Südalbanien unterschieden. In weiterer Folge wird auch der Machtbereich verschiedener Herrschaftssysteme bzw. führender politischer Akteure mit diesen Machtstrukturen verglichen und ebenfalls graphisch dargestellt. Je mehr sich dabei dieser Machtbereich mit den relevanten Machtstrukturen deckt desto stabiler, je geringer die Deckung ist um so instabiler ist das politische Gesamtsystem.

Albanien war erst 1912/13 unabhängig geworden und dabei zeitweilig von den damaligen Großmächten verwaltet worden. Nach kurzer, eingeschränkter Selbstbestimmung, die von der Clanherrschaft Ahmed Zogus gekennzeichnet war, wurde es 1939 von Italien, das schon in den Jahren zuvor seinen Einfluß massiv zur Geltung gebracht hatte, besetzt. Nach den Wirren des Zweiten Weltkrieges errichtete Enver Hoxha ein kommunistisches Regime, das Albanien nicht nur ökonomisch, sondern auch geistig um Jahrzehnte zurückgeworfen und überdies großer Teile seiner Kultur beraubt hatte. Nach wechselnder Abhängigkeit und Bindung an Jugoslawien, die Sowjetunion und schließlich China begann Ende der 70er Jahre die Phase selbstgewählter Isolation und vollkommener "Unabhängigkeit". Nachdem Hoxha 1985 verstorben und es in Osteuropa zum Umbruch gekommen war, versuchte die neue Führung Ende der 80er Jahre durch Reformen die Gefahr einer Revolution zu verringern — erfolglos. 1990 kam es zu ersten Unruhen, und nach erstmaligen Mehrparteienwahlen 1991 wurden ein Jahr später bei vorgezogenen Neuwahlen die Kommunisten von der Macht verdrängt. Vor dieser "demokratischen Revolution" war Albanien ein zentralistischer Staat, der jedoch nicht

nur von der Familie Enver Hoxhas und seinem Patronagesystem, sondern generell von Führern aus dem Süden des Landes dominiert worden war.

### **Berishas Herrschaft**

Die Demokratische Partei Albaniens übernahm nunmehr die Regierungsgeschäfte, und deren charismatischer Parteiführer Sali Berisha wurde Staatspräsident. Die neue Führung begann unverzüglich die jüngere kommunistische Vergangenheit Albaniens "aufzuarbeiten", ließ ehemalige kommunistische Parteifunktionäre, die nunmehr teilweise die Führungsspitze der Sozialistischen Partei bildeten, verhaften und gerichtlich aburteilen, besetzte leitende Positionen in Armee, Polizei, Justiz und Verwaltung vor allem durch eigene Parteianhänger und untersagte mit den sogenannten "Genozid-Gesetzen" früheren Spitzenfunktionären der Kommunistischen Partei und des Geheimdienstes u. a. bis 2002 politische Ämter zu bekleiden. Daraufhin boykottierte die oppositionelle Sozialistische Partei die Zusammenarbeit mit der Regierung. Zusätzlich wurde die Situation dadurch verschärft, daß die kommunistische Führung sich traditionell mehrheitlich aus dem Süden des Landes rekrutierte, während die neue Führung mehrheitlich aus dem Norden stammte.

Die Trennlinie zwischen Nord und Süd wird durch den Shkumbin-Fluß gebildet, der knapp südlich des Ohridsees an der Ostgrenze Albaniens entspringt und von dort fast geradlinig an Elbasan vorbei nach Westen verläuft, wo er zwischen Durres und Fier ins Mittelmeer mündet. Zentralalbanien, das von der Hauptstadt Tirana dominiert wird, nimmt dabei eine Sonderstellung ein, da es eigenständige Strukturen entwickelt hat bzw. von den Ereignissen in den beiden anderen Landesteilen gleichmäßig mitbestimmt wird. Historisch wurde der Norden über lange Zeit vom katholischen, der Süden vom orthodoxen Christentum beeinflusst wurde. Nichtsdestotrotz stellten und stellen religiöse Gegensätze keine Konfliktursachen in Albanien dar, "denn die gewaltsamen Versuche der Eroberer, die Albaner von einer Religion in die andere zu zwingen", führten bei der "Bevölkerung eher zu einer pragmatischen und keiner tief-religiösen Haltung". Dennoch konsolidierten sich nach befohlenermaßen kommunistisch-atheistischen Phase die Religionsgemeinschaften trotz großer finanzieller und personeller Schwierigkeiten zunehmend. Katholischer Priesternachwuchs kam vor allem aus dem Vatikan und dem Kosovo, aus dem überdies wie auch aus arabischen Staaten moslemische Geistliche rekrutiert wurden, während die meisten orthodoxen Priester aus Griechenland kamen. Gashi/Steiner vermuten, daß die pragmatische Haltung der Albaner dazu führen dürfte, "daß die politische und wirtschaftliche Zukunft Albaniens auch die religiöse Richtung der Albaner" bestimmen wird. In diesem Zusammenhang müssen wohl auch die zahlreichen Aktivitäten von Kirchen und Religionsgemeinschaften im Land gesehen werden. Sowohl islamische als auch christliche Institutionen versuchen durch die Finanzierung von Gotteshäusern, sozialen Einrichtungen, aber auch der Tätigkeit von "Missionaren" ihren Einfluß im Land zu vergrößern. Derzeit dürften Katholiken ungefähr zehn Prozent (im Norden), Orthodoxe zwanzig Prozent (im Süden) und Moslems (Sunniten bzw. Angehörige der Bektashi-Sekte) siebzig Prozent der Bevölkerung stellen. Dennoch spielen, wie bereits erwähnt, religiöse Gegensätze in Albanien praktisch keine politische Rolle.

Dennoch hatte sich am Shkumbin, an dem schon in der früheren albanischen Geschichte eine Kulturgrenze verlaufen war, eine Trennlinie zwischen den Tosken und Gegen, die bis heute unterschiedliche Dialekte der albanischen Sprache sprechen, entwickelt. Der jahrzehntelang regierende kommunistische Staats- und Parteichef Hoxha entstammte einem Clan des Stammes der Tosken, die im Süden des Landes leben. Berisha hingegen stammt von einem Clan des Stammes der im Norden lebenden Gegen ab. In Albanien sind prästaatliche Strukturen wie Clan und Stamm noch von entscheidender Bedeutung und haben auch massive Auswirkungen auf staatliche Strukturen; die Stammeskultur bildet eine nicht unbedeutende organisatorische Grundlage der Politik. Es ist aber anzumerken, daß die Relevanz dieser

sozialen Organisationsform ein Nord-Süd-Gefälle aufweist bzw. im städtischen Bereich von geringerer Bedeutung ist. Umstritten ist auch, ob die prästaatlichen Strukturen des Südens als Clans angesprochen werden können. Nichtsdestotrotz ist im gesamten Land die Bedeutung familienabhängigen Parteigängertums sowie führender Familien mit patriarchalem Charakter sehr hoch. In Albanien hat sich niemals eine staatstragende Bürger- und Mittelschicht gebildet — der Staat wird vielmehr als gefährlicher, von außen kommender Fremdkörper betrachtet, wohl auch, da die Sozialstrukturen ein Gefühl für die Notwendigkeit größerer Organisationsstrukturen nicht entstehen ließen. Nur "die fremden Kultureinflüssen ausgesetzte Bevölkerung in den Städten" sorgte "für die Entwicklung eines neuen, regionalüberschreitenden Nationalgefühls", das jedoch bis heute nicht besonders stark ausgeprägt ist. Auf jeden Fall haben Albaner in der Regel dem Clan gegenüber eine wesentlich stärkere Loyalität als gegenüber staatlichen Institutionen; regionale Bindungen überlagern oder bestimmen politische. Das familiär-regional ausgerichtete Denken der Albaner verhinderte bisher "die Bildung eines übergreifenden Nationalgefühls. Die Projektion der Unabhängigkeit sowie des Freiheits- und Zusammengehörigkeitsgefühls auf einen sehr kleinen Rahmen, also auf den Stamm, die Familie und das Haus, verurteilte diesen relativ großen Teil der albanischen Bevölkerung zu einem politisch passiven Dasein." Überdies wurde die nationale Idee den Albanern im Zuge der Neugestaltung des Balkans nach dem Rückzug des Osmanischen Reiches von außen oktroyiert und deshalb niemals verinnerlicht.

Clanangehörige werden, sowohl was die Rekrutierung für staatliche Posten als auch was wirtschaftliche Aktivitäten betrifft, massiv bevorzugt und unterstützt. Schwandner beschreibt die Grundlage dieses Verhaltens folgendermaßen: "Nur den Verwandten und Freunden gehört" die "Solidarität und Loyalität" des Albaners. "Diese beweist er, wenn die Integrität der genannten Bezugsgruppen von außen in Frage gestellt wird. Das verlangt sein Ehrbegriff, verstanden als heilige Pflicht." Die komplizierten rechtlichen und sozialen Auffassungen behielten bis zum heutigen Tag außerhalb des offiziellen Rechtssystems ihre Relevanz. Zumeist unbewußt prägen die Überreste dieser archaischen albanischen Kultur, die im Gewohnheitsrecht des Kanun festgelegt ist, weiterhin Politik, Kultur und das tägliche Leben. Das ideologische Vakuum, das nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes vorhanden war, wurde teilweise mit alten Werten der albanischen Stammes- und Clangesellschaft gefüllt. Dadurch, daß in deren grundsätzlichen Denken jedoch jeder "Verwandtschaftsfremde nach Freund oder Feind, nach eigen oder fremd bzw. ob der eigenen Gruppe zugehörig oder nichtzugehörig" zugeordnet wird, wird ein gemeinsames staatliches Denken be-, wenn nicht sogar verhindert und zahlreiche innerstaatliche Konfliktlinien erzeugt. "Das ideale Verhalten gegenüber dem Feind heißt ... entweder töten oder verwandeln" — im politisch übertragenen Sinn bedeutet dies jedoch, daß, wenn mit einem Kontrahenten kein Einvernehmen erzielt werden kann, er bekämpft wird. Dadurch, daß gleichzeitig Ehre und Mut zentrale Werte darstellen und der eigene Wille bewußt aggressiv gezeigt wird, ist politische Kompromißbereitschaft kaum vorhanden.

Politik dient offensichtlich in erster Linie dazu, die Interessen der eigenen Klientel optimal zu verwirklichen. Beispielsweise übernahm der Berisha-Clan und sein Patronagesystem einige besonders lukrative Wirtschaftszweige vor allem im Norden in monopolartiger Stellung. Aber auch der Embargosmuggel mit Jugoslawien brachte vor allem durch Erdölhandel dem Clan Millionengewinne. Damit wird auch klar, warum Berisha seine Machtbasis im Norden hat. Dies sollte sich auch noch im Verlauf der Unruhen im Frühjahr 1997 deutlich zeigen. Berisha wurde aber nicht nur die Bevorzugung des Nordens bzw. die Zurückdrängung des Südens aus staatlichen Positionen, sondern zunehmend auch ein autokratischer Führungsstil vorgeworfen.

Gleichzeitig breiteten sich durch einen allgemeinen Verfall der Moral aber auch Kriminalität, Korruption und regional auch Despotismus aus oder, wie der albanische Schriftsteller Ismail

Kadare es ausdrückte, "schlich in das Vakuum, das der Zusammenbruch des Kommunismus hinterlassen hatte, vollständiger Amoralismus ein". Kadare konstatierte eine "Verwilderung der ganzen Gesellschaft". Überdies galt Raub an Fremden bis Anfang des Jahrhunderts traditionell "als Tugend und diente dem Beweis der Heldenhaftigkeit", und auch heute noch ist das Unrechtsempfinden der Albaner mit westeuropäischen Maßstäben nicht vergleichbar. Gashi/Steiner erläutern, daß mit den abwechselnden fremden Rechtsordnungen der verschiedenen Fremdherrscher pragmatisch umgegangen wurde und nur das angenommen wurde, "was nicht zu umgehen war — etwa Steuern und Wehrpflicht" — während das Leben untereinander und das Verhältnis zum Eroberer weiterhin nach den eigenen Gesetzen geregelt wurden. Verstärkt wurde dies durch Landflucht, Urbanisierung, Slumbildung, massive Arbeitslosigkeit und Marginalisierung. Vielfach schien der Weg in die Kriminalität der einzige, vor allem aber der einfachste und schnellste Ausweg zu sein.

Kriminelle poststaatliche Strukturen im Norden hatten sich in engem Zusammenhang mit den neuen staatlichen Strukturen sowie der Familie von Präsident Berisha gebildet. Dabei wurden nicht nur Menschen und Drogen geschmuggelt, sondern es wurde vor allem das Embargo gegenüber Restjugoslawien höchst lukrativ gebrochen. Im Süden hatten diese sich schon in Zusammenhang mit den prästaatlichen Verbindungen Hoxhas und der ehemaligen kommunistischen Herrscher entwickelt, die in der kommunistischen Ära Waffen-, vor allem aber Zigaretten- und Drogenschmuggel mit der italienischen Mafia betrieben. Seinerzeit zur "Erwirtschaftung" von Devisen gedacht, hatten sich daraus "gewöhnliche" kriminelle Strukturen gebildet. Aber auch (Regierungs-)Mitglieder der Demokraten waren offensichtlich im Süden massiv in kriminelle Aktivitäten verstrickt. So wurde beispielsweise der ehemalige Innenminister Agron Musaraj für den Hintermann der organisierten Kriminalität in Berat gehalten. Neben inneralbanischer Kriminalität und Unterschlagung von Hilfgeldern sind diese Gruppierungen vor allem im Schmuggel von Drogen, Flüchtlingen sowie Waffen nach Europa aktiv.

Die alten und neuen Eliten haben offensichtlich neue "Geschäftsbereiche" im poststaatlichen Bereich entdeckt. Gemäß einer Studie der US Drugs Enforcement Agency (DEA) und der Interpol gehörten Mitte 1997 der albanischen organisierten Kriminalität 1.900 Personen direkt und 30.000 indirekt an. Mit Drogen-, Menschenschmuggel und Prostitution erwarben diese einen Umsatz von 7,7 Milliarden Dollar und einen Jahresprofit von 4,2 Milliarden Dollar. Durch die geographische Lage zwischen Asien und Europa ist das Land für den Schmuggel besonders geeignet. Im Drogenschmuggel stellt die albanische dabei die Verbindung zwischen türkischer und italienischer organisierter Kriminalität sicher.

In Albanien ist somit eine enge Verflechtung prä-, post- und staatlicher Strukturen zu erkennen — eines der wesentlichsten Grundübel dieses Landes.

### **Die Parlamentswahlen 1996**

Unter diesen Voraussetzungen kam es Mitte 1996 zu Parlamentswahlen. Die regierende Demokratische Partei bzw. Präsident Berisha hatten sich im Verhältnis zu anderen demokratiepolitisch notwendigen Institutionen wie Medien, Opposition, Verfassungsgericht etc. schon zwischen 1992 und 1996 zum Teil äußerst undemokratisch verhalten und dadurch begonnen sich selbst zu delegitimieren. Darüber hinaus führte das regionale Gefälle (Nord-Süd) in der politischen Akzeptanz zu einer zusätzlichen Destabilisierung. Nachdem 1994 ein von Präsident Berisha vorgelegter Plan zur Verfassungsänderung, der auf seine Person zugeschnitten war und eine Art Präsidialdemokratie zum Ziel hatte, von der Bevölkerung abgelehnt worden war, erwartete man ein Kopf-an-Kopf-Rennen der Demokraten und Sozialisten. Da die Wahl auf Grundlage eines neuen umstrittenen Wahlgesetzes stattfand, erreichte die Demokratische Partei mit 68 Prozent der Stimmen nicht nur einen klaren Wahlsieg, sondern stellte auf Grund des Mehrheitswahlrechts auch 122 von 140 Parlamentssitzen. Bei den Wahlen gab es jedoch zahlreiche Unregelmäßigkeiten bzw.

teilweise massiven Druck auf die Wähler. Berisha — schwer verunsichert durch die Niederlage bei der Abstimmung über die von ihm vorgelegte Verfassung — glaubte offensichtlich, daß nur er in der Lage wäre, das Land in die Zukunft zu führen. Ein Sieg der Sozialisten — und damit aus seiner Sicht der alten Kommunisten — wollte er auf alle Fälle und mit allen Mitteln verhindern und die Albaner zum "Demokratischen" Glück zwingen. Aus diesem Grund lehnten die oppositionellen Sozialisten die Teilnahme an Parlamentssitzungen bzw. die politische Mitarbeit ab. Sowohl durch die Zweifel am korrekten Wahlverlauf als auch durch die nicht vorhandene Opposition verloren die staatlichen Organe weiter massiv an Glaubwürdigkeit. Konfliktverschärfend wirkte, daß internationale Wahlbeobachter keine einheitliche Aussage bzw. Beurteilung der Wahlen abgaben. Dadurch nahmen die albanischen Akteure nur die ihnen jeweils genehme Beurteilung zur Kenntnis. Anstatt dem Land bei der Entwicklung demokratischer politischer Kultur geholfen zu haben, forcierten internationale Wahlbeobachter somit durch ihre Tätigkeit die inneralbanischen Gegensätze — ein negatives Lehrbeispiel. Nichtsdestotrotz fanden Ende Oktober von internationalen Beobachtern als korrekt beurteilte Kommunalwahlen statt, bei denen die Demokratische Partei mit 52 Prozent der Stimmen einen klaren, wenn auch nicht mehr so eindeutigen Sieg feiern konnte. Durch die politische Kultur des Landes, der ein Hang zur Polarisierung innewohnt und die politische Gegner eher als Feinde denn als Partner betrachtet, waren die Voraussetzungen für die politische Lösung von Problemen denkbar schlecht. Sowohl die gefälschten Wahlergebnisse als auch das Mehrheitswahlrecht verhinderten, daß möglichst alle politischen Interessengruppierungen im Parlament vertreten waren. Damit konnten die politischen Konflikte aber nicht in diesem ausgetragen werden und wurden auf die Straße verlagert.

### **Die Pyramidenspiele**

Fast zeitgleich bahnte sich ein zweites Drama an. Albaniens Wirtschaft befand sich in den Jahren nach dem Sturz des kommunistischen Systems in einem Transformationsprozeß, der durch rückläufige Produktionszahlen, eine hohe Inflations- und Arbeitslosenrate, ineffiziente Verwaltung und schließlich dadurch ausgelöste Verarmung breiter Bevölkerungsschichten gekennzeichnet war. Sowohl ausländisches, vor allem aber inländisches Investitionskapital wurde in erster Linie auf rasche Rendite spekulierend eingesetzt. Im Oktober 1996 warnten deshalb die Weltbank und der Internationale Währungsfonds bei ihrer Jahrestagung die albanische Regierung vor den im Land tätigen Pyramidenspielen und empfahlen diese zu verbieten. Überdies warnten sie davor, daß diese zu groß angelegter Geldwäsche genutzt werden könnten. Der albanische Finanzminister Bode informierte daraufhin die albanische Öffentlichkeit über diese Warnungen, bezweifelte selbst die Fähigkeit der Pyramidengesellschaften, die Rückzahlungen durchzuführen, und erklärte, daß die Regierung keine Garantie für die Einlagen übernehme. Die Bevölkerung blieb von diesen Warnungen jedoch völlig unbeeindruckt, und die Pyramidenspiele verloren faktisch nichts von ihrer Attraktivität. Dazu hatte wohl auch die kurz nach den Warnungen des Finanzministers veröffentlichte Erklärung Präsident Berishas, in der die Pyramidenspiele als seriöse Firmen und das albanische Geld als "sauberes" Geld dargestellt worden war, beigetragen. Diese Erklärung dürfte in Zusammenhang mit den unmittelbar bevorstehenden Regionalwahlen Ende Oktober gestanden haben. Berisha hatte offensichtlich befürchtet, diese zu verlieren, sollte die Regierung ernsthafte Maßnahmen gegen die Pyramidenspiele ergreifen. Was jedoch 1991 noch als durchaus seriöser Versuch zur Gründung von Investitionsgesellschaften und als Einführung der freien Marktwirtschaft begonnen hatte, war inzwischen ein ökonomisches Desaster geworden. Anfangs hatten Firmen — auch auf Grund einer mangelnden "Bankenlandschaft" — versucht, von privaten Investoren das notwendige Kapital für ihre Geschäftstätigkeit zu erhalten. Dafür wurden diesen entsprechend hohe "high risk"-Zinsen zugesagt. Diese Investitionsform erfreute sich bald derartiger Beliebtheit, daß einerseits zahlreiche Albaner sowohl ihr gesamtes Vermögen als auch die von albanischen Gastarbeitern

nach Hause geschickten Löhne investierten, andererseits aber immer mehr Gesellschaften auf den fast völlig unregulierten Markt drängten und damit die Zinsen in unökonomische Höhen trieben. Da inzwischen auch einige unseriöse Firmen, die gar keine Investitionen mehr tätigten, aktiv wurden, entwickelte sich das Investitionsgeschäft zu Pyramidenspielen, an denen fast das gesamte Land teilnahm und einen großen Teil des Volksvermögens kriminellen Organisationen in die Hände spielte. Dadurch, daß vorerst auch die versprochenen hohen Zinsen ausgezahlt wurden, hielt der "Boom" trotz besagter Warnungen bis zuletzt an. Dabei wurden nicht nur immer mehr Kapital, sondern auch die ausbezahlten Gewinne meist gleich wieder investiert. Sowohl der Mangel an finanziellen Erfahrungen als auch die psychologische Verlockung, schnell reich zu werden, waren die entscheidenden Faktoren für die Popularität der Pyramidenspiele. Während die Masse der Albaner die Problematik dieser Investitionsform gar nicht verstand und einfach als Segen der Marktwirtschaft betrachtete, glaubten andere, daß die italienische Mafia auf diese Art und Weise Geldwäsche betrieb. Auch Vertreter der Opposition gingen davon aus, daß die Zinsen echt wären, wenn sie auch einen kriminellen Hintergrund hätten — "sie seien Erlöse aus Geldwäsche, Zigaretten- und Menschenschmuggel, Waffen- und Drogenhandel" — was in Albanien niemand sonderlich störte, ist das Rechtsempfinden, wie bereits erläutert, doch mit westeuropäischen Standards nicht zu vergleichen. Fast niemand erkannte jedoch die wahre Intention, zumindest der meisten Betreiber dieser Firmen, nämlich das Geld möglichst ins Ausland zu transferieren und die Anleger zu betrügen. Bis zuletzt planten Regierungsvertreter — zumindest offiziell —, deshalb auch die Gesellschaften in Privatbanken und die Geldeinlagen in Anteile an Produktionsbetrieben umzuwandeln — eine Vorstellung jenseits der realen Gegebenheiten. Deutlich wurde aber auch, daß Albanien verabsäumt hatte, nicht nur das Wirtschaftssystem zu verändern, sondern auch die notwendigen institutionellen Reformen voranzutreiben.

### **Erste Proteste**

Ab November 1996 zeichnete sich jedoch das dramatische Ende langsam ab. Ende des Monats tauchte nämlich Aleksander Grunjas, Inhaber eines Pyramidenspieles mit geschätzten 13 Millionen Dollar unter, und eine der Pyramidengesellschaften ("Sude") zahlte überraschend keine Gewinne aus, versprach dies jedoch am 15. Jänner zu tun. Daraufhin demonstrierten Anfang Dezember zirka 20.000 Menschen vor dem Firmensitz in Tirana. Nachdem die Auszahlung aber auch am 15. Jänner nicht erfolgte und "Sude" ihren Bankrott erklärte, kam es in Tirana erstmals zu regierungsfeindlichen Demonstrationen. Als daraufhin die Regierung Bankguthaben einiger Pyramidenspiele — angeblich in der Höhe von 250 Millionen Dollar — einfro, kam es zu neuerlichen Demonstrationen, vor allem in Vlora. Und obwohl Präsident Berisha den Betroffenen Entschädigungen zusagte, eskalierten die Unruhen. Die albanische Regierung und Präsident Berisha wurden von der Bevölkerung für das Desaster verantwortlich gemacht. Dabei spielten — trotz aller antistaatlichen Traditionen — sicher auch die sich vor allem in der kommunistischen Ära gebildeten Erwartungen der Menschen, daß nämlich der Staat letztendlich alle Probleme zu lösen hätte, eine entscheidende Rolle; auch wenn gleichzeitig jeder Versuch, staatliche Autorität durchzusetzen, als Rückkehr zum Kommunismus geschmäht wurde. Als es dem Staat im Zuge des Zusammenbruchs der Pyramidenspiele offensichtlich nicht gelang, das Problem zu lösen, richtete sich der Zorn der Menschen auf diesen und seine Repräsentanten. Und obwohl die — zugegebenermaßen nicht besonders nachdrücklichen und von Präsident Berisha abgeschwächten — Warnungen des Finanzministers im Herbst des Vorjahres praktisch niemand ernst genommen hatte, waren nunmehr zahlreiche Menschen — wohl nicht ganz unberechtigt — davon überzeugt, daß ein Teil des Geldes in die Taschen von Regierungsmitglieder geflossen wäre und diese deshalb nicht vor dem drohenden Zusammenbruch der Pyramidensysteme gewarnt hatten. Schlußendlich entstand, neben dem Verlust des Vermögens bzw. der Existenz zahlreicher Kleinsparer, mit dem Zusammenbruch

der Pyramidengesellschaften auch ein großer volkswirtschaftlicher Schaden, gehen doch Schätzungen immerhin von verlorenen Einlagen in der Höhe von 1,2 Milliarden Dollar aus. Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß es im Gegensatz zu anderen ehemals kommunistischen Staaten bisher nicht gelungen war, die Wirtschaft des Landes nachhaltig in Schwung zu bringen. Auf Grund seiner jahrzehntelangen Isolation war Albanien besonders ungeeignet, die Marktwirtschaft radikal einzuführen. Mitverantwortlich für die schlechten Wirtschaftsdaten war sicher auch das jahrelange Embargo gegenüber Jugoslawien, das den Aufbau normaler Wirtschaftsbeziehungen zum nördlichen Nachbarstaat verhinderte. Und auch die Unterstützung der EU in Höhe von sechs Milliarden Schilling, und damit der höchsten Pro-Kopf-Hilfe in den ehemals kommunistischen Ländern, konnte an der dramatischen Situation kaum etwas ändern, da überdies ein nicht unbeträchtlicher Teil nicht zur Ankurbelung der Produktivität verwendet wurde, sondern in dunkle Kanäle floß. Die OSZE geht davon aus, daß 80 Prozent der Hilfgelder dort landeten. Die unzureichend kontrollierte Auslandshilfe stärkte somit in einem nicht unwesentlichen Umfang kriminelle Strukturen in Albanien. Aber auch das Embargo gegen Jugoslawien stärkte — wohl nicht nur in Albanien — durch die dadurch ausgelösten lukrativen Schmuggelaktivitäten mafiöse kriminelle Strukturen. Überdies hatten Maßnahmen zur Stabilisierung makroökonomischer Indikatoren Priorität bei der internationalen Hilfe gehabt. Die Finanzierung der öffentlichen Verwaltung, die Unterstützung der staatlichen Ordnung und Gerichtsbarkeit waren hingegen vernachlässigt worden.

### **Unruhen, Aufruhr und bewaffneter Konflikt**

Die oppositionellen Sozialisten begannen inzwischen, die Unzufriedenheit der Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, und organisierten am 19. Jänner eine Demonstration in Tirana, die zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei führten. Die Opposition erhoffte wohl, damit einen ähnlichen Erfolg wie die Demonstranten in Serbien und Bulgarien Ende 1996, Anfang 1997 zu erringen. So hatte schon kurz nach den Parlamentswahlen 1996 der Chef der Sozialisten, Fatos Nano, erklärt, daß nicht die umstrittenen Wahlen, sondern die Pyramidenspiele Berisha zu Fall bringen würden. Nachdem nunmehr das Parlament am 23. des Monats ein gesetzliches Verbot der Pyramidenspiele beschlossen hatte, weiteten sich die Unruhen vor allem in Südalbanien zusehends aus. Durch die mangelnde Fähigkeit des Staates, die Probleme seiner Staatsbürger zu lösen, und dem gleichzeitigen (oder deswegen bedingten) Verfall des staatlichen Gewaltmonopols verlor der Staat seine Legitimation — in einem Land, dessen Einwohner Staat und Gesetze von vornherein in erster Linie als Einschränkung ihres Freiheitsgedankens empfinden. Die teilweise überzogenen Erwartungen der Menschen nach schnellem Reichtum, wie er allabendlich in (ausländischen) Medien gesehen wurde, führte zu massiver Enttäuschung, die in Wut und Zorn auf den Staat mündete, in einen Art Kulturkampf, der begann, den ganzen Staat zu umfassen und zugrunde zu richten. Die Albaner begannen zu zerstören, was ihre Existenz, zumindest vermeintlich, zerstört hatte — den Staat. Tiefer Beweggrund für diesen Kampf gegen den Staat waren eine innere Ablehnung gegen jegliche überregionale Vergesellschaftung und die niemals zustande gekommene nationale Identitätsfindung der Albaner, die Kaser mit der traditionellen Viehzüchter- und der daraus herausgegangenen Patriarchatsgesellschaft der Clans erklärt. Außerhalb dieser waren die Strukturen in Albanien jedoch immer schwach ausgebildet. Vor allem das Gewaltmonopol als zentrales Element zur Entwicklung des Staates wurde erst in der kommunistischen Ära gewaltsam durchgesetzt, jedoch innerlich von den Albanern niemals akzeptiert. Aggressivität und Gewalttätigkeit sind überdies in Gesellschaften, die sich auf einem niedrigen Ordnungs- und Integrationsniveau befinden, von funktionaler Notwendigkeit, da impulsive, affektive Aggressivität hier noch zur Verteidigung, zur Ressourcen- und Herrschaftssicherung dient.

Als es nunmehr in Tirana bei der Demonstration von Tausenden Oppositionellen zu schweren Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften kam, erteilte das Parlament Präsident Berisha exekutive Sondervollmachten, insbesondere um die Armee zur Wiederherstellung der Ordnung einzusetzen. Diese Maßnahmen und Versuche der Regierung Meksi durch das Versprechen "eines angemessenen finanziellen Ausgleichs" mit dem eingefrorenen Vermögen der zusammengebrochenen Gesellschaften führten jedoch nicht zu der erhofften Deeskalation der Lage. Das innerstaatliche Krisenmanagement funktionierte nicht. Einerseits zeigte die "Machtdemonstration" bestenfalls die Schwäche des Systems, da die eingesetzten Sicherheitskräfte die Situation nicht beherrschten, andererseits konnten die Versprechungen der Regierung die Bevölkerung nicht mehr beruhigen. Ende Jänner organisierte sich die Opposition nicht nur im Süden zunehmend, und zehn Oppositionsparteien schlossen sich zum "Forum für Demokratie" zusammen. Der Versuch von Präsident Berisha, mit einem "Runden Tisch" aller politischen Kräfte Albaniens die Auseinandersetzungen auf dem Verhandlungsweg zu lösen, wurde von der Opposition vorerst abgelehnt. Nachdem eine weitere prominente Pyramidengesellschaft ("Gjallica") den Bankrott erklärte, kam es in Vlora zu gewalttätigen Demonstrationen, und auch in Tirana rief die Opposition zu täglichen Demonstrationen auf, nachdem die Polizei eine Kundgebung gewaltsam unterbunden hatte. Mitte Februar verwandelten sich die Proteste zusehends in einen offenen Aufruhr gegen den Staat. Erste Demonstranten und Polizisten kamen in Vlora, das sich als Zentrum des Aufstandes herauskristallisierte und wo auch die örtliche Zentrale der regierenden Demokratischen Partei gestürmt und verwüstet wurde, ums Leben. An der Universität Vlora begannen Studenten einen Hungerstreik, um ihre Forderung nach Rücktritt der Regierung zu untermauern, und auch in Tirana gingen die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften weiter. Als Ende Februar das Gerücht verbreitet wurde, der Geheimdienst Shik wolle den Hungerstreik der Studenten in Vlora beenden, kam es zu schweren Ausschreitungen, bei denen die örtliche Shik-Zentrale gestürmt und niedergebrannt wurde und zehn Todesopfer, unter ihnen sechs Geheimdienstbeamte, zu beklagen waren. Daraufhin verließen praktisch alle verbliebenen staatlichen Ordnungskräfte die Stadt oder schlossen sich den Aufständischen an. In weiterer Folge wurden Armeelager gestürmt, Aufständische und Bevölkerung bewaffneten sich. Die Selbstbewaffnung war einerseits die Konsequenz des Verfalls des staatlichen Gewaltmonopols, andererseits ist es für Albaner ein Ausdruck der Männlichkeit und ein althergebrachtes Recht, eine Waffe zu besitzen; Ehre, Sicherheit und Bewaffnung sind in Albanien nicht nur zentrale Lebensaspekte, sondern bestimmen ganz selbstverständlich den Alltag. Nach und nach schlossen sich währenddessen ganze Einheiten und Verbände der albanischen Armee bzw. deren Reste den Rebellen an. Man kann davon ausgehen, daß praktisch die gesamte 5. Division zu den Rebellen überlief. Diese traten zunehmend organisiert, teilweise auch unter Führung ehemaliger Offiziere und kommunistischer Parteifunktionäre, die von der Regierung entlassen worden waren, auf. Albanien hatte nämlich seine Armee in den letzten Jahren um zirka 60 Prozent gekürzt und dabei vor allem unliebsame, ehemals kommunistische Offiziere unter dem Stichwort "Demokratisierung der Armee" entlassen. So waren beispielsweise in Vlora Ex-General Ibrahim Zenaj, in Gjirokaster der ehemalige Brigadegeneral Agim Bozhida oder in Saranda Ex-General Xhevat Kocia in führender Position an den Aufständen beteiligt. Grund dafür war, daß die entlassenen Militärs in den lokalen Führungsschichten teilweise weiterhin wichtige Akteure waren und damit auch gegenüber den regionalen Verbänden eine Machtstellung einnahmen. Aber auch die aktiven Offiziere und Soldaten waren eng in der regionalen Gesellschaft verwoben und hatten dieser gegenüber eine höhere Loyalität als gegenüber dem Staat. Überdies garantierte der Übertritt zu den Aufständischen vorerst ihren Machterhalt.

Die Krise hatte sich damit zum innerstaatlichen bewaffneten Konflikt ausgeweitet; der Präsident setzte Militär und Sicherheitskräfte ein, um sein Machtmonopol, das ihm zumindest



von Teilen der Bevölkerung abgesprochen wurde, zu erhalten; seine Gegner um die Macht an sich zu reißen. Bis zuletzt verstummten allerdings Gerüchte nicht, daß die Plünderung von Armeedepots vom Geheimdienst bewußt provoziert worden war, um den illegalen Verkauf von Waffen und Militärausrüstung unter anderen in den Nahen Osten und nach Bosnien und Herzegowina zu vertuschen. Der Aufstand war aber offensichtlich nicht zentral organisiert, sondern eher eine Mischung aus spontanen Erhebungen und lokal organisierter Rebellion. Oder, wie die "Zeit" schrieb: "Stell dir vor, es ist kein Krieg und jeder geht hin und schießt. So viel Anarchie wie in und um Albanien war noch nie in Europa." Die Sozialisten hatten den Niedergang der regierenden Demokraten wohl im Zuge der Pyramidenspiele erwartet und anfangs auch die Proteste, die sich zusehends verselbständigten, unterstützt und gesteuert. Zur Durchsetzung ihrer partikularen Interessen hatten sie sich überdies mit anderen verbündet, die ebenfalls partikulare Interessen hatten. Und so beteiligten sich auch poststaatliche Strukturen wie kriminelle Banden aktiv an den Unruhen. Vor allem in Vlora hatte sich ein florierender Schmuggel mit Flüchtlingen, Prostituierten und Drogen nach Italien entwickelt. Da die Regierung auf Druck Italiens 1996 begonnen hatte, gegen diese Banden — zumindest in Ansätzen — vorzugehen, und damit zu deren offenem Gegner geworden war, nutzten diese Organisationen die Gelegenheit, um einerseits gegen die Regierung vorzugehen und sich andererseits selbst an den neuen Strukturen zu beteiligen.

Der Aufstand wurde auch dazu genutzt, diverse Einzelinteressen durchzusetzen bzw. zu unterstützen. In zahlreichen Städten waren Melderegister, Steuerbescheide oder Unterlagen der Kommission zur Rückgabe des Bodens in Privatbesitz zerstört oder geraubt worden. Zunehmend vermischte sich politische mit krimineller Gewalt bzw. wurden im Zuge der Unruhen zahlreiche "Rechnungen" beglichen. Es war eine "unheilige Allianz" der Massen mit um frühere Privilegien gebrachte Kommunisten und Offiziere, Kriminellen und um die Macht ringenden Sozialisten. Oder, wie der "Spiegel" urteilt, war "die albanische Rebellion keineswegs der Aufstand eines drangsalierten Volkes gegen ein unterdrückerisches Regime". Für Almond war die albanische Krise "nicht die Krise einer Diktatur, sondern vielmehr die eines schwachen Staates. Im postkommunistischen Albanien beobachtete man seit 1991 den Zerfall der staatlichen Ordnung. Institutionen wie die Armee und die Polizei waren zerfallen. Nichtstaatliche Machtzentren wie die Schmugglermafia blühten in den Küstenstädten." Und während die oppositionellen Sozialisten behaupteten, daß die Regierung in die Tätigkeiten von Pyramidengesellschaften involviert gewesen sei, und der Geheimdienst auf Befehl des Präsidenten bewußt Gewalt provoziert habe, "um zuschlagen zu können" , beschuldigte Präsident Berisha Anfang März die Sozialistische Partei, hinter dem Aufruhr im Süden zu stehen, um neuerlich eine kommunistische Herrschaft zu installieren. Wenn diese Behauptungen auch etwas überzogen wirken, zeigt sich doch deutlich, daß in Albanien oftmals Ereignisse bewußt so gesehen werden, daß sie in das eigene politische Konzept passen. Für Nichtinvolvierte ist es oft schwierig, die wahren Hintergründe von Ereignissen zu verstehen. Mit diesen polarisierten Haltungen trafen erstmals seit Mai 1996 Vertreter der beiden größten Parteien des Landes, der Demokraten und der Sozialisten, zu Beratungen zusammen. Während für Berisha die Ereignisse Folge der Wirtschaftsprobleme waren und somit mit wirtschaftlichen Maßnahmen die Krise gelöst werden könnte, machten die Sozialisten klar, daß sie ein "Indikator für die Krise des gesamten politischen Systems" waren und damit nur durch Veränderungen des politischen Systems und dessen Führung gelöst werden könnten. In Folge dieser Verhandlungen entzog Präsident Berisha am 1. März der Regierung Meksi das Vertrauen, forderte sie aber gleichzeitig auf, bis zur Bildung einer neuen Regierung im Amt zu verbleiben.

Am darauffolgenden Tag verhängte das Parlament den Ausnahmezustand, und am dritten März wurde Präsident Berisha für eine zweite Amtsperiode von fünf Jahren gewählt. Und während sich die Unruhen ausbreiteten (Saranda), im Zentrum des Aufstandes, in Vlora, der Bürgermeister abgesetzt wurde, um einer aus Aufständischen gebildeten "autonomen

Gemeindeverwaltung" Platz zu machen, wurden regierungstreue Armeeteile Richtung Süden in Marsch gesetzt. Diese konnten aber nur an der Hauptbewegungslinie, der Nord-Süd-Nationalstraße, in Stellung gehen, um ein Vorrücken der Aufständischen Richtung Tirana zu verhindern. Keineswegs konnten sie aber aktiv gegen die Rebellen vorgehen. Am 5. März kam es in Saranda schließlich zu Gefechten zwischen Aufständischen und Regierungstruppen. In Nord- und Zentralalbanien wurden sogar Zivilisten rekrutiert, angeblich um die sich auflösenden Armeeverbände im Süden zu verstärken. Vor allem bei der Präsidentengarde wurden Deserteure mit Berisha-loyalen und hauptsächlich aus dem Norden stammenden Personen ersetzt. Die Armee, die auch vor den Unruhen faktisch nicht vorhanden war, da sie kaum oder gar nicht ausgebildet, unzureichend ausgerüstet und schlecht organisiert war sowie keine Kampfmoral hatte, war für einen Einsatz, noch dazu gegen Landsleute vollkommen unbrauchbar. Die Tätigkeit der vergangenen Jahre hatte sich im wesentlichen auf die Bewachung der viel zu zahlreichen Militärobjecte beschränkt. Auch die offiziellen, relativ hohen Waffenbestände vor den Unruhen sind als weit überzogen zu beurteilen, da zahlreiche schwere Waffensysteme technisch nicht einsatzbereit waren. Überdies waren offensichtlich zahlreiche Systeme bzw. Teile (Optiken etc.) inoffiziell oder illegal verkauft worden. Dadurch, vor allem aber durch moralische und soziale Mißstände in den Streitkräften war deren Einsatzbereitschaft gegen Null gesunken. Auch hatte Generalstabschef Sheme Kosova den von Verteidigungsminister Safet Zhulali angeordneten Schießbefehl verweigert, woraufhin sich letzterer nach Italien abgesetzt hatte. Unabhängig davon darf aber auch nicht übersehen werden, daß zahlreiche Soldaten auch selbst vom Zusammenbruch der Pyramidensysteme betroffen waren und sich aus diesem Grund mit den Forderungen der Aufständischen solidarisierten.

Auf politischer Ebene wurde indessen bei einem Treffen aller politischen Parteien in Tirana beschlossen, eine neue Regierung zu bilden. Nach Gesprächen mit dem Vorsitzenden der EU, dem niederländischen Außenminister van Mierlo und dem OSZE-Sondergesandten Vranitzky bot Präsident Berisha am 8. März der Opposition Neuwahlen innerhalb von 45 Tagen an. Die Opposition begrüßte zwar Neuwahlen, verlangte jedoch, diese später durchzuführen, um sie auch vorbereiten zu können. Und während in Gjirokaster bzw. an der Nord-Süd-Nationalstraße Gefechte stattfanden, unterzeichnete Berisha am 9. März eine "All-Parteien Erklärung", die Neuwahlen für Juni vorsah. Während der aus dem Süden (Gjirokaster) stammende Sozialist Bashkim Fino zum Premier einer Übergangsregierung ernannt wurde, kam es nunmehr sowohl in Tirana als auch im Norden Albaniens zu Unruhen und zur Plünderung von Waffenlagern, wobei vermutet werden kann, daß sich dabei vor allem auch die Anhänger Berishas bewaffneten. Am 12. März wurde schließlich in Tirana die Regierung der "Nationalen Versöhnung" gebildet, während sich im aufständischen Süden die Rebellen zu einem "Nationalen Komitee zur öffentlichen Rettung" zusammenschlossen. Letztere erklärten, daß sie so lange weiterkämpfen würden, bis Präsident Berisha zurückgetreten sei. Da der Staat aber inzwischen völlig zusammengebrochen war, baten tags darauf sowohl Regierung als auch Aufständische die WEU um einen internationalen Militär- und Polizeieinsatz, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. Gleichzeitig begann eine Flüchtlingswelle Tausender Albaner, die die Flucht ins Ausland wohl als kürzesten Weg in die zivile Gesellschaft bzw. ins westliche "Paradies" betrachteten, vor allem nach Italien. Verschiedene westliche Staaten ließen nunmehr auch ihre Staatsbürger durch ihre Streitkräfte evakuieren.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich in Albanien deutlich drei Akteure herauskristallisiert. Erstens der seine Macht auf die Demokratische Partei und einige Clans des Nordens abstützende Präsident Berisha, zweitens die von Bashkim Fino geführte "Regierung der Nationalen Versöhnung", deren Machtbereich sich vor allem über die Hauptstadt Tirana und Teile Zentralalbaniens erstreckte, und zuletzt die weitgehend unstrukturierte Gruppe der

Aufständischen und "Bürgerkomitees", das "Nationale Komitee zur Rettung des Volkes", das Albanien südlich des Flusses Shkumbin beherrschte.

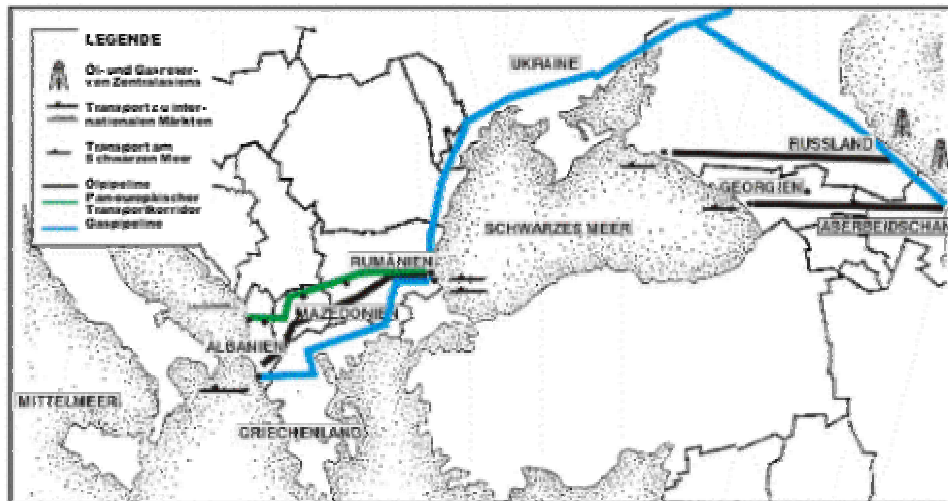
Neben diesen im Vordergrund stehenden autonomen politischen Gemeinschaften dürfen aber auch andere im Hintergrund agierende Akteure nicht übersehen werden.

Einerseits waren dies prästaatliche Strukturen, die Clans, Familien und Patronagesysteme, die in allen drei genannten Gruppen, in erster Linie aber im Norden, und andererseits poststaatliche Elemente, diverse kriminelle Banden bzw. die organisierte Kriminalität vor allem im Süden und in den Bürgerkomitees, die einen nicht irrelevanten Einfluß ausübten und versuchten, eine Machtbasis zu erringen. Neben diesen entstanden aber auch, oftmals von geflohenen Sträflingen gebildete, sogenannte "wilde" Banden, die lokal agierten und dort, wo starke Clans fehlten — also vor allem in und um die Städte. Durch ihre aber nur lokal vorhandene Machtstellung waren sie jedoch keine gesamtstaatlich relevanten Akteure.

Staaten und Gesellschaften, die sich in einem Transitionsprozeß befinden, sind, wie nicht nur die Ereignisse in Albanien beweisen, besonders krisenanfällig. Albanien war an politischen, ökonomischen, sozialen und moralischen Fehlern gescheitert. Das Land hatte es nicht geschafft, ein funktionsfähiges pluralistisches Parteiensystem zu etablieren, autokratische Herrschaftsformen mit demokratischen zu ersetzen, eine nach außen legitimierte innerlich gefestigte und nicht korrupte Exekutive zu etablieren, die Sicherheit durch das Gewaltmonopol des Staates zu gewährleisten oder den breiten Massen nach Ende der kommunistischen Herrschaft soziale Mindestsicherheit zu garantieren. Verschärfend wirkte überdies die aus verschiedenen Gründen nicht vorhandene nationale Identität. Der Zusammenbruch der Pyramidensysteme war nur der Auslöser für einen sozialen Protest, der sich rasch in einen politischen Aufstand verwandelte und ein politisches Vakuum offenbarte. Als der — sowieso minimale — präpolitische Konsens verloren ging, verlor der Staat das Gewaltmonopol, das Definitionsmonopol des Politischen, und zerbrach. Prä- und poststaatliche Strukturen hatten den Staat geschwächt und ihn, als er sich mit seiner staatlichen Macht gegen sie nicht mehr durchsetzen konnte, letztendlich gestürzt.

Die bisherige Unterstützung der internationalen Gemeinschaft hatte an der dramatischen Situation im Land kaum etwas geändert, da überdies der Großteil dieser nicht zur Ankurbelung der Produktivität verwendet wurde. Wirtschaftshilfe wurde praktisch vollkommen losgelöst von politischen und volkswirtschaftlichen Forderungen gewährt. Die Kontrolle sowie die Unterstützung zur Schaffung volkswirtschaftlicher Rahmenbedingungen, um Katastrophen wie die Pyramidenspiele zu verhindern, war äußerst mangelhaft gewesen. Die Möglichkeit, klare Vorgaben als Voraussetzung für die Bezahlung von Hilfsgeldern zu geben und damit auch sicherheitspolitisch Stabilität zu garantieren, wurde nicht bzw. nur mangelhaft genutzt. Durch die unkontrollierte "Hilfe", die zu einem nicht unbeträchtlichen Teil in "dunkle Kanäle" floß, wurden staatliche Strukturen nur weiter geschwächt und prä-, vor allem aber poststaatliche Gesellschaftselemente gestärkt.

Nunmehr versuchte jedoch die internationale Gemeinschaft massiv in das Geschehen einzugreifen. In der UN-Resolution 1101 wurde die Albanienkrise als Bedrohung der Sicherheit und des Friedens in der Region charakterisiert und die Mitgliedsstaaten autorisiert, eine Multinational Protection Force — unter der Führung Italiens — zur Sicherung humanitärer Hilfe und internationaler Organisationen nach Albanien zu entsenden. Eine zivile OSZE-Präsenz sollte wiederum den "coordination framework", den Rahmen für andere internationale Organisationen bieten, innerhalb dessen vor allem die EU Finanzhilfe und die OSZE Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen leisten sollten.



## Das Konfliktpotential und die nationalen Interessen im Hintergrund

Das vorgeschobene Ziel, humanitäre Hilfe zu leisten, hatte jedoch in erster Linie deklaratorischen Charakter. Ein wichtiger Grund für die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, Albanien zu stabilisieren, war sicher die potentielle internationale Dimension der Krise, das gewaltige Konfliktpotential, das die albanische Frage für den gesamten Südbalkan darstellte und natürlich weiter darstellt. Immerhin leben, neben den 3,5 Millionen innerhalb Albanien, 2,5 Millionen Albaner in den umliegenden Staaten. Die Neuziehung der Grenzen könnte aber ein Auseinanderbrechen der Staaten in der gesamten Region bedeuten. In diesem ethnisch komplexen Raum ließe sich ein homogener albanischer Nationalstaat nur realisieren, wenn die Grenzen der momentanen ethnischen Aufteilung oder die Ethnien den Grenzen angepaßt würden. Schon 1997 war deshalb klar, daß eine Radikalisierung der albanischen Politik einen Flächenbrand auslösen hätte können, wenn man auch anmerken muß, daß der Nationalismus in Albanien selbst nur schwach ausgebildet ist. Eine unmittelbare Bedrohung der Nachbarstaaten bestand daher nicht, da überdies insbesondere die Kosovaren in breiten Bevölkerungsschichten äußerst unbeliebt sind. Aber bei dauerhaften wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen besteht immer die Gefahr, daß sich innere Aggressionen nach außen richten. Eine Krise kann aber auch als Mittel der Machtausübung benützt werden, um durch deren bewußte Auslösung ein machtpolitisches Ziel zu erreichen. So kann sowohl aus innenpolitischen Gründen — um von inneren Problemen abzulenken — bewußt eine internationale Krise provoziert werden als auch eine innere Instabilität durch einen anderen Staat zum Erreichen eigener Ziele, mittels Verstärkung oder Schaffung neuer Gegensätze oder anderer Quellen potentiellen Umsturzes, ausgenutzt werden.

Vorteilhaft wirkte in dieser Phase der Umstand, daß auf Grund der wirtschaftlichen Probleme Albanien die Kosovo-Albaner keinen großen Wunsch hegen, sich an dieses anzuschließen, wodurch die ökonomische Krise des "Mutterstaates" großalbanische Ambitionen vorerst hintanhalt. Die Loslösung der albanischen Gebiete von Mazedonien wiederum könnte zu dessen Verfall, eventuell sogar zur Aufteilung unter den Nachbarn dieses jungen Staates führen. Vor allem in Griechenland, aber auch in Bulgarien haben radikale Kräfte wiederholt den Anschluß von zumindest Teilen Mazedoniens gefordert. Durch die Zielsetzung Bulgariens, in die westliche Gemeinschaft integriert zu werden, sowie die Einbindung Griechenlands in das internationale Krisenmanagement zur Lösung der albanischen Frage deeskalierte jedoch diese Situation und ließ solche Radikalvorstellungen nicht aktuell werden. Griechenland nahm überhaupt eine Schlüsselrolle in den Konfliktszenarien ein, unterhält es

doch traditionell gute Beziehungen zu Serbien. Da die Türkei aber mit Albanien im Juni 1992 einen Beistandspakt abgeschlossen hat, war eine Konfrontation zwischen den Erzfeinden Griechenland und Türkei nicht auszuschließen. Bei unzureichenden Stabilisierungsmaßnahmen war somit vom Kosovo ausgehend und unter Einbeziehung Mazedoniens der Übergang einer Krise auf Albanien und seine Nachbarstaaten und damit auf eine internationale Ebene denkbar. Wie die Ereignisse der letzten Monate gezeigt haben, konnten diese Worst-case-Szenarien nur durch massive gemeinschaftliche Kraftanstrengungen der westlichen Staaten bzw. vor allem der NATO verhindert werden. Albanien selbst konnte durch seine Einbindung in NATO- bzw. US-Strategien wirkungsvoll "entschärft" werden. Voraussetzung dafür war aber, daß Albanien selbst zuvor zumindest oberflächlich stabilisiert worden war. Aber auch die geographische Lage und geopolitische Bedeutung Albanien waren schon 1997 für das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft von nicht unwesentlicher Bedeutung. Albanien ist Teil einer möglichen Transportroute zwischen Schwarzem Meer und Adria, dem Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia (TRACEA), auch Korridor 8 genannt, und somit Teil einer Verbindung zwischen Südeuropa und dem russisch-zentralasiatischen Raum. Teilweise war während der Albanienkrise aber auch der Versuch einzelner Nationen zu erkennen, durch entsprechende Aktivitäten im internationalen Krisenmanagement, die eigene nationale Position im Entstehungsprozeß der europäischen Sicherheitsarchitektur zu stärken. In zeitlicher Nähe zur Albanienkrise fanden nämlich nicht nur der Madrider NATO-Gipfel, der die erste Etappe der Osterweiterung und die Neuordnung der Kommandostrukturen der Allianz beschließen sollte, sondern auch die EU-Regierungskonferenz von Amsterdam und der WEU-Gipfel in Erfurt statt, die vor allem im Bereich internationaler Streitkräfteeinsatz weitreichende Entscheidungen fällten. Somit war der internationale Einsatz nicht unbedingt eine selbstlose humanitäre Hilfe, sondern in erster Linie Teil internationaler Interessen- und Machtpolitik.

### **Das internationale Krisenmanagement**

Wie bereits dargelegt, wurde die Organisation des Krisenmanagements dreigeteilt; die OSZE sollte demokratiepolitische Maßnahmen bzw. die Vorbereitungen für die geplanten Neuwahlen im Juni, die EU die humanitäre und wirtschaftliche Hilfe und die MPF den Schutz der Hilfslieferungen und die Sicherung der Mission übernehmen, die der Sonderbeauftragte der OSZE, Vranitzky, koordinieren sollte.

Der Grundauftrag an die MPF lautete, sichere Rahmenbedingungen für Lieferung und Verteilung humanitärer Hilfe sowie für die Hauptquartiere der internationalen Missionen in Tirana und die Aktivitäten von internationalen Organisationen zu schaffen und zu garantieren. Die internationale Truppe hatte zwar "nur" den Auftrag, internationale Organisationen, humanitäre Lieferungen und sich selbst zu schützen; durch massive Präsenz ("show flag") in den wichtigsten Städten und Verbindungsstraßen des Landes erzeugte sie jedoch durch ihre bloße Anwesenheit Sicherheit. Dies war in erster Linie ein psychologischer Effekt, durch den die MPF Sicherheit projizierte, ohne selbst aktiv gegen Banden und Kriminelle vorzugehen. Während der Wahlphase garantierte die MPF die Sicherheit in den Räumen, in denen die Truppe bereits stationiert war, führte an den Straßen, auf denen die OSZE-Tätigkeiten stattfanden, Patrouillen durch und dehnte außerdem zur Unterstützung der Wahlbeobachter-Missionen ihre stationäre und mobile Truppenpräsenz aus.

### **Die Parlamentswahlen 1997**

#### Vorbereitung

Obwohl beispielsweise Ministerpräsident Fino Ende März noch große Bedenken hatte, daß in so kurzer Zeit Wahlen vorzubereiten und durchzuführen wären, und den OSZE-

Sonderbeauftragten Vranitzky diesbezüglich gewarnt hatte, bestand dieser darauf, daß als "politisches Signal" zur Jahresmitte in Albanien Wahlen stattfinden müßten. Er erklärte, daß er trotz entsprechender Warnungen, die angesichts der prekären Lage vor allem im Süden und in den Randgebieten auf eine Verzögerung drängten, gegen eine Verschiebung des geplanten Termins sei. Vranitzky erklärte Ende April folgerichtig, daß es nicht nur eine Katastrophe wäre, die Wahl nicht durchzuführen, sondern auch, wenn diese ebenso negativ beurteilt werden würde wie die letzte albanische Parlamentswahl; Vranitzky trat auf jeden Fall dafür ein, die Wahlen vor dem Sommer 1997 durchzuführen. Am 9. Mai einigten sich die wesentlichen albanischen Parteien schließlich auf die Durchführung der Parlamentswahlen am 29. Juni des Jahres. Dabei sollte im Gegensatz zum bisherigen Mehrheitswahlrecht eine Mischung aus eben diesem und einem Verhältniswahlrecht zum Einsatz kommen. Grubmayer berichtete später, daß bei den Verhandlungen jede Partei dasjenige Wahlsystem durchsetzen wollte, von dem sie sich den unmittelbar größten Vorteil versprach. So sprach sich die regierende Demokratische Partei schon frühzeitig für die Beibehaltung des alten Mehrheitswahlrechts aus, das vorsah, daß 125 der insgesamt 140 Parlamentssitze nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben werden. Sie sah darin "die beste Garantie für eine stabile Regierung in Albanien". Die anderen neun Parteien, die die Übergangsregierung bildeten, bestanden hingegen auf einem neuen Wahlsystem, das die Parlamentssitze überwiegend nach dem Verhältniswahlrecht vergeben sollte. Von den internationalen Organisationen erwarteten sich die albanischen Politiker, daß die ausländischen Helfer die Wahlen organisieren, wollten aber gleichzeitig unangenehme Wahrheiten von diesen nicht zur Kenntnis nehmen. Die Einigung der albanischen Streitparteien erfolgte schließlich unter massivem Druck von OSZE-Sondergesandten Vranitzky, der in Absprache mit anderen internationalen Organisationen bzw. relevanten Ländern den Entzug internationaler Hilfe angedroht hatte. Auch Italien drohte die internationale Schutztruppe abzuziehen, falls die albanischen Parteien ihre Zusagen nicht einhielten. In dieser Phase spielte laut Grubmayer diplomatisch auch die amerikanische Botschafterin in Albanien eine nicht unwesentliche Rolle. Die Wahlen an sich, deren Durchführung und Beobachtung durchaus als klassische Aufgabe der OSZE betrachtet werden kann, ermöglichten es vor allem der OSZE, wieder mehr in den Vordergrund zu rücken, nachdem sie im Zuge der Aufstellung der MPF zunehmend in den Hintergrund gedrängt worden war. Vranitzky erläuterte später, daß die albanischen Akteure sich erst einigten, nachdem er sich an die albanische Öffentlichkeit gewandt hatte und ein Ende der internationalen Hilfe angedroht hatte. Der für die Tätigkeit eines Mediators notwendige Druck wurde somit indirekt über die Bevölkerung, die als einzigen Ausweg aus ihrer Situation die Hilfe aus dem Ausland bzw. Europa sah, aufgebaut. Den verantwortlichen Politikern war klar, daß sie bei einem von ihnen verschuldeten Abzug der internationalen Hilfe politisch in Albanien nicht überleben würden. Es wird aber auch deutlich, daß ohne das der Krise entsprechende Machtpotential Vermittlungsbemühungen zum Scheitern verurteilt sind.

Schließlich einigten sich die albanischen Parteien auf ein gemischtes Wahlsystem. Für den Wahlkampf bzw. die Wahlen selbst sollte die Bewegungsfreiheit im Land wiederhergestellt und der gleichberechtigte Zugang zu den (staatlichen) Medien sichergestellt werden. Zusätzlich sollten spätestens 46 Tage vor den Wahlen (also Mitte Mai) die diversen "Wohlfahrtskomitees", die sich nach Ansicht von Vranitzky allesamt im Umfeld der sozialistischen Partei bewegen würden, aufgelöst werden. Die internationale Wahlbeobachtung wiederum sollte von einem Koordinator nicht nur organisiert, sondern vor allem in einem Endbericht nach außen vertreten werden. Man wollte damit die Peinlichkeit von 1996 vermeiden, als verschiedene Organisationen völlig divergierende Beurteilungen abgaben.

Als sich wenige Tage später die albanischen Parteien abermals bezüglich einiger Punkte des Wahlgesetzes nicht einigen konnten bzw. die Demokratische Partei mit ihrer satten Mehrheit

im Parlament ein ihr genehmes Wahlgesetz durchsetzen wollte, unterstrich auch die EU die Haltung der internationalen Staatengemeinschaft. In einer Erklärung der Union wurde klargestellt, daß "die Bemühungen des persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, Franz Vranitzky, ... nachdrücklich unterstützt" würden, und "sollte innerhalb der nächsten Tage kein Ausweg aus der derzeitigen politischen Sackgasse gefunden werden und sollten am 29. Juni keine Wahlen stattfinden, könnte sich die Europäische Union in enger Absprache mit der gesamten internationalen Gemeinschaft gezwungen sehen, ihre Bemühungen zur Unterstützung Albaniens einer Überprüfung zu unterziehen". Grubmayer schilderte die internationalen diplomatischen Aktivitäten: "Trotz der Bemühungen Dr. Vranitzkys, der massiven Einschaltung von Regierungschefs und Außenministern der OSZE und des intensiven Lobbyings und Nachstoßens unserer OSZE-Mannschaft vor Ort ist es uns bis zum Schluß nicht gelungen, völlige Einhelligkeit unter den Parteien hinsichtlich des Wahlgesetzes herzustellen. Es hing bis über den Wahltag hinaus eine Drohung der Nichtanerkennung der Wahl in der Luft. Bisweilen ergab sich der deutliche Eindruck, daß wir — die Ausländer — eigentlich die einzigen waren, die die Wahlen unbedingt abhalten wollten. Die Albaner — bis hinauf zur Regierungsspitze — fühlten sich ihrer Mentalität nach weitgehend als Zuschauer in einem hektischen Treiben der Wahlvorbereitung, als deren Protagonisten sie vor allem die beteiligten ausländisch-internationalen Kräfte betrachteten." Erst am 21. Mai einigten sich schließlich die albanischen Parteien — nachdem zuvor ein Ultimatum der OSZE unbeachtet verstrichen war — endgültig auf die letzten umstrittenen Punkte des Wahlmodus. Auf den geschlossenen internationalen Druck anspielend, erklärte OSZE-Sondergesandter Vranitzky: "Ich habe heute zum ersten Mal erlebt, daß die internationale Gemeinschaft in einer Frage absolut einer Meinung war." Der Ständige Rat der OSZE sagte gleichzeitig die intensive Beobachtung der Parlamentswahlen zu. Die für die Wahlen vorgesehenen Rahmenbedingungen, daß nämlich für den Wahlkampf bzw. die Wahlen selbst die Bewegungsfreiheit im Land wiederhergestellt und der gleichberechtigte Zugang zu den (staatlichen) Medien sichergestellt bzw. spätestens 46 Tage vor den Wahlen (also Mitte Mai) die diversen "Wohlfahrtskomitees" aufgelöst werden, wurden trotzdem nicht ansatzweise erfüllt. Deshalb trat auch der Leiter der OSZE-Beobachter (Chief of the OSCE's monitoring operation), Brian Pridham, Anfang Juni zurück. Er erklärte in einem Schreiben an Gerard Stoudmann, dem Direktor des ODIHR, daß unter den gegebenen Umständen keine freien Wahlen stattfinden könnten. Pridham beschuldigte die OSZE, sich mit Pseudo-Wahlen reinzuwaschen — "to give the multinational force an excuse to go home" — und behauptete, daß der Abschlußbericht der internationalen Wahlbeobachter bereits vorgefertigt wäre. Grubmayer kritisierte später Brian Pridham, denn er erklärte, daß "einige dieser Leute, sicherlich hervorragende Experten auf ihrem Gebiet, ... sich dann als Puristen und Theoretiker" erwiesen, "bei denen sich die gegebenen örtlichen Verhältnisse dem Lehrbuch anzupassen gehabt hätten und nicht umgekehrt ("those elections are nonsense" wurde mir mehrmals von maßgeblicher Seite des Election-Teams erklärt); es gab dann in letzter Minute einige Änderungen an der Spitze und längere, geduldige Überzeugungsarbeit vom OSZE "core", um diese Art von "Textbook Defaitismus" zu eliminieren".

Franz Vranitzky erachtete es als notwendig, die Wahl zumindest "pro forma" durchzuziehen, und drängte sowohl Präsident Berisha als auch PM Fino dazu, den Wahlausgang bereits vor deren Durchführung anzuerkennen. Vranitzky hatte Ende Mai vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Europäischen Parlaments erklärt, daß man "mit Fug und Recht argumentieren" könne, "daß die Bedingungen für freie und faire Wahlen nicht erfüllt sind". Für Vranitzky wäre das allerdings gar nicht möglich gewesen, und daher galt es für ihn, alles zu tun, um das Wahlresultat "mit Akzeptanz auszustatten und ein neues politisches Leben zu beginnen". Auch innerhalb der OSZE-Mission gab es bereits vor der Wahl die inoffizielle Order, die Wahl auf alle Fälle anzuerkennen. Real wurden im Süden die Demokratische Partei, im Norden die Sozialistische Partei massiv am Wahlkampf gehindert. Präsident Berisha überlebte

dabei einige Mordanschläge, und Bombenanschläge wurden unmittelbar vor den Wahlen faktisch zur Regel. Da sich die beiden Parteien inhaltlich ohnehin faktisch nicht unterschieden — beide betonten den Ausbau der Marktwirtschaft und die Anbindung an die euro-atlantische Gemeinschaft — war auch der Wahlkampf in erster Linie auf die Diffamierung der Konkurrenten ausgerichtet. Das Helsinki-Komitee prangerte deshalb auch die "Atmosphäre des Terrors" im Vorfeld der Wahlen an. Für die Menschenrechtsorganisation waren freie und demokratische Wahlen vor allem auf Grund des Ausnahmezustandes nicht möglich. Das National Democratic Institute, die größte US-amerikanische NGO, die internationale Demokratisierungsprozesse unterstützt, sprach sich gegen die Abhaltung aus, da "nicht ein Minimum an Voraussetzungen für die Wahlen" erkennbar wäre. Vor allem wurden bei der Registrierung der Wahlberechtigten, der Bekanntgabe der Kandidaten sowie der Bildung von Wahlkommissionen in den Bezirken Unregelmäßigkeiten festgestellt. OSZE-Sonderbeauftragter Vranitzky sprach sich jedoch gegen eine Verschiebung aus. "Eine Verschiebung würde kaum etwas bringen und wahrscheinlich die Situation weiter verschlechtern." Für Vranitzky war zu erwarten gewesen, daß die Nervosität und die Unruhen unmittelbar vor den Wahlen steigen würden. Dennoch könne man nicht von dem Ziel abgehen, durch Wahlen die Schaffung geordneter Verhältnisse in Albanien zu ermöglichen. Für ihn war auch klar, daß die Wahlen nicht unter westeuropäischen Bedingungen stattfinden würden, da Teile des Landes immer noch nicht unter Kontrolle der Behörden und ein Großteil der Bevölkerung weiterhin illegal bewaffnet waren. Für Vranitzky gab es deshalb zwei Optionen: zu warten, bis die Zentralgewalt die Ordnung wieder hergestellt habe, die Waffen abgegeben und die letzten Unruheherde beseitigt worden wären, und erst dann zu wählen. Dies war für den OSZE-Sonderbeauftragten aber "reine Theorie", da die Behörden dazu nicht in der Lage wären. Daher bestand für Vranitzky nur die Möglichkeit, "ungeachtet aller Schwierigkeiten" am 29. Juni als Wahltermin festzuhalten und in "fairen und freien Wahlen" eine neue Führung zu installieren, die von der Bevölkerung akzeptiert werde und danach den demokratischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes betreiben könne. Daher bemühte sich, laut Vranitzky, die OSZE, für die Wahl korrekte Verhältnisse herzustellen und den albanischen Behörden bei der Vorbereitung und der Organisation zu helfen. Er kritisierte aber, daß "die albanischen Behörden sehr langsam arbeiten". So stand beispielsweise elf Tage vor der Wahl erst die Hälfte der Kandidatennamen fest. Erst am 22. Juni konnten die Vorbereitungen schließlich abgeschlossen und die Wählerverzeichnisse fertiggestellt werden. Erst zu diesem Zeitpunkt konnten die Stimmzettel, die die OSZE in Italien herstellen ließ, um Fälschungen zu verhindern, gedruckt werden. Und sechs Tage vor der Wahl unterzeichneten die drei größten Parteien, auf Vermittlung der katholischen Friedensgruppe Sant' Egidio, in Rom einen "Pakt für die Zukunft Albaniens", in dem sie sich zu einem friedlichen und fairen Verlauf der Wahlen und zur Zusammenarbeit nach dem Urnengang verpflichteten. Beobachter gaben der Realisierung dieses Abkommens aber von vornherein keine Chance, da bei den albanischen Parteien offensichtlich nur der totale Sieg zähle. Intern erklärten Mitarbeiter der OSZE, damit zu rechnen, daß der Wahlverlierer die Niederlage kaum eingestehen werde. Die unzureichenden Wahlbedingungen würden dafür genug Gründe liefern, um das Ergebnis anzufechten. Unterdessen hatten unmittelbar vor den Wahlen drei Parteien, die Sozialistische und die Sozialdemokratische Partei sowie die Demokratische Allianz, einen Pakt über eine Regierung nach den Wahlen geschlossen und die Amtsenthebung von Präsident Berisha angekündigt, sofern dieser nicht freiwillig zurücktreten sollte. Weiters sah das Übereinkommen der drei Parteien die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die Wiederherstellung der Ordnung im Land, unabhängige Gerichte, eine Verstärkung der marktwirtschaftlichen Reformen und eine Untersuchung der Pyramidenspiele vor. Der Spitzenkandidat der Sozialisten versprach überdies auf einer Wahlkampfkundgebung, daß nach einem sozialistischen Wahlsieg alle Opfer der



Pyramidenspiele vollständig entschädigt werden würden, schwächte aber nach den Wahlen diese Aussage ab.

Schon vor den Wahlen hatte der Leiter der Europarats-Beobachterdelegation, Sir Russel Johnston, erklärt, daß sowohl die Wahlvorbereitungen als auch die Sicherheitsbedingungen nicht zufriedenstellend wären. Im Abschlußbericht der internationalen Wahlbeobachter wurde die "pre-election period" folgendermaßen beurteilt: "The pre-election period was marred by a number of problems, mainly stemming, made normal technical preparations and observations difficult in the extreme. The presence of the Multinational Protection Force helped to improve the security situation, thereby allowing the elections to take place. These problems were mainly of a procedural nature, relating to the inability to strictly observe the timetable set forth in the Electoral Law. As a result, the necessary flow of information to the electorate was uneven throughout the country. In some cases, voters were not sufficiently informed to be able to objectively select among the candidates. This, coupled with the serious hindrances in campaigning, particularly in the South, brought about by the security situation, made normal preparations for the elections extremely difficult."

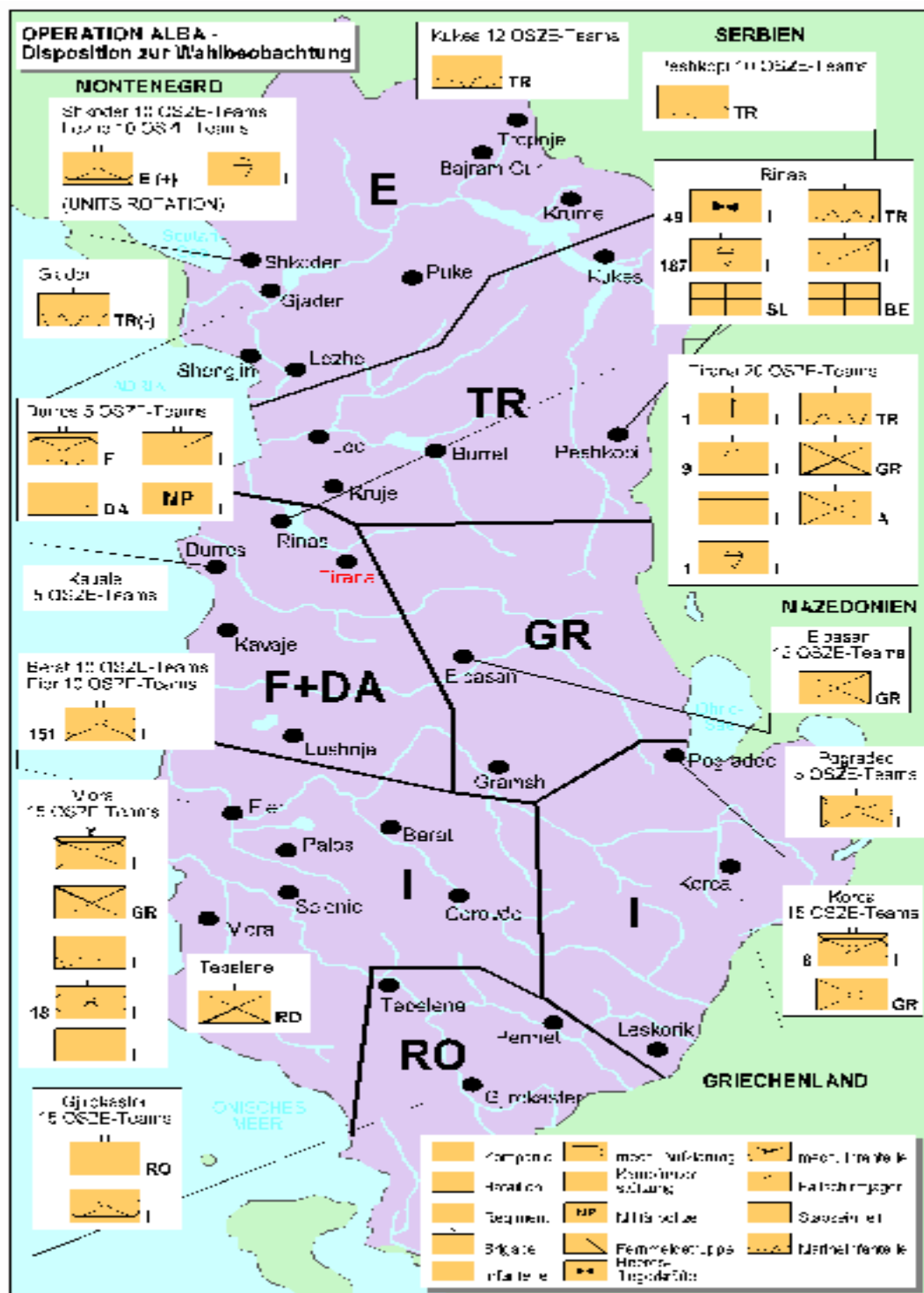
## **Durchführung**

Um Spekulationen wie nach den Parlamentswahlen 1996 hintanzuhalten — die Opposition beschuldigte die Regierung, zur Manipulation der Wahlen zu viele Stimmzettel und Wahlurnen verwendet zu haben — wurden 1997 die Wahlzettel in Italien gedruckt und erst am 26. Juni mit Militärmaschinen nach Albanien gebracht sowie die Wahlurnen von der OSZE zur Verfügung gestellt. Da die zentrale Wahlkommission wegen laufender interner Streitigkeiten die Unterlagen, die zum Druck der Stimmzettel notwendig waren, praktisch nie rechtzeitig zur Verfügung stellten, beurteilt Grubmayer, daß "gewisse albanische Kräfte ganz gezielt darauf hinarbeiteten, uns auf diese Weise scheitern zu lassen" .

Zur Beobachtung der gesamten Wahlen, vor allem aber zur Vorbereitung der Überwachung der Wahlen selbst richtete das "Office for Democratic Institutions and Human Rights" (ODIHR) eine Mission in Albanien ein. Die Wahlen wurden von über 500 Beobachtern — unter ihnen über einhundert Parlamentarier — der OSZE, aber auch des Europarates, des Europaparlaments und der Nordatlantikversammlung sowie zirka 100 Beobachtern aus den USA überwacht. Diese Beobachter wurden durch die MPF während ihres Aufenthaltes in Albanien geschützt. Ohne diese Gewährleistung der Sicherheit wäre die Wahlbeobachtung in weiten Teilen des Landes unmöglich gewesen. Im großen und ganzen verliefen die Wahlen jedoch unerwartet ruhig. Neben kleineren Zwischenfällen in fast allen Landesteilen wurde in einer Ortschaft in der Nähe von Fier der Vorsitzende (DP) der lokalen Wahlkommission ermordet.

Bei der Beobachtung von Wahlen gilt es vor allem festzustellen, ob die Wähler ohne Angst und geheim ihre Stimme abgeben können und ob die Auszählung ohne Manipulationen durchgeführt wird. Von verschiedenen Seiten und Beobachtern wurde allerdings Kritik daran geübt, daß die Auszählung der Wahlstimmen auf Ebene der regionalen Wahlkommissionen nicht überwacht worden waren, wodurch es hier zu einigen Unregelmäßigkeiten kam. Im Abschlußbericht wurden diese Unregelmäßigkeiten aber als für die Gesamtergebnisse unerheblich beurteilt. In Zusammenhang mit den Vorwürfen, die bereits vor den Wahlen unter anderem durch Brian Pridham erhoben worden waren, blieben jedoch Zweifel an der absoluten Korrektheit der Wahlen bestehen. So sind beispielsweise in Vlora die Mitglieder der regionalen Wahlkommission von Bandenführern aufgesucht und daran erinnert worden, im Sinne der "Bosse" zu handeln. Aber auch die Familienmitglieder von Angehörigen der Zentralen Wahlkommission waren bedroht worden — wohl um ein entsprechendes Verhalten der Wahlkommission zu erzwingen.

An den Wahlen nahmen neben der regierenden Demokratischen Partei und der Sozialistischen Partei zahlreiche weitere Parteien bzw. Wahlbündnisse teil. Dem linken Lager wurden dabei — neben der Sozialistischen Partei — die Sozialdemokratische Partei, die Partei der Nationalen Einheit und die Agrarpartei zugerechnet. Als Parteien der Mitte waren die Demokratische Allianzpartei und die griechische Union der Menschenrechte zu bezeichnen. Die wichtigsten Parteien des rechten Lagers waren wiederum — neben der regierenden Demokratischen Partei — die Republikanische Partei, die Nationale Front und die monarchistische Legalitätspartei. Dem rechten Lager waren dabei die Wahlbündnisse Albanische Rechtsunion (Nationale Front, Republikanische Partei, Christlich-Demokratische Union, Rechte Demokratische Partei, Konservative Partei und Bewegung für Demokratie) und Nationale Union für Demokratie (Demokratische Partei, Legalitätspartei, Sozialdemokratische Unionspartei und Christlich-Demokratische Partei), dem linken Lager die Vereinigte Linke (Sozialistische Partei, Sozialdemokratische Partei,



Demokratische Allianzpartei, Agrarpartei und die Partei der Nationalen Einheit) zuzurechnen.

### Militärische Sicherung

Nachdem es in der Vorwahlphase zu zahlreichen politisch motivierten Anschlägen gekommen war, nahmen unmittelbar vor den Wahlen auch Gefechte zwischen verfeindeten Banden zu. Manche Beobachter befürchteten dabei, daß es sich um gezielte Versuche, die Wahlen zu stören bzw. zu verhindern, handelte. Auf jeden Fall mußten Zwischenfälle im Zuge der Wahl bzw. der Wahlbeobachtung befürchtet werden. Die MPF stellte deshalb während der Wahlen die Sicherheit der internationalen Beobachter sicher. In erster Linie wurde diese durch deren Eskortierung — also direkte Sicherheit — aber auch durch die Herstellung einer allgemeinen

Stabilität zumindest in einigen zentralen Räumen — also durch indirekte Sicherheit — sowie durch den Einsatz operativer Reserven, die bei Bedarf auf Bitte der internationalen Organisationen eingesetzt hätten werden können, gewährleistet.

## **Nach den Wahlen**

Die Wahlen selbst bescherten der Sozialistischen Partei einen fulminanten Wahlsieg und der Demokratischen Partei eine bittere Niederlage. Letztere fechtete zwar das Wahlergebnis in einigen Bezirken an, akzeptierte aber grundsätzlich ihre Niederlage. Präsident Berisha erklärte am 30. Juni: "The elections of yesterday were the only way to take Albania out of the crisis. Before making any comments I want to thank all European countries and their governments and institutions, especially Italy and the other countries participating in the Alba-operation, OSCE and Mister Vranitzky. Without their help we would not be able to carry out the elections. I also want to thank the Albanians that even under difficult conditions they have participated the elections. And I guarantee that their decision will be respected as well as I will respect my declarations. Yesterday the Albanians decided that the Democratic Party goes at the opposition. I want to thank all electors that confirmed their votes to the Democratic Party. I invite all the electors and members of Democratic Party to respect the results of the elections and to continue together to consolidate the democracy." Der Parteivorsitzende der Demokraten, Tritan Shehu, erklärte, seine Partei werde "ihre politische Aktivität künftig als parlamentarische Opposition entfalten". Nichtsdestotrotz flohen unmittelbar nach Bekanntwerden der Wahlresultate einige prominente Führer des bisherigen Regimes ins Ausland.

Nach der Wahl gaben erstmals die verschiedenen europäischen Beobachter (ODIHR, Parlamentarische Versammlung der OSZE, Europarat) eine gemeinsame Abschlusserklärung ab, um eine unkoordinierte Beurteilung wie bei der Wahl 1996 zu verhindern. Catherine Lalumiere, OSZE-Sonderkoordinatorin, Sir Russel Johnston, Vorsitzender der Parlamentarischen Delegation des Europarates, und Javier Ruperez, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, beurteilten die Wahl zwar nicht als frei und fair, zumindest aber als unter den gegebenen Umständen akzeptabel ("acceptable given the prevailing circumstances) und begründeten diese gemeinsame Abschlußbeurteilung damit, daß vor allem der erste Wahlgang durch eine hohe Wahlbeteiligung gekennzeichnet war, generell die Wähler ihre Stimme ohne Furcht und Einschüchterung abgeben konnten und die Auszählung der Stimmen durch die Wahlkommissionen, abgesehen von kleineren Zwischenfällen, korrekt und unparteiisch durchgeführt worden war.

Innenpolitisch entbrannte nach dem Verschwinden des demokratischen Innenministers Celo ein Streit über dessen Nachbesetzung. Sowohl Sozialisten als auch Demokraten versuchten einen der Ihrigen auf den Posten zu hieven. Auch die Verfügungsrechte über Präsidentengarde und (Spezial-)Polizei waren zwischen Präsident Berisha und Ministerpräsident Fino umstritten und gipfelten im Vorwurf eines versuchten Staatsstreiches. Am 1. Juli lagen sich schließlich Einheiten der regierungstreuen Spezialpolizei und die Reste der Berisha ergebenen Präsidentengarde im Stadtzentrum Tiranas kampfbereit gegenüber. Wohl auf Grund unklarer Zielvorstellungen beließen es beide Seiten dabei — wie üblich — in die Luft zu schießen. Hingegen hatten die Monarchisten rund um "König" Leka klare Vorstellungen. Sie behaupteten, daß beim Referendum über die zukünftige Staatsform — das parallel zu den Parlamentswahlen stattgefunden hatte und als Beispiel "sinnvollen" Krisenmanagements von den europäischen Beobachtern ignoriert worden war — nicht, wie offiziell behauptet, nur 33, sondern in Wahrheit über 50 Prozent der Wahlberechtigten für die Wiedereinführung der Monarchie gestimmt hatten. Wenn auch ein Sieg der Monarchisten unwahrscheinlich war, gab es doch deutliche Anzeichen, daß es zu massiven Wahlfälschungen gekommen war. Aus diesem Grund kam es täglich zu Demonstrationen am Skanderbeg-Platz im Zentrum Tiranas,

die am 3. Juli mit einem vom schwerbewaffneten Leka angeführten Marsch zur Zentralen Wahlbehörde gipfelte. Bei der folgenden Schießerei mit der Sonderpolizei starb ein Anhänger Lekas. Die Monarchisten schafften es aber nicht, einen Volksaufstand zu provozieren, und Leka mußte sich schließlich, nachdem gegen ihn Anklage erhoben worden war, aus Albanien absetzen. Während aber die OSZE und die anderen europäischen Beobachter die Gefahr eines unklaren Ausganges des Referendums nicht zur Kenntnis nehmen wollten, setzte die MPF ein deutliches Zeichen und stationierte nach der Schießerei Kräfte vor der Zentralen Wahlbehörde.

Am 6. Juli fanden in 34 Wahlbezirken, in denen entweder keiner der Kandidaten die notwendige Mehrheit errungen hatte bzw. die Wahlen nicht oder nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden waren, Nach- und Stichwahlen statt. Allerdings waren die Wahlen von der Ermordung dreier Mitglieder von Wahlkommissionen im Norden des Landes überschattet. Da zu diesem Zeitpunkt überdies noch Untersuchungen über Unregelmäßigkeiten in anderen Wahlkreisen im Gange waren, mußten auch in den nächsten Wochen noch Nachwahlen (die letzten am 10. August) durchgeführt werden, die jedoch am Gesamtergebnis faktisch nichts mehr verändern konnten. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Tritan Shehu, gestand zwar die Niederlage seiner Partei am 7. Juli neuerlich ein, stellte aber auch fest, daß "bewaffnete Stalinisten" den Demokraten vor allem in Südalbanien keine gleichen Wahlchancen gelassen hätten.

Es wurde zunehmend deutlich, daß die internationale Gemeinschaft die politischen Gegner auch für die Zeit nach den Wahlen zu einer Zusammenarbeit — etwa in einer Regierung der nationalen Versöhnung, die unter Aufsicht und Vermittlung der OSZE hätte gebildet werden können — hätte zwingen müssen. Im Abschlußbericht der internationalen Wahlbeobachter wurde jedoch nur vermerkt, daß "die Wahlergebnisse die Basis für ein von der albanischen Bevölkerung gewünschtes und verdientes, starkes, demokratisches System" sein sollten. Und weiter: "Von fundamentaler Bedeutung ist, daß alle albanischen Parteien die Vereinbarungen, daß sie die Wahlergebnisse respektieren werden, einhalten. Wir wiederholen, daß die internationale Gemeinschaft nach den Wahlen wesentliche Bemühungen für eine nationale Versöhnung erwartet. Ohne eine solche Versöhnung würde nämlich die Basis für die internationale Hilfe und die weitere Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft fehlen." Noch-Präsident Sali Berisha hatte jedoch inzwischen erklärt, daß die Parlamentswahlen "bei weitem nicht frei und ehrlich" abgelaufen und das neue Parlament deshalb eigentlich nicht legitimiert wäre. Angesichts der allgemeinen Lage in Albanien wäre das neue Parlament jedoch "akzeptabel", erklärte Berisha. Er erinnerte gleichzeitig die Sozialisten an ihr Wahlversprechen die verlorenen Sparguthaben der Kleinanleger, die sie beim Zusammenbruch der Pyramidensysteme verloren hatten, zurückzuzahlen. Berisha bezeichnete dieses Versprechen als "Destabilisierungsfaktor". Die Zusage wäre zwar nicht einzuhalten, hätte aber wesentlich zum Wahlsieg der Sozialisten beigetragen. Wahlsieger Fatos Nano kündigte unterdessen an, seine geplante Fünf-Parteien-Regierung werde sich sofort an die Neuformulierung einer Verfassung machen, die den Änderungen in Albanien seit dem Sturz des Kommunismus Rechnung tragen werde. Besonders werde er sich um den Wiederaufbau der Verwaltung, der Justiz, der Polizei und der Armee kümmern. Der neue sozialistische Generalsekretär Pandeli Majko sagte, seine Partei werde in der Außenpolitik vorrangig Kontakte zur USA, zur Europäischen Union und zur NATO unterhalten. In wirtschaftspolitischer Hinsicht wollten die Sozialisten die Privatisierung beschleunigen. Am 23. Juli trat schließlich Präsident Berisha unmittelbar vor der Antrittssitzung des Parlaments zurück und zog damit die Konsequenz aus der schweren Niederlage der Demokratischen Partei. Von den 155 Abgeordneten stellten die Demokraten nur noch 23, die Sozialistische Partei 101. Die Mitte-Links-Koalition, der Sozialisten, Sozialdemokraten, die Demokratische Allianz, die Agrarpartei und die Partei der Menschenrechte — die Partei der griechischen Minderheit — angehören, hat insgesamt jedoch deutlich über zwei Drittel der

Mandate inne. Dadurch kann diese auch Verfassungsänderungen beschließen. In einem Bericht des UNDP wird das Wahlverhalten der Albaner als "two-thirds election tradition" bezeichnet, da 1991 die Kommunistische Partei, 1992 und 1996 die DP und schließlich 1997 die SP jeweils faktisch zwei Drittel der Parlamentssitze gewinnen konnten. Dieser Trend deutet nicht nur auf große Schwankungen innerhalb der Wählerschaft, sondern auch auf eine politisch instabile Gesellschaft hin. Dabei ist aber zu ergänzen, daß auch das Wahlrecht diese Entwicklung begünstigt. Den Demokraten war die insbesondere von ihnen betriebene Forcierung des Mehrheitswahlrechts selbst auf den Kopf gefallen. Die konstituierende Sitzung des neuen Parlaments, das sie "Parlament der Kalaschnikows" nannten, boykottierten sie schließlich aus Protest gegen angebliche Manipulationen und Einschüchterungen bei den Wahlen. Das Parlament wählte inzwischen den bisherigen Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Rexhep Mejdani, zum neuen Präsidenten und hob auch den seit März bestehenden Ausnahmezustand auf. Ein weiteres Kapitel der albanischen Geschichte konnte beginnen. Unbeeindruckt davon hatte inzwischen der Rückzug der internationalen Truppen begonnen. Am 10. August verließen offiziell die letzten italienischen Kräfte Albanien, womit die Operation Alba zu Ende gegangen war. Inoffiziell beziehungsweise unter anderem Namen waren jeweils ungefähr bataillonsstarke italienische und kompaniestarke Kräfte der griechischen und türkischen Streitkräfte im Land verblieben bzw. in weiterer Folge wieder zurückgekehrt. Diese führten bilaterale Ausbildungs- und Unterstützungsaufgaben mit albanischen Sicherheitskräften durch. Hintergrund dieser Aktivitäten war natürlich der Versuch, Einflußmöglichkeiten zu erhalten bzw. zu erringen. Sowohl der UN-Sicherheitsrat als auch der OSZE-Vorsitzende bewerteten die Operation Alba als Erfolg. Übereinstimmend wurde erklärt, daß vor allem der schnelle Einsatz der "Schlüssel zum Erfolg" gewesen wäre. Nunmehr hätten das albanische Volk und die Politiker des Landes die Verantwortung für die Zukunft ihres Landes, wie es in einer Erklärung des Sicherheitsrates hieß. OSZE-Sonderbeauftragter Vranitzky räumte jedoch ein, daß der Abzug der Schutztruppe "sicher zu einem sehr frühen Zeitpunkt" durchgeführt wurde. Wichtig wäre nun, "daß darüber nachgedacht wird, was in Albanien an die Stelle der Schutztruppe treten kann". Nach dem Abzug müsse auch der Aufbau einer funktionierenden Polizei sowie Gerichtsbarkeit im Vordergrund stehen. "Die Sicherheitsfrage bedarf sehr großer Aufmerksamkeit. Man kann nicht einfach Mitte August abziehen und glauben, Albanien ist total befriedet", warnte Vranitzky.

### **Internationale Langzeithilfe**

Schon unmittelbar nach den Parlamentswahlen hatte die internationale Gemeinschaft eine koordinierte Langzeithilfe vorbereitet. Dabei sollte sowohl finanzielle Hilfe für den Wiederaufbau der Wirtschaft, der Infrastruktur und der öffentlichen Verwaltung als auch Unterstützung bei der Entwicklung funktionsfähiger demokratischer Strukturen und Hilfe beim Aufbau adäquater Sicherheitsstrukturen geleistet werden. OSZE-Sonderbeauftragter Vranitzky organisierte dafür eine Albanien-Konferenz, in der neben der Hilfe von OSZE, EU, Europarat, WEU und NATO auch die der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und einiger anderer Organisationen sowie zahlreicher Einzelstaaten koordiniert werden sollte. Wie der italienische Außenminister Dini erklärte, sei nunmehr die Phase der Dringlichkeit vorbei, und es stehe die "Phase der Stabilisierung und Normalisierung" bevor. Wesentliche Aufgaben seien die Konsolidierung demokratischer Verhältnisse, der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit. Die Gewährung internationaler Hilfe für Albanien müßte dabei mit einer Stärkung der demokratischen Institutionen verknüpft werden. Die Albaner müßten aber auch selbst ihren Beitrag zur Konsolidierung von Verwaltung und

Demokratie leisten. Demokratisierung, Stabilität, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung gingen dabei, laut Dini, Hand in Hand.

Bei der am 31. Juli auf Beamtenebene stattgefundenen ersten OSZE-Arbeitskonferenz für Albanien in Rom, die die für Herbst geplante Ministerkonferenz vorbereitet hatte, sagte auch Österreich Soforthilfe in der Höhe von über 100 Millionen Schilling zu. Dabei sollten schon seit längerer Zeit laufende Entwicklungsprojekte wie die Fertigstellung des Krankenhauses in Burrel, der Wasserversorgung von Shkoder und eines Kraftwerkes an der Drin unterstützt werden. An der Sanierung der albanischen Wasserkraftwerke beteiligten sich auch die Europäische Bank für Wiederaufbau, die Schweiz und Japan. Im Schlußdokument der Arbeitskonferenz wurden Albanien aber Bedingungen für die internationale Hilfe genannt. So müßten die öffentliche Ordnung wiederhergestellt, die Menschenrechte und demokratische Maßstäbe respektiert und eine solide Wirtschaftspolitik betrieben werden. Nach einer zweiten Arbeitskonferenz am 2. Oktober in Wien bereitete eine Außenministerkonferenz am 17. Oktober in Rom die Geberkonferenz für Albanien in Brüssel vor. Darüber hinaus sollte das Abkommen zwischen IWF und Albanien, das am 29. des Monats in der US-Hauptstadt Washington unterzeichnet werden sollte, vorbereitet werden. Nach Schätzungen der Weltbank würde Albanien für den Wiederaufbau seiner Infrastruktur und eine dauerhafte finanzielle Stabilisierung bis zum Jahr 2003 immerhin rund 1,5 Milliarden Dollar an Finanzhilfen aus dem Ausland benötigen. Außenminister Schüssel präziserte dabei Österreichs Unterstützung mit 123 Millionen Schilling. Am 21./22. Oktober fand schließlich in Brüssel die Geberkonferenz für Albanien statt. Dabei wurde eine Soforthilfe von 100 Millionen Dollar (1,25 Milliarden Schilling), von denen die EU etwa 25 Prozent beisteuern sollte, und ein Beitrag von über sechs Millionen Dollar zur endgültigen Schließung der Pyramidenspiele beschlossen. Auch für den mittelfristig für die nächsten drei Jahre ins Auge gefaßten Finanzbedarf von zusätzlich zirka 900 Millionen Dollar sollten die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten zur Hälfte aufkommen. Die Weltbank entwickelte gemeinsam mit dem IWF, der EU und der EBRD ein Wiederaufbauprogramm, das sowohl Maßnahmen zum Aufbau und zur Stärkung der Regierung und öffentlicher Institutionen sowie wirtschaftlicher Aktivitäten als auch soziale Begleitmaßnahmen umfassen sollte. 1998 erfolgte der erste Schritt, der das Land makroökonomisch stabilisieren und strukturelle Reformen mit hoher Priorität verwirklichen sollte. Als Voraussetzung für die Hilfgelder wurde die Normalisierung der Situation, wofür allerdings Albanien sorgen müßte, gefordert. Weiters sollte Albanien bei der Verwendung der Gelder mit den Geberländern eng zusammenarbeiten, und die Ausgabe der Gelder sollte regelmäßig überprüft werden. Der IWF sollte Albanien bei der Aufklärung des Skandals rund um die Pyramidenspiele helfen und zur Stützung des Budgets einen Kredit in Höhe von zirka 15 Millionen Dollar (185 Millionen Schilling) vergeben. Die EU erklärte, weiterhin neben humanitärer Unterstützung auch Hilfe bei der Verbesserung der Zollbehörden leisten zu wollen. Weiters sollten vor allem im Zuge des PHARE-Programms die kommunale Entwicklung, Arbeitsplatzbeschaffungs- und Infrastrukturmaßnahmen und der Aufbau des Steuersystems gefördert werden. EU und OSZE wollten überdies eine dauerhafte Präsenz auch im Norden und Süden errichten. Die OSZE dehnte dabei ihre Mission vom Hauptquartier in Tirana auf drei regionale Außenstellen, Shkoder, Vlora und Gjirokaster aus und widmet sich dabei insbesondere den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung, Bürgerrechte, Wahlhilfe, Medienüberwachung und der Vernetzung von Institutionen und NGOs. Überdies überwacht sie von Field Offices die Grenzregion zur Bundesrepublik Jugoslawien. Dabei arbeitet sie vor allem auch eng mit der Beobachtermission der EU, der ECMM, zusammen, die ebenfalls die Entwicklung in Albanien detailliert überwacht. Der Europarat sollte eine neue Verfassung für das Land vorbereiten und beim Aufbau eines funktionierenden Rechtssystems helfen. Erstmals hielt sich Anfang 1998 auch eine gemeinsame Mission des Europäischen Parlaments, der Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der OSZE in

Albanien auf. Sie schlug dabei vor, die Unabhängigkeit der Gerichte zu sichern, die bereits getätigten Beschlüsse und Übereinkünfte durch die Parteien einzuhalten und umzusetzen, das Personal für die staatlichen Behörden nach entsprechender Qualifikation auszuwählen, die parlamentarischen Abläufe durch eine international besetzte Kommission zu überwachen, die Menschenrechte zu berücksichtigen, einen breiten politischen Konsens für die Teilnahme und die Ausarbeitung der Verfassung herbeizuführen sowie die Rückkehr der Opposition in das Parlament und deren Mitarbeit am Entwurf für die Verfassung sicherzustellen. Das Manko war jedoch, daß diese Forderungen nicht mit entsprechenden Druckmitteln und Sanktionen verbunden waren, weshalb bisher auch nur geringe Teile des Programms verwirklicht wurden. Die WEU wiederum sollte sich wie bisher in der Operation MAPE bei der Ausbildung der Polizei in Albanien, die NATO im Zuge der Partnerschaft für den Frieden (PfP) für Training und Ausbildung der albanischen Armee engagieren. Die Westeuropäische Union hat den Einsatz ihrer Polizeitruppe MAPE inzwischen auf 100 Mann aufgestockt. Ihre Aufgabe wird es auch weiterhin sein, die Polizeikräfte in Albanien neu zu organisieren und auszubilden. Neben einer eigenen NATO-Vertretung in Tirana, die die PfP-Programme mit Albanien unterstützt, haben verschiedene Staaten, darunter die USA, Italien, Deutschland, Griechenland und die Türkei, für bilaterale Projekte eigene Militärberater im Land. Zahlreiche Länder unterstützten in den vergangenen Jahren die albanischen Sicherheitskräfte überdies mit Material und Ausbildung. Die Türkei baut die größte albanische Marinebasis Pasha Liman in der Nähe von Vlora, die Marineakademie in Vlora sowie die Kommandobrigade in Tirana auf. Außerdem unterstützt sie gemeinsam mit Italien die Modernisierung der Republikanischen Garde. Griechenland unterstützt vor allem die Reorganisation der in Gjirokaster stationierten 5. Division, des Militärspitals in Tirana und Gjirokaster sowie des Aufbaus des Militärflughafen Rinas/Tirana. Italien reorganisiert Teile der Marine sowie zwei Infanteriebrigaden. Italien setzt überhaupt große Teile seiner Hilfe für die Bereiche öffentliche Sicherheit und Streitkräfte ein. Dies soll die albanischen Kräfte nicht nur zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Lande, sondern vor allem auch die Marine zur effektiven Überwachung der Küstengewässer und somit zur Unterbindung von Drogen- und Menschenschmuggel befähigen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang jedoch, daß zahlreiche bis 1997 im Westen ausgebildete Angehörige von Armee, Marine, aber auch Polizei auf Grund ihrer Zugehörigkeit oder Nähe zur Demokratischen Partei durch die neuen Machthaber entlassen worden waren und somit die bisherigen internationalen Investitionen im Personalbereich großteils verloren gingen. Bei einem neuerlichen Machtwechsel besteht die Gefahr, daß die nunmehr Ausgebildeten wiederum ausgetauscht werden. Österreich wiederum unterstützt derzeit Vorhaben mit geplanten Kosten von über 160 Millionen Schilling vor allem im Tourismus-, Wasserversorgungs- bzw. Energiebereich (Drin-Kraftwerke), Beratungs- und Investitionsprojekte sowie einige humanitäre Hilfsmaßnahmen.

OSZE-Sonderbeauftragter Vranitzky beendete währenddessen ebenso wie sein Stellvertreter Grubmayr nach Abschluß der Geberkonferenzen, mit der Eröffnung der neuen OSZE-Büros im nordalbanischen Shkoder und im südalbanischen Gjirokaster, Anfang November 1997 seine Tätigkeit. Dieser wurde dabei vom bisherigen Leiter der ECMM, Daan Everts, abgelöst. Vranitzky zeigte sich dabei optimistisch über die Zukunft Albaniens bzw. etwas verklärt als "erfolgreicher Krisenmanager": Es sei nicht nur gelungen, den Bürgerkrieg und andere blutige Auseinandersetzungen in sehr engen Grenzen zu halten, sondern mittlerweile einen Demokratisierungsschub durch die Parlamentswahl und die Bildung einer neuen Regierung einzuleiten. Bei der Entwaffnung der Bevölkerung und der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung seien erste Schritte gelungen. Außerdem sei zuletzt durch die internationalen Konferenzen auch die finanzielle und politische Unterstützung Albaniens zum Wiederaufbau des Landes gesichert worden. "Bisher haben wir in allererster Linie die Grundlagen für die Wiederrichtung der Wirtschaft und Demokratie in Albanien geschaffen. Jetzt müssen diese Grundlagen genutzt werden", erklärte Vranitzky.



Es ist aber auch zu hoffen, daß die internationalen Berater nicht von der Fiktion ausgehen, daß makroökonomische Gesetze in Albanien funktionieren wie überall sonst auch; albanische Kultur und Mentalität erschweren dies nämlich massiv. Abgesehen davon wird auch viel daran gesetzt werden müssen, mikroökonomische Notwendigkeiten der Bürger im Auge zu behalten, um nicht eine Wiederholung der Ereignisse vom Frühjahr 1997 zu provozieren. Auch Vranitzky warnte diesbezüglich davor, die Erwartungen der albanischen Bevölkerung zu enttäuschen. Die albanische Bevölkerung könne aber davon ausgehen, daß in einer überschaubaren Zeit auch der Lebensstandard verbessert werde, falls mit den Mitteln vernünftig umgegangen werde, erklärte Vranitzky Ende 1997. Faktum ist jedoch, daß die weiterhin unbefriedigende Situation von Recht und Ordnung ernsthafte Auswirkungen auf die finanzielle Unterstützung hat. Zahlreiche internationale Hilfszusagen kommen nicht zur Wirkung, da einerseits die Infrastruktur, diese sinnvoll einzusetzen, fehlt, andererseits die Garantien für die Verwendung dieser Gelder oft mangelhaft sind.

### **Nanos Herrschaft**

Im Land selbst begannen die Spezialeinheiten der Polizei gegen kriminelle Banden vorzugehen und die wichtigsten Verkehrsachsen unter ihre Kontrolle zu bringen. Dabei gingen die Regierungskräfte aber nur gegen die sogenannten "wilden Banden" vor, die zumeist aus entflohenen Sträflingen bestanden und unkontrolliert kriminelle Aktivitäten setzten. So wurden beispielsweise diverse Banden in Vlora, Fier und Berat zerschlagen und einige Bandenchefs, wie der berühmte Cani aus Vlora, festgenommen. Diese Banden hatten bisher ein normales Leben auch der ortsansässigen Bevölkerung unmöglich gemacht und Hunderte Tote gefordert. Der Kampf gegen diese Kriminellen war die Voraussetzung für das Wiederaufstehen eines öffentlichen Lebens. Keineswegs ging die Polizei jedoch gegen relevante poststaatliche Strukturen, gegen die organisierte Kriminalität vor. Diese ist zumeist regional strukturiert und kooperiert oft eng mit lokalen Größen wie Politikern oder prästaatlichen Strukturen, den mächtigen Clans bzw. Familien. Zwar behauptete die albanische Regierung, daß die Polizei strenge Anweisung habe, gegen Kriminelle und Schmuggler vorzugehen, und die kriminellen Banden ohnehin bereits größtenteils hinter Gittern wären; Berichte aus dem Land widersprachen dem jedoch klar. Während Drogen, Menschen und Waffen aus und durch das Land geschmuggelt wurden, kamen vor allem Zigaretten und Autos illegal in das Land. So wurden beispielsweise zwischen Albanien und Griechenland Drogentransporte mit ganzen Maultier-Karawanen durchgeführt. Im Norden Albanien — vor allem in der Gegend um Bajram Curri und Tropoja — wurde unter anderem von der Familie Berisha massiver Waffenhandel mit der UCK betrieben. Sowohl in den Kosovo als auch in die albanischen Gebiete Mazedoniens wurden und werden teilweise umfangreiche Waffenlieferungen durchgeführt. Die UCK wurde in Albanien ausgebildet und hatte hier ihr logistisches Rückzugsgebiet. Von der südalbanischen Stadt Vlora aus wiederum betrieb unter den Augen der Behörden die organisierte Kriminalität im großen Stil Menschen- und Drogenschmuggel nach Italien. Vor allem über die südalbanischen Städte Korca, Saranda und Gjirokaster wurden Flüchtlinge und Heroin, letzteres vor allem aus der Türkei, für den Weitertransport nach Italien und damit Westeuropa "importiert". Der albanische Polizeiapparat wiederum ist in weiten Teilen korrupt, demoralisiert und politisiert. Versuche, ihn zu reorganisieren, führten nur in Teilen zum Erfolg, denn in erster Linie ging es den neuen Machthabern darum — zumindest in den Führungsschichten — die Parteigänger Berishas zu entfernen und sozialistische Parteianhänger einzusetzen. Letztere waren oftmals Beamte, die Jahre zuvor von der demokratischen Regierung entlassen worden waren. Das gleiche spielte sich faktisch in allen anderen öffentlichen Institutionen ab. Nichtsdestotrotz werden weiterhin zahlreiche Polizisten in Ausübung ihres Berufes ermordet,

und das Gewaltmonopol des Staates setzt sich nur in Teilen Albaniens durch. Abgesehen davon berichten Beobachter, daß die Polizei teilweise im Auftrag lokaler Machthaber aktiv ist bzw. für die eigene Tasche arbeitet. Generell kann davon ausgegangen werden, daß sie der Tätigkeit der organisierten Kriminalität nicht im Wege steht bzw. zumindest teilweise eng mit dieser zusammenarbeitet. Ihre Aufgabe beschränkt sich somit darauf, der "alltäglichen" Gewalt kleiner Banden Herr zu werden, was ihr aber auch nur bedingt gelingt. Am effektivsten ist noch die Spezialpolizei, die ihre Tätigkeit zumeist verumumt durchführt und damit ihre Identität gegenüber den Kriminellen verbergen kann. Schlechte Bezahlung, miserable Arbeits- und Sozialbedingungen sowie mangelhafte Unterstützung durch die politische Führung führten jedoch sogar unter diesen Elitekräften zu Protesten. Auch die Armee konnte nur im begrenzten Umfang ihre Aufgabe erfüllen. Zwar war die Rückgabe der schweren Waffen im großen und ganzen erfolgreich, leichte Waffen verblieben jedoch weiterhin in großer Anzahl bei der Zivilbevölkerung. Aber auch zu einer etwaigen Unterstützung der Sicherheitskräfte im Inneren waren die Streitkräfte nicht in der Lage. Es sollte noch bis Ende Februar 1999 dauern bis beispielsweise die Marine in der Lage war Patrouillen aufzunehmen, um sich damit am Kampf gegen Schmugglerbanden zu beteiligen. Die neue Führung entfernte aber nicht nur kontinuierlich Vertrauensleute der Demokratischen Partei bzw. von Präsident Berisha aus der Führung der Polizei, des Geheimdienstes und der Armee, sondern aus faktisch allen öffentlichen Ämtern. Praktisch auch der gesamte diplomatische Dienst wurde abgelöst. Auch wurden alle Richter und Staatsanwälte ohne akademische Ausbildung — immerhin rund 400 — entlassen. Diese waren zumeist von den Kommunisten Verfolgte gewesen, die von der früheren Regierung nach einer sechsmonatigen Schnellausbildung eingestellt worden waren und nunmehr als vornehmliche politische Gegner im Weg standen. Gesetze, die früheren Mitarbeitern des kommunistischen Geheimdienstes und kommunistischen Spitzenfunktionären politische Tätigkeit und die Aufnahme in den Staatsdienst verwehrten, wurden aufgehoben. Real wurden kontinuierlich zahlreiche Anhänger der Demokratischen Partei entlassen und durch solche der Sozialisten ersetzt. Die alte albanische Regel, die eigene Klientel zu versorgen, wurde damit wieder einmal angewendet. Durch den Regierungswechsel kamen jedoch gleichzeitig Gruppen, die starke Bindungen zu prä- und poststaatlichen Strukturen Südalbaniens haben, an die Macht und eröffneten damit staatliche sowie internationale Verbindungen und Möglichkeiten. Es ist zwar nicht das Ziel der neuen Machthaber, ihre politischen Gegner physisch zu vernichten, aber der Personalaustausch im großen Stil, die gezielte "Personalpolitik", dient dazu, die vollständige Kontrolle über das politische System zu erlangen. Nichtsdestotrotz ist der Umbau in der Verwaltung und Exekutive nicht ansatzweise so massiv wie nach der Machtübernahme durch die Demokraten Anfang der 90er Jahre. Auch muß wohl oder übel zur Kenntnis genommen werden, daß man sich in Albanien offensichtlich nur auf Parteigänger oder Familienangehörige verlassen kann — ein Problem, das wohl erst ein massives Umdenken der Albaner über das Selbstverständnis staatlicher Behörden lösen wird. Die Zugehörigkeit zu einer "guten" oder "schlechten" Familie ist im heutigen Albanien jedoch noch eine der wesentlichsten Grundlagen für persönliche und geschäftliche Verbindungen — und vor allem für relevante Personalentscheidungen. Es wird aber notwendig sein, bei zukünftigen Regierungswechseln die Kontinuität der Verwaltung und Exekutive, die Kontinuität der Masse des staatlichen Personals sicherzustellen. Die nunmehr Entlassenen gehen jedoch oftmals davon aus, nach einem neuerlichen Machtwechsel wieder in ihre Position zurückkehren zu können, und stellen damit ein potielles Zentrum neuerlicher Unruhen dar. Auch die staatlichen Medien, vor allem aber die albanische Nachrichtenagentur ATA und das staatliche Fernsehen, wurden durch Personalwechsel in der Führungsebene auf Regierungskurs gebracht. Interessanterweise geschah dies ohne massive Entlassungen auf unterer und mittlerer Ebene — nichtsdestotrotz aber erfolgreich, was die massive Bevorzugung der Sozialisten in der Berichterstattung betrifft. Wenn dieser Umstand auch

nicht unbedingt für die demokratische Reife der neuen Regierung spricht, behindert sie andererseits im Gegensatz zur Regierung Berisha nicht oppositionelle und kritische Medien. So gibt es inzwischen einige unabhängige Zeitungen sowie regionale Radio- und Fernsehstationen, die ungehindert ihrer Arbeit nachgehen können. Von Beobachtern wird vielmehr die mangelnde Tradition kritischen Journalismus problematisiert, und auch die Medien der unterschiedlichen Parteien berichten in rein propagandistischem Stil, mit oftmals extrem unwahren Behauptungen und aggressiver Rhetorik.

## **Neuerliche Proteste und Unruhen**

Mitte September 1997 begannen auch wieder organisierte Proteste der nunmehr oppositionellen Demokraten, nachdem nach einem Streit zwischen zwei Abgeordneten der Sozialist Gafur Mazreku den Demokraten Azem Hajdari angeschossen hatte. Dabei hatte es sich jedoch nicht um ein politisches Attentat gehandelt, sondern Mazreku wollte vermutlich seine Ehre wiederherstellen, nachdem er in einem vorangegangenen Streit sein "Gesicht verloren" hatte. Ex-Präsident Berisha versuchte allerdings politischen Nutzen aus dem Vorfall zu ziehen und erklärte ihn kurzerhand zum politischen Attentat, um im ganzen Land regierungsfeindliche Proteste zu organisieren. Er bezeichnete dabei die Sozialistische Partei als "kommunistische Bande von Kriminellen und Dieben. ... Wir müssen die Kommunisten mit demokratischen Mitteln vom Gesicht dieser Erde tilgen", erklärte Berisha auf einer Kundgebung. Und weiter: "Albanien hat ein Parlament der Kriminalität. Wir müssen die Proteste gegen unser neues Parlament fortsetzen, auf den Straßen und Plätzen Albanien." "Die sozialistische Bande sollte von der Macht entfernt werden." Überdies wurden im nordalbanischen Shkoder die örtliche Zentrale der Sozialisten und der Dienstwagen der Kulturministerin bei Bombenanschlägen zerstört.

Die Demokratische Partei hatte inzwischen überdies beschlossen, aus Protest gegen den Vorfall im Parlament die Parlamentsarbeit "auf absehbare Zeit" zu boykottieren. Ende Oktober forderte Berisha schließlich Neuwahlen, da sich der Sieg der Sozialisten als "Desaster für Albanien" erwiesen hätte. Die von den Sozialisten angeführte Koalition wäre "eine Regierung des Verbrechens, Betrugs und Schmuggels. ... Wir haben damals das Ergebnis der Wahlen anerkannt. Aber jetzt sehen wir, daß in Albanien eine kommunistische Clique installiert wurde, die Menschen- und Oppositionsrechte verletzt." Berisha rief deshalb seine Anhänger zu Protesten und Streikaktionen auf "bis die Sozialisten gestürzt sind". Der ehemalige OSZE-Sonderbeauftragte Vranitzky kritisierte daraufhin Ende Dezember 1997 Berisha, dem er "eine destruktive Blockadepolitik vorwarf. Zur politischen Kultur meinte Vranitzky: "In Albanien gilt der politische Gegner noch immer als Todfeind. Boykott und Haß bringen aber nichts. Nur eine zivilisierte Debatte kann die Zukunft dieses Landes sichern." Die sozialistische Regierung wurde von der Demokratischen Partei überdies beschuldigt, enge Verbindungen zur organisierten Kriminalität zu haben und nicht nur mit Angehörigen der aufständischen Wohlfahrtskomitees, sondern auch mit Mitgliedern verschiedener Banden zu kooperieren.

Durch den Boykott der parlamentarischen Arbeit verzögerte die Demokratische Partei aber auch die Erstellung einer neuen Verfassung. Monatelang fand Ex-Präsident Berisha immer neue Gründe, den Boykott aufrechtzuerhalten. Anfang 1998 forderte Berisha die Bildung einer Expertenregierung und rasche Neuwahlen, um Albanien "vor der herrschenden Clique der Mafia und der Kommunisten zu retten". Die Auseinandersetzungen zwischen oppositionellen Demokraten und regierenden Sozialisten gipfelten erstmals im Jänner in bewaffneten Kämpfen in der Berisha-Hochburg Shkoder zwischen rivalisierenden Polizeikräften. Nachdem ein neuer Polizeichef die organisierte Kriminalität in der Stadt zu bekämpfen begann und angeblich korrupte Polizisten verhaften bzw. entlassen ließ, griffen meuternde Polizeibeamte das Gebäude der Präfektur an. Nachdem dieser Vorfall, der auch

einige Verletzte gefordert hatte, ein "friedliches" Ende gefunden hatte, wiederholten sich Mitte Februar die Ereignisse. Angeblich 150 Angreifer befreiten zahlreiche Häftlinge, erbeuteten Waffen und Wertsachen und kontrollierten zwei Tage lang die nordalbanische Stadt. Erst Spezialeinheiten der Polizei konnten die Stadt wieder zurückerobern. Wenn Berisha auch die Vorgänge nicht offen unterstützte, so behauptete er doch, daß die sozialistische Regierung die Bevölkerung von Shkoder mit politisch motivierten Festnahmen provoziert hätte. Die sozialistische Regierung beschuldigte wiederum den später ermordeten Demokraten Azem Hajdari, Drahtzieher der Unruhen gewesen zu sein. Hajdari bediente sich dabei der "Antikommunistischen Vereinigung", einer Hardliner-Vorfeldorganisation der DP, die überdies eng mit der organisierten Kriminalität Shkoders verwoben ist. Die Vorfälle in Shkoder waren auf jeden Fall der Auftakt für neuerliche Proteste der DP, die zu einem "Frühling des großen landesweiten Protestes gegen die regierende sozialistische Clique" führen sollte. Berisha erklärte überdies: "Es wird niemals Frieden in Albanien geben, solange die Regierung den Bürgern nicht das gesamte Geld zurückgibt". Befürchtete bewaffnete Auseinandersetzungen und neuerliche Unruhen blieben zwar vorerst aus, jedoch kam es immer öfter zu Bombenanschlägen und auch Schießereien mit der Polizei. Aber auch die Haltung von Ex-Ministerpräsident Nano gegenüber seinem Widersacher Berisha wurde durch seine Definition von 555 Jahren albanischer Leiden deutlich. Demgemäß schloß sich nämlich die fünfjährige Herrschaft Berishas nahtlos an die 50jährige kommunistische und die 500jährige türkische Unterdrückung an. Die Demokratische Partei und insbesondere Ex-Präsident Berisha versuchten wiederum bis zuletzt, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu schüren und dazu zu nutzen, die eigenen politischen Forderungen durchzusetzen, die einzig und allein auf die Wiedererlangung der Macht abzielten.

Dadurch bleibt das Land zwischen Sozialisten und Demokraten, aber auch zwischen Nord und Süd polarisiert. Berisha versucht, seine Macht zunehmend auf die großteils weiterhin von Demokraten dominierten kommunalen Verwaltungen, die zumeist durch die international anerkannten Regionalwahlen vom Herbst 1997 legitimiert sind, abzustützen. Die Sozialisten versuchen wiederum durch gezielte Personalpolitik auf Präfektorebene dem entgegenzuwirken. Dadurch blockieren sich oftmals regionale und zentrale Institutionen und verhindern dadurch auch eine positive Entwicklung des Landes. Einzelne Regionen werden überdies von der Regierung kaum kontrolliert, sondern von regionalen Machthabern beherrscht.

Inhaltlich unterscheiden sich Sozialisten und Demokraten hingegen kaum. Nicht nur die euroatlantische Ausrichtung, auch die Forcierung einer pluralistischen Demokratie, des sozialen Wohlstandes sowie der Privatwirtschaft sind offizielle Ziele beider Großparteien.

## **Das Scheitern Nanos**

Ministerpräsident Nano versuchte daraufhin Mitte April 1998 nicht nur eine umfangreiche Regierungsumbildung durchzuführen, sondern übte auch heftige Kritik an der bisher (nicht) geleisteten Arbeit der Regierung und einzelner Minister auch aus den eigenen Reihen. Staatspräsident Mejdani verhinderte jedoch vorerst eine weitgehende Regierungsumbildung und entließ nur Innenminister Ceka (Demokratische Allianz). Dies deutete bereits darauf hin, daß es zu einer zunehmenden Fraktionierung innerhalb der Sozialistischen Partei und zu einer eigenständigen Rolle des Staatspräsidenten kam; eine Art Wachstumsprozeß der Institutionen und eine sich entwickelnde Trennung der Staatsgewalten. Auf jeden Fall gab es über diese Vorgangsweise heftige politische Auseinandersetzungen. So wurde auch darüber spekuliert, daß Innenminister Neritan Ceka unter dem Druck mafiöser Kreise entlassen worden war. Auch Verteidigungsminister Sabit Brokaj, der erst wenige Tage zuvor Ministerpräsident Nano Despotismus und die Verwicklung in illegale Geschäfte und Korruption vorgeworfen hatte, blieb noch kurzfristig im Amt. Brokaj trat jedoch wenige Tage später nach Kämpfen an der

albanischen Grenze zwischen jugoslawischen Soldaten und UCK-Kämpfern zurück. Er kritisierte dabei, daß Ministerpräsident Nano die Armee vernachlässigt habe, weshalb Albanien nicht auf den Konflikt vorbereitet sei. Es dürfte sich dabei aber wohl eher um den Vorwand für seinen Rücktritt gehandelt haben, wurde er doch unmittelbar danach verteidigungspolitischer Berater des Staatspräsidenten. Damit war aber zumindest der Weg für eine nunmehr doch größere Regierungsumbildung frei. Diese Ereignisse waren aber wohl schon Vorboten des späteren Scheiterns von Ministerpräsident Nano in seinen eigenen Reihen.

Bei den am 21. Juni 1998 in Teilen Albaniens mit geringer Wahlbeteiligung abgehaltenen Lokalwahlen gab es zwar neuerlich einzelne Unregelmäßigkeiten, sie verliefen im großen und ganzen jedoch ruhig, friedlich und ohne Zwischenfälle. OSZE und internationale Beobachter vermerkten wesentliche Verbesserungen gegenüber den Wahlen 1997. So konnte beispielsweise in der Vorwahlzeit auch die Demokratische Partei in Vlora mehrere Wahlveranstaltungen ohne größere Zwischenfälle abhalten. Die Wahlen selbst verliefen ohne Zwischenfälle und Probleme — ein schwacher Hoffnungsschimmer für die Normalisierung des politischen Lebens in Albanien. Personalbesetzungen der lokalen Wahlkommissionen, Mordvorwürfe gegenüber der Regierung, heftige Auseinandersetzungen über die neue Verfassung, deren Entwurf inzwischen ohne Mitwirkung der Demokraten fertiggestellt worden war, und Protesten gegen die Festnahme sechs ehemals führender Demokraten wegen ihrer Rolle in den Unruhen 1997 waren für die oppositionellen Demokraten und vor allem für Ex-Präsident Berisha aber immer wieder Vorwand, gegen die Regierung zu protestieren, Neuwahlen zu fordern und damit das Land weiter zu destabilisieren. Im Zuge der Demonstrationen hatte Berisha wiederholt zum Sturz von Ministerpräsident Nano aufgerufen und drohte ihm das Schicksal des rumänischen Diktators Ceausescu an. Auch kam es wieder häufiger zu Bombenanschlägen und Angriffen auf staatliche Institutionen und Polizeibeamte. Ob deren Hintergrund aber politischer oder krimineller Art war, läßt sich nur mutmaßen. DP-nahe poststaatliche Elemente versuchten jedenfalls immer wieder, die staatliche Autorität zu erschüttern. Die DP versuchte dabei, Polizeiaktivitäten gegen Kriminelle als politisch motivierte Angriffe auf Anhänger ihrer Partei zu interpretieren. Als beispielsweise Anfang September die Polizei versuchte, die Lazarati-Bande, die zuvor über einen halben Tag lang die Hauptverbindungsstraße nach Gjirokaster blockiert sowie zahlreiche Fahrzeuge ausgeraubt und sich anschließend im nahegelegenen Lazarat verschanzt hatte, zu verhaften, bezeichnete dies die DP als eine im Auftrag der "wahren Diebe, Kriminellen, Schmuggler und Mafiosi" durchgeführte Polizeiattacke gegen ein "demokratisches" Dorf. Tatsache ist, daß die Lazarati-Bande eng mit der DP verbunden ist und sich in ständiger Konfrontation zu poststaatlichen Strukturen Gjirokasters, die SP-nahe sind, befindet. Nichtsdestotrotz versuchte die sozialistische Regierung, die Opposition neuerlich in den politischen Prozeß miteinzubinden, und lud sie zu einem runden Tisch ein. Um die Proteste wegen der Verhaftung der sechs ehemals führenden Demokraten wieder zu beenden, schlug Premierminister Nano noch am 10. September 1998 vor, das Verfahren vorerst einzufrieren und erst zu einem späteren und passenderen Zeitpunkt unter stabileren Rahmenbedingungen fortzusetzen. Eingefädelt hatten diesen Lösungsansatz übrigens die USA, die im Gegensatz zur europäischen Diplomatie in Albanien eher stille, dafür aber effektive Lösungen suchen. Schon damals waren verschiedene Spekulationen laut geworden: Nach den Verhaftungen der "Sechs" war gemutmaßt worden, daß dies eine bewußte Störung der moderaten Linie von Ministerpräsident Nano durch radikale Kräfte in seiner eigenen Partei wäre, die in der Justiz einen eigenen Machtbereich hätten. Vor allem der Zeitpunkt und die Einseitigkeit der Justiz führten fast zwangsläufig zu heftigen Protesten der DP und damit zu instabilen Verhältnissen, die in erster Linie der Regierung schaden.

In dieser Phase wurde am 12. September 1998 Azem Hajdari, führendes Mitglied der DP, vor dem Sitz seiner Partei zusammen mit einem seiner Leibwächter von Unbekannten erschossen.

Die Demokratische Partei behauptete sofort, daß Jaho Saliki, ein hoher Polizeioffizier aus Tropoja, Hajdari erschossen hätte und daß für das Attentat ein Polizeifahrzeug benützt worden wäre. Die Hintergründe der Tat blieben vorerst jedoch im dunkeln. Tatsache ist, daß sich Hajdari, 1990 einer der Führer der Studentenproteste, so ziemlich überall in Albanien Feinde geschaffen hatte. Erst im September des Vorjahres war Hajdari nach einer persönlichen Auseinandersetzung vom sozialistischen Abgeordneten Gafur Mazreku im Parlament niedergeschossen worden, und im Juni 1998 wurde sein Fahrzeug im nordalbanischen Bajram Curri von Unbekannten beschossen — offenbar der Versuch des Haklaj-Clan den Widersacher aus dem Berisha-Clan bzw. dessen Patronagesystem loszuwerden. Hajdari hatte jedoch schon in den Jahren zuvor zahlreiche Feindschaften "aufgebaut". So war Hajdari beispielsweise 1996 dafür verantwortlich, daß einige vormals prominente kommunistische Führer, unter ihnen der ehemalige Präsident Ramiz Alia, wegen dem Tod einiger Demonstranten in Shkoder im April 1991 vor Gericht gestellt wurden. Aber auch in der eigenen Partei hatte er sich nicht nur Freunde verschafft, als er Ende November 1996 Proteste gegen Regierung und Korruption anführte. Er war es auch, der Garantien für die Spareinlagen in den Pyramidenspielen gefordert hatte und Anfang 1997 für den Rücktritt der Regierung Meksi eingetreten war, da diese die Pyramidenspiele zu verantworten hätte. Hajdari war daraufhin aus allen Parteiämtern entfernt worden. Von der neuen sozialistischen Regierung wiederum wurde Hajdari beschuldigt, Mitte Februar in Shkoder bewaffnete Unruhen provoziert zu haben. Dabei war es zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der DP und der Polizei gekommen, die in weiterer Folge schließlich zur zeitweiligen Machtübernahme der Aufständischen in der nordalbanischen Stadt geführt hatten. Von internationalen Beobachtern in Tirana wurde er als "touring troublemaker" bezeichnet. Zuletzt war Hajdari bei den täglichen Demonstrationen der DP durch seine aggressive Rhetorik gegen die Regierung aufgefallen. Hajdari war aber auch einer der wortreichsten Unterstützer der UCK und erklärte, daß Albanien seine "geographische und ethnische Einheit" verteidigen müsse. Hajdari war offensichtlich für die Geschäfte des Berisha-Clan (bzw. der DP) mit der UCK zuständig gewesen. Nach seinem Tod übernahmen jedoch die starken Clans dieser Gegend (Haklaj, Hoxha) diesen Geschäftszweig. Dadurch verschoben sich auch die Machtverhältnisse innerhalb der UCK im Raum Bajram Curri – Tropoja zu deren linken Flügel. Die Demokratische Liga des Kosovo (LDK) und die Liberale Partei des Kosovo (PLK) verurteilten daher auch den Mord auf das schärfste und machten dafür — zumindest indirekt — die albanische Regierung verantwortlich. Aus diesem Grund wurden auch rasch Gerüchte laut, daß sich die UCK an Protesten beteiligen werde, und deren politischer Sprecher, Adem Demaci, mußte schließlich dezidiert eine Beteiligung der UCK an inneralbanischen Auseinandersetzungen ausschließen. Demaci erklärte, daß die Ausweitung der Krise vom Kosovo auf Albanien nicht im Interesse der UCK wäre. Daß aber die Führung der DP versuchte, einen Polizeioffizier aus Tropoja in den Mord zu verwickeln, könnte auch als Versuch gewertet werden, diesen loszuwerden. Immerhin hatten zuletzt führende Polizeioffiziere aus diesem Raum den Einsatz von Spezialtruppen gefordert, um dem kriminellen Treiben der Waffenhändler ein Ende zu setzen. Da dieses aber zum damaligen Zeitpunkt eine wichtige Einnahmequelle des Berisha-Clans (und damit vermutlich auch der DP) geworden war, hätten wirkungsvolle Maßnahmen der Polizei eine Art Kriegserklärung an diese dargestellt. Aber auch wenn Berisha Ministerpräsident Nano persönlich für den Mordanschlag verantwortlich machte, muß die direkte Verstrickung der Regierung in die Vorfälle doch als sehr unwahrscheinlich beurteilt werden. Auf jeden Fall überschlugen sich in weiterer Folge die Ereignisse. Berisha rief unmittelbar nach der Ermordung Hajdaris zum Sturz Nanos auf und forderte umgehende Neuwahlen. Nano sollte binnen 24 Stunden zurücktreten, da sonst "katastrophale Folgen" drohten. Bereits am nächsten Tag demonstrierten die immer gleichen wenigen tausend Anhänger der DP in Tirana, griffen den Sitz des Ministerpräsidenten an und legten Teile des Gebäudes in Brand. Bei den

Schießereien mit den Wachmannschaften gab es zumindest einen Toten und vier Verletzte. Auch in einigen anderen Städten kam es zu Demonstrationen und Ausschreitungen. Auch die Lazarati-Bande nutzte die Gelegenheit, um das Polizeikommissariat in Gjirokaster anzugreifen. Am nächsten Tag, dem 14. September, brachten schließlich Anhänger der DP im Zuge von gewalttätigen Demonstrationen anlässlich des Begräbnisses von Hajdari verschiedene Regierungsgebäude, das Parlament und das staatliche Fernsehen in der Hauptstadt in ihre Gewalt. Polizei und Republikanische Garde setzten der gewaltsamen Übernahme des Regierungsviertels wenig entgegen; ja sogar schwere Waffen und Panzerfahrzeuge wurden den Aufständischen kampfflos überlassen. Nur vor und im — schon im Zuge der vortägigen Unruhen teilweise ausgebrannten — Sitz des Ministerpräsidenten war es zu heftigen Schießereien zwischen bewaffneten Anhängern der Opposition und der Wachmannschaft gekommen. Ministerpräsident Nano wurde vom besetzten Staatsfernsehen aus zum Rücktritt aufgefordert. Oppositionschef Berisha forderte überdies, eine Regierung aus Fachleuten einzusetzen, und Neuwahlen vorzubereiten. Der Spuk dauerte jedoch nur wenige Stunden. Einheiten der Spezialpolizei und der Kommandobrigade Zall Herr übernahmen wieder rasch die Kontrolle und eroberten alle Regierungsgebäude zurück. Es war nur ein schlecht vorbereiteter, eher spontan und stümperhaft durchgeführter Putsch des gewaltbereiten, Berisha treu ergebenen harten Kerns der Demokratischen Partei gewesen, der beim ersten ernsthaftem Vorgehen der Polizei rasch in sich zusammenbrach. Zwar war es, was die Opferzahlen betrifft, fast vorteilhaft gewesen, daß die Polizei dem ersten Ansturm der Putschisten mit wenig Widerstand wich, jedoch verloren die Sicherheitskräfte, da sie nicht nur die Eroberung wichtiger öffentlicher Gebäude nicht verhindern konnten, sondern auch schwere Waffen und gepanzerte Fahrzeuge kampfflos den Aufständischen überließen, neuerlich massiv an Reputation. Nichtsdestotrotz konnten die Mächtigen-Putschisten die Bevölkerung nicht mobilisieren, wenn es auch sporadisch zu bewaffneten, regionalen Protesten gekommen war. Denn schon zum Begräbnis Hajdaris waren nicht die angekündigten 100.000, sondern nur 5.000 Demonstranten, also im wesentlichen der bereits angesprochene wenige tausend Personen umfassende, harte Kern der DP gekommen. Aber erst am nächsten Tag hatte die Regierung wieder die volle Kontrolle über die Hauptstadt und diese großräumig abgeriegelt, um eventuelle Unterstützung für die Putschisten aus Nordalbanien abzufangen. Insgesamt waren bei den Kämpfen zumindest elf Personen getötet und 80 verletzt worden. Es war bereits das dritte Mal seit Beginn der demokratischen Umwälzungen, daß der albanische Staat zu kollabieren drohte.

Die Regierung machte DP-Vorsitzenden Berisha persönlich für den versuchten Staatsstreich verantwortlich. Berisha hingegen behauptete, die sozialistische Regierung wolle eine "neokommunistische Diktatur der Drogenbarone" errichten. Die Unruhen wären mit Hilfe des Geheimdienstes und alten kommunistischen Methoden provoziert worden. Die Regierung forderte die Anhänger der Opposition auf, alle Waffen abzugeben, und das Parlament hob die Immunität des Abgeordneten Berisha auf, damit er wegen Anstiftung zum Staatsstreich vor Gericht gestellt werden könne. Unruhen bei einer allfälligen Verhaftung Berishas oder einem Prozeß gegen ihn waren damit faktisch vorprogrammiert. Ministerpräsident Nano hatte sich deshalb gegen die Aufhebung der Immunität ausgesprochen, sich aber auch in diesem Fall innerparteilich nicht durchsetzen können.

Trotz polizeilichem Verbot demonstrierte die DP jedoch weiterhin — nunmehr friedlich — für den Rücktritt der Regierung. Die dabei skandierten Parolen waren aber um nichts friedlicher, die Wortwahl aggressiv wie immer: "Tod den Kommunisten" und "Nano, Hund, wir hängen Dich!" Berisha wurde somit aber von Tag zu Tag zu einem immer größeren Problem für Albanien, kann aber auf Grund seiner starken Verankerung innerhalb der DP — vor allem der harte Kern ehemals von den Kommunisten Verfolgten ist ihm treu ergeben — offensichtlich nicht durch einen moderateren Oppositionsführer ersetzt werden.

Auf internationaler Ebene verurteilten faktisch alle relevanten Akteure die Unruhen und riefen zu Frieden und Versöhnung auf. Auch EU, OSZE und WEU verurteilten die Anwendung von Gewalt. Die OSZE machte in ungewohnter Offenheit konkret die DP für die jüngsten Unruhen verantwortlich. EU-Ratspräsident, Außenminister Schüssel, rief hingegen die Demonstranten aller Richtungen zur Mäßigung auf. Zuvor hatten der deutsche Außenminister Kinkel und sein italienischer Kollege Dini Schüssel als Ratspräsidenten aufgefordert, die Anstrengungen der EU zur Stabilisierung Albaniens zu erhöhen, und eine neue internationale Polizeimission in Albanien gefordert. Schüssel ernannte daraufhin Botschafter Grubmayr zum Sonderemissär der EU-Präsidentschaft für Albanien. Seine Aufgabe sollte es nicht nur sein, zu einem raschen Ende der Gewalt beizutragen, sondern auch alle politischen Kräfte zur Aufnahme konstruktiver politischer Gespräche zu bewegen. Außenminister Schüssel erklärte überdies, daß die EU die WEU mit der Planung eines Polizeieinsatzes beauftragen wolle, da in Albanien "ein wirkliches Defizit in der inneren Sicherheit" herrsche. Konkret wurde der Einsatz von 600 zusätzlichen europäischen Polizisten in Albanien in Erwägung gezogen. Außenminister Schüssel betonte überdies das strategische Interesse der EU an einer politischen Lösung und dem Wiederaufbau demokratischer Strukturen in Albanien. Außer diesen medienwirksamen Ankündigungen gab es aber keine relevanten inhaltlichen Aktivitäten durch Österreichs EU-Präsidentschaft.

Italien warnte gleichzeitig alle Kräfte in Albanien, daß es einen gewaltsamen Umsturz nicht akzeptieren werde, und forderte alle Kräfte auf, Recht und Ordnung zu achten. "Italy has the duty to take an interest in this region and with others to be the guarantor of stability because we will be the first to suffer the consequences of general unrest, and not only through a resumption of a mass exodus."

### **Die neue Führung**

Ministerpräsident Fatos Nano trat in weiterer Folge Ende September zurück, nachdem sich Innenminister Perikli Teta (Demokratische Allianz) geweigert hatte, nach den Ereignissen der Vortage seinen Abschied zu nehmen. Daß Nano sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen konnte und daraus die Konsequenzen zog, weist auf die seit längerem tobenden Fraktionskämpfe innerhalb der Sozialistischen Partei sowie der von ihr angeführten Koalition hin. Auch Staatspräsident Mejdani hatte in den Vortagen eine Regierungsumbildung und die Erweiterung der Regierungskoalition gefordert. Nano hatte aber auch durch sein tagelanges Untertauchen — vermutlich im benachbarten Mazedonien — nach dem "Operetten-Putsch" weiter an Reputation verloren. Er hatte aber innerhalb seiner Partei die Macht vor allem deshalb verloren, weil es ihm nicht gelungen war, das Land wirklich unter seine Kontrolle zu bringen. Ausschlaggebend war dabei das neuerliche Versagen des Sicherheitsapparates beim Putschversuch der Demokraten Ende September. Nichtsdestotrotz schlug er seinen Nachfolger, den bisherigen Generalsekretär der Sozialistischen Partei Pandeli Majko selbst vor und beklagte in seinem Rücktrittsschreiben "die tiefe moralische Krise" führender Politiker. Daß es sich dabei allerdings, wie in einem Kommentar der "Koha Jone" beurteilt wurde, nur um eine Personalrochade von Partei- und Regierungssamt und somit um keinen echten Machtwechsel handelte, traf eventuell auf die erste Phase von Majkos Regierung zu, doch hat sich die Macht in den folgenden Monaten zum neuen Regierungschef verschoben, wie auch der Rücktritt Nanos als Parteivorsitzender Ende Jänner gezeigt hat. Dennoch wird Majko in Albanien oft "Schwiegersohn" genannt, um seine angebliche Abhängigkeit von den wahren Machthabern des Landes zu unterstreichen. Der erst einunddreißigjährige, neue Regierungschef Albaniens ist nicht nur Angehöriger einer neuen Politikergeneration innerhalb der SP — er war einer der Anführer der Studentenproteste der frühen 90er Jahre gewesen — sondern auch als moderater Vermittler zwischen Sozialisten und Demokraten in Erscheinung getreten. Dadurch, daß zumindest ein Teil der neuen albanischen Regierung einer neuen Politikergeneration, die durch keine kommunistische Vergangenheit belastet ist, angehört, läßt



zumindest die Hoffnung zu, daß es einen echten Umbruch in Albanien's politischer Landschaft geben könnte.

Neben Majko ist dies in der neuen Regierung vor allem der stellvertretende Ministerpräsident Ilir Meta. Wie auch immer: Die bisher die Innenpolitik bestimmenden Männer, Ex-Ministerpräsident Nano und Ex-Präsident Berisha, sind in die albanischen Realitäten so tief verstrickt, daß sie sich dieser — ob mit oder gegen ihren Willen sei dahingestellt — nicht mehr entziehen konnten und können.

Der neue Ministerpräsident bezeichnete auf jeden Fall bereits bei seiner Amtsübernahme nicht nur "die sofortige Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung" und die Fertigstellung der Verfassung als seine wichtigsten Aufgaben, sondern schrieb sich auch den Kampf gegen die Korruption auf die Fahnen und kündigte diesbezüglich umfangreiche Maßnahmen an. Vorerst entfernte er einige Regierungsmitglieder — allen voran den Finanzminister — die unter Korruptionsverdacht standen. Den Generalstaatsanwalt beauftragte er, die Aktivitäten der vorherigen Regierungen zu untersuchen. Auch kündigte er ein Antikorruptionsgesetz an. Ob es sich dabei aber um mehr als nur Ankündigungen handelte, wird erst durch konkrete Maßnahmen überprüfbar sein. Nichtsdestotrotz — eventuell auch gerade deswegen — blieben die Hardliner der Demokraten, allen voran Parteichef Berisha, auf Konfrontationskurs und bezeichneten Majko als Marionette seines Mentors Nano und geisteskrank.

Die internationale Gemeinschaft machte Ende Oktober 1998 bei einer internationalen Albanien-Konferenz in Tirana aber deutlich, daß sie die Obstruktionspolitik Berishas keinesfalls zu unterstützen gedenkt. Ziel dieser Konferenz war es nämlich, nicht nur zu evaluieren, welche Fortschritte in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht erzielt worden waren, sondern auch die derzeitige Regierung zu stützen. DP-Chef Sali Berisha wurde hingegen bewußt weitgehend ignoriert bzw. zu keinem Treffen geladen. Die Botschaft des EU-Vorsitzenden, Österreichs Außenminister Schüssel, daß es solche auch nicht geben werde, solange die DP den Parlamentsboykott nicht aufgibt, war dabei deutlich.

Innenpolitisch war die Ende November durchgeführte Abstimmung über die neue albanische Verfassung von besonderer Bedeutung. Die Demokratische Partei hatte bis zuletzt aus stets wechselnden Motiven eine Mitarbeit an dieser abgelehnt. Somit entstand sie nur unter Einschluß der Regierungsparteien, kleinerer Oppositionsparteien, aber auch von Experten des Europarates und der OSZE. Nachdem die Demokratische Partei sich geweigert hatte, innerhalb des Parlaments an der Erstellung der Verfassung mitzuwirken, versuchte sie stattdessen einen außerparlamentarischen "Runden Tisch" zu initiieren. Dessen Ziel war aber in Wahrheit nicht, die Verfassung zu diskutieren, sondern vielmehr die parlamentarischen Institutionen zu delegitimieren. Auch die Bekanntgabe, daß sechs Artikel des Verfassungsvorschlages für die DP inakzeptabel wären, war weniger inhaltliche Kritik als vielmehr ein neuerlicher Versuch, Albanien zu destabilisieren, da diese mit der gleichzeitigen Forderung nach Verschiebung des Referendums verbunden war. Die Abstimmung war jedoch im Gegensatz zu der von 1994 besser vorbereitet und die Bevölkerung adäquat informiert worden. Die relevanten Diskussionen und inhaltlichen Auseinandersetzungen gab es über die Machtverteilung zwischen Präsidenten, Ministerpräsidenten und Regierung. Schließlich sah der Entwurf, der zur Abstimmung vorgelegt wurde, die Bildung einer parlamentarischen Republik, in der der Präsident vom Parlament gewählt wird, vor. Bis zuletzt versuchte die DP jedoch die Abstimmung zu verhindern und rief ihre Anhänger zum Boykott auf.

In der Vorbereitungsphase für die Abstimmung kam es in logischer Folge vermehrt zu Gewalttätigkeiten. In Shkoder führte die Verhaftung von Marian Gryka, einem ehemaligen Leibwächter des ermordeten Azem Hajdari, der diesem in der Führung der "Antikommunistischen Vereinigung" nachgefolgt war, zu neuerlichen Unruhen und Ausschreitungen, hinter denen neuerlich die "Antikommunistische Vereinigung" stand. Auch in Kukes war es während des Besuchs des sozialistischen Parlamentsprechers zu Schießereien gekommen, in Lazarat wurde das Auto des Vorsitzenden der regionalen

Wahlkommission in die Luft gejagt, und in Tirana selbst wurde ein Bombenanschlag auf den Sitz des Vorsitzenden des Verfassungsgerichtshofes verübt. Durch diese und andere Maßnahmen wurde versucht, Unruhen zu provozieren. Wohl auf Grund seiner klaren Stellungnahmen in Zusammenhang mit dem Referendum und der negativen Rolle der DP erhielt auch OSZE-Botschafter Daan Everts Todesdrohungen. Offensichtlich wollten die Anhänger der Demokratischen Partei die fragile Stabilität weiter stören, um die Teilnahme am Referendum möglichst gering zu halten. Sollte nämlich die Teilnahme unter 50 Prozent liegen, spekulierte die DP mit vorgezogenen Neuwahlen — dem erklärten Ziel Berishas. Auf jeden Fall erklärten die Demokraten, daß sie die Verfassung bei einer unter 50 Prozent liegenden Beteiligung nicht akzeptieren könnten. Weitere Probleme gab es bei der Erstellung der Wahllisten. Oft war es den Wahlkommissionen durch gegenseitige Blockade nicht möglich, diese ordnungsgemäß zu erstellen, und mußten deshalb veraltete aus dem Vorjahr verwenden. Regionale DP-Behörden

versuchten aber auch, durch doppelte Registrierung, die Aufnahme von Emigranten und Toten etc. die Listen möglichst umfangreich zu gestalten, um dadurch die prozentuelle Wahlbeteiligung möglichst gering zu halten. Gleichzeitig wurden zahlreiche Personen, von denen bekannt war, daß sie sich am Referendum beteiligen wollten, nicht registriert. Der Abstimmungstag selbst verlief für albanische Verhältnisse überraschend ruhig, wenn auch in den nördlichen und östlichen Regionen starker Schneefall den Ablauf und die Wahlbeteiligung behinderten. Internationale Beobachter beurteilten den Ablauf der Abstimmung als korrekt. Knapp über 50 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich am Referendum, von denen wiederum 93 Prozent der neuen Verfassung zustimmten. DP-Vorsitzender Berisha erklärte jedoch noch am Abstimmungstag, daß die Beteiligung nur knapp 30 Prozent erreicht hätte. DP-Vertreter erhöhten später zwar diese Zahlen auf 43 Prozent, beklagten aber zahlreiche Unregelmäßigkeiten. Auch der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission und Vertreter der DP in dieser, Pellumb Cela, weigerten sich wohl aus parteipolitischen Motiven, die Ergebnisse des Referendums zu unterzeichnen. Aber auch mit 50 Prozent hat die Beteiligung am Referendum nicht eine Größenordnung erreicht, die es erlaubt von einem Grundkonsens in der Gesellschaft zu sprechen, wie man es sich normalerweise von einem grundlegenden Rechtsdokument eines Staates erwarten müßte. Der Ausgang war gleichzeitig aber auch eine Absage an Berishas Politik. So blieben Demonstrationsverbote nach der Abstimmung ohne nennenswerte Reaktion, was wiederum die Beurteilung erlaubt, daß die geringe Beteiligung an der Abstimmung auf eine generelle Politikmüdigkeit und nicht auf die Unterstützung von Berishas Obstruktionspolitik zurückzuführen ist. Es steigen damit aber auch die Chancen innerparteilichen Widerstandes gegen die bisherige DP-Politik. Auf jeden Fall trat die neue Verfassung mit der Unterzeichnung durch Präsident Mejdani am 28. November 1998 in Kraft. Mit Annahme der Verfassung hatte Albanien den seit 1992 bestehenden Zustand, daß nämlich die Basis des Staates sich auf technische Direktiven zur Organisation des Staates stützte, die zwischen der damaligen kommunistischen Übergangsregierung und der Opposition vereinbart worden waren, beendet.

Die DP versuchte auch weiterhin, beispielsweise durch gesteuerte Studentenproteste, das Land zu destabilisieren. Dabei verstanden die DP-Studenten, populäre Forderungen wie höhere Stipendien und bessere Ausstattung der Universitäten mit politischen Forderungen ihrer Partei wie die ernsthafte Verfolgung der Mörder von Azem Hajdari zu verknüpfen. Dennoch versuchten moderate Kräfte innerhalb der DP die Gesprächsbasis mit den regierenden Sozialisten wiederherzustellen. Als erster ranghoher DP-Politiker nahm Tiranas Bürgermeister Broka eine Gesprächseinladung von Ministerpräsident Majko an. Ferdinand Xhaferri, Mitglied des Parteipräsidiums, deutete gleichzeitig in einem Interview die Wiederaufnahme politischer Gespräche mit der SP an. Dem folgte ein überraschendes Treffen von DP-Chef Berisha mit Ministerpräsident Majko. Neben einem aktuellen Hungerstreik DP-

naher Studenten, an dem auch Berishas Sohn teilnahm, ging es dabei vor allem um eine gemeinsame außenpolitische Linie in der Kosovokrise. Dem ersten Treffen Ende Dezember folgte nach den Ereignissen in Racak ein zweites am 18. Jänner 1999. Ministerpräsident Majko versuchte durch eine nationalistischere Politik vor allem hinsichtlich des Kosovo nicht nur die oppositionelle DP zu einer gemeinsamen Vorgangsweise mit den regierenden Sozialisten zu bewegen, sondern auch der verunsicherten albanischen Gesellschaft einen neuen Bezugspunkt, eine Identifikationsmöglichkeit zu geben. Majko versuchte damit, den Albanern ein höheres/nationales Ziel zu geben und über diesen Umweg das staatliche Element im Land zu stärken. Zeitweise konnte man auch hoffen, daß die Kosovokrise zum Einigungsfaktor für Albanien werden würde. Aber bereits kurz nach diesen Treffen kritisierte Berisha den stellvertretenden Vorsitzenden der DP, Genc Pollo, für seine Bemerkung, daß der Parlamentsboykott der DP ein Fehler wäre.

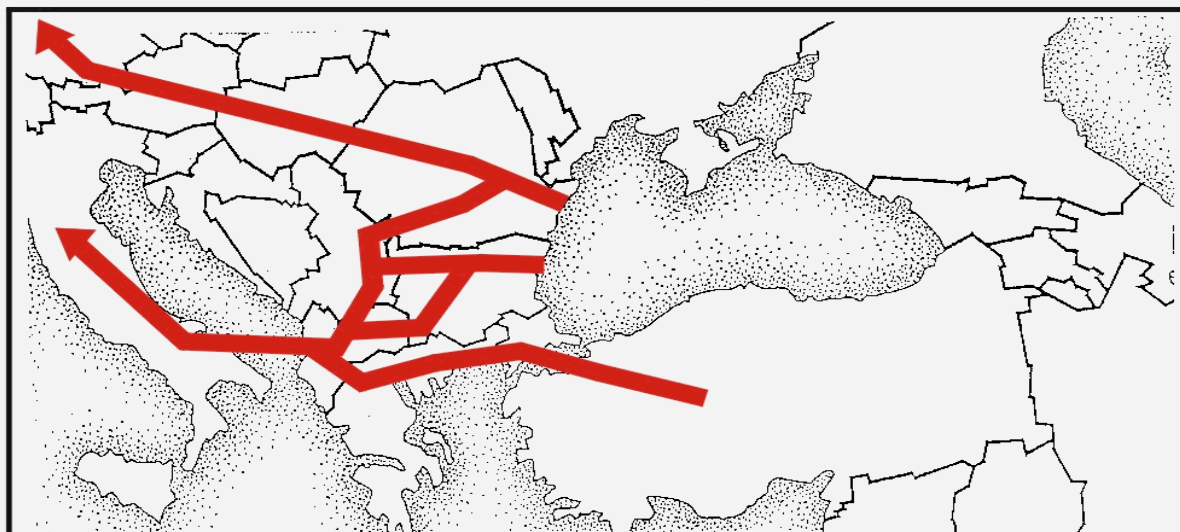
Manche Beobachter würden sich von einem Abgang Berishas und der Übernahme der DP-Führung durch Proponenten der jüngeren Generation, wie den derzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden Genc Polo, eine signifikante Verbesserung der politischen Kultur Albaniens erhoffen. Wenn das auf der politisch-staatlichen Ebene auch zutreffen würde, darf wohl nicht zu blauäugig ein grundsätzliches Aufbrechen der Strukturen erwartet werden.

Die Polarisierung des Landes bleibt jedenfalls vorerst aufrecht — ein politischer Dialog kommt nur schleppend zustande. Weiterhin verläuft eine starke Trennlinie nicht nur zwischen Nord- und Südalbanien, sondern auch durch die Köpfe der Albaner; das politische Denken wird von gut und böse, von Freund und Feind bestimmt. Ein gemeinsames staatliches oder nationales Denken ist praktisch nicht vorhanden, und so steht das Interesse der eigenen Klientel im Vordergrund.

### **Die Bedrohung der staatlichen Autorität durch poststaatliche Strukturen**

Unmittelbar nach ihrer Machtübernahme war die sozialistische Regierung erfolgreich vor allem gegen lokale Banden und Kriminelle vorgegangen. Nach Anfangserfolgen der Sicherheitskräfte auch gegen den organisierten Schmuggel hatten sich jedoch die poststaatlichen Strukturen Ende 1997, Anfang 1998 sowohl in Shkoder als auch in Gjirokaster gewalttätig zur Wehr gesetzt. Diese beiden Städte sind neben den albanischen Häfen, die den Schmuggel vor allem nach Italien kontrollieren, die Zentren poststaatlicher Strukturen. Während über Gjirokaster der "Handel" von, nach und über Griechenland abgewickelt wird, ist der Schmuggel mit Montenegro in den Händen der organisierten Kriminalität aus dem nordalbanischen Shkoder. Jedenfalls zeichnen sich diese beiden relevanten albanischen Grenzübergänge großräumig durch einen Mangel an staatlicher Ordnung aus. Neben dem Schmuggel sind Drogen der zweite große Geschäftsbereich der organisierten Kriminalität. In Albanien wird seit 1992 in zunehmendem Ausmaß Cannabis landwirtschaftlich angebaut, vorerst vor allem, um den griechischen Markt zu beliefern. War dieser erste Drogenhandel noch von albanischen Emigranten in Griechenland initiiert worden, entwickelte sich rasch — angeblich 1994 — ein mit internationalen "Partnern" kooperierender Handel. Von Vorteil war dabei offensichtlich, daß noch aus kommunistischen Tagen einzelne "Handelsverbindungen" mit italienischen poststaatlichen Strukturen vorhanden waren. Während albanisches Cannabis sowohl nach Griechenland als auch über Italien nach Westeuropa geliefert wird, dient Albanien inzwischen für aus Asien kommendes Heroin als Transitland für die Weiterlieferung nach Westeuropa. Immerhin werden nach Expertenschätzungen bereits 80 Prozent des für Mittel- und Westeuropa bestimmten Heroins über den Balkan geliefert. Albanien ist dabei ein zentraler Knotenpunkt für verschiedene Routen, die weiter nach Italien führen.

### Südosteuropäische Drogenrouten



Zunehmend wird auch der im großen Stil betriebene Menschenmuggel, der vor allem von den poststaatlichen Strukturen der südalbanischen Häfen organisiert wird, gemeinsam mit dem Drogenschmuggel durchgeführt. Dabei kommt es offenbar zu einer engen Zusammenarbeit mit der internationalen organisierten Kriminalität, vor allem mit der türkischen und italienischen Mafia. Auch bestehen offensichtlich beste Verbindungen mit den staatlichen Institutionen, denn bis vor kurzem lagen die für den Schmuggel verwendeten Motorboote tagsüber völlig unbehelligt in diversen Häfen vor Anker. Auch wenn diese bei ihren Schmuggelfahrten abgefangen wurden, konnten sie zumeist völlig unbehelligt wieder nach Albanien zurückkehren. Problematisch ist dabei jedoch nicht nur die Tatsache des Schmuggels an sich, sondern daß albanische "Flüchtlinge" in Westeuropa auch gleichzeitig Teile des Drogenhandels unter ihre Kontrolle bringen. Dadurch entsteht ein perfektes Netzwerk in Europa, das nicht nur ein Rückzugsgebiet im südosteuropäischen Raum beinhaltet, sondern auch auf Grund der engen Familienstrukturen eine Infiltration durch die Polizei erschwert. Durch die enormen Gewinne im Drogen- und Schmuggelgeschäft haben diese poststaatlichen Strukturen aber durch Korruption bereits große Teile der staatlichen Verwaltung und Exekutive unter ihre Kontrolle gebracht.

Verschärfend wirkt dabei, daß überdies die Demokratische Partei aus politischer Opposition und Machtstreben versucht, durch gewalttätige Proteste in ihren Hochburgen die Regierungsmacht zu desavouieren. Für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist Gewalt ein beliebtes und übliches Mittel. Dazu werden Ideologie, Religion, aber auch familiäre Bindungen regelmäßig instrumentalisiert. Hintergrund dafür ist aber zumeist einfaches Machtstreben. Vor allem in Shkoder greift die DP dabei regelmäßig auf ihren radikalen Flügel rund um die "Antikommunistische Vereinigung" zurück. Diese Vorfelddorganisation der DP ist jedoch eng mit lokalen poststaatlichen Strukturen verwoben bzw. ist Teil derselben. Aber nicht nur in Shkoder, sondern beispielsweise auch rund um Lazarat nützt die DP örtliche poststaatliche Strukturen, um gegen Regierungsinstitutionen vorzugehen. Die Lazarati-Bande die im Kampf gegen SP-nahen poststaatlichen Strukturen Gjirocasters aber auch gegen die staatliche Macht versucht die gesamte Region vor allem aber die relevanten Bewegungslinien zu beherrschen, ist eng mit der DP verbunden.

Im Nordosten des Landes, an der Grenze zum Kosovo, wiederum hat die staatliche Macht jegliche Kontrolle an örtliche Clans und die Kosovo-Untergundarmee UCK verloren. Das Geschäft mit der UCK teilen sich verschiedene Familien, unter anderem der Clan des DP-Vorsitzenden Berisha. Die sozialistische Regierung versucht, alte Clan-Rivalitäten zur Schwächung Berishas zu nutzen bzw. ist der stärkste Clan des Raumes rund um Bajram Curri, der Haklaj-Clan, aus Opposition zu Berisha sozialistisch. Jedenfalls dient es beiden Seiten,

ihre Mittel gegen Berisha zu richten. Nichtsdestotrotz hat in diesem Teil Albaniens vorerst wohl schon die UCK die Macht übernommen.

Trotz Beteuerungen des albanischen Ministerpräsidenten Pandeli Majko, daß das Gesetz mit allen Mitteln durchgesetzt werden soll, lassen wirksame Schritte im Wesentlichen auf sich warten. Die albanische Regierung versuchte deshalb ein positives Zeichen zu setzen, als sie nach massivem internationalem Drängen vor allem Italiens begann, gegen die Schmuggler in den südlichen Hafenstädten vorzugehen. Als jedoch Ende Jänner in Vlora einige Schnellboote beschlagnahmt worden waren, wurde der örtliche Polizeichef als Geisel genommen und dadurch die Herausgabe der Boote erzwungen. Gleichzeitig erklärten die Schmuggler mit Gewalt sowohl gegen albanische als auch italienische Sicherheitskräfte vorgehen zu wollen, sollten diese weiterhin ihre Tätigkeit stören. Albaniens Innenminister Koci erklärte daraufhin, daß in- und ausländische Mafia-Organisationen gemeinsam mit lokalen albanischen Politikern daran arbeiten, die Kontrolle über den illegalen Drogenhandel und den Menschenhandel zu behalten. Diese Beurteilung ist an sich sicher richtig, nur ist die Reduktion der Involvierung albanischer Politiker auf die lokale Ebene wohl eine Wunschvorstellung. Als wenige Wochen später bei einer Schießerei zwischen Sicherheitskräften mit Kriminellen in Berat zehn Personen ums Leben kamen, kündigte Majko die Aufstellung einer 3.000 (!) Mann starken Antiterrortruppe an, um wieder Ordnung und Sicherheit in Albanien durchzusetzen. Deutlich wird auch, daß neben prästaatlichen Strukturen, die weiterhin eine entscheidende Machtbasis darstellen, auch immer stärker poststaatliche Elemente einen wesentlichen Machtfaktor darstellen und zu befürchten ist, daß vor allem diese unter der Oberfläche scheinbarer Normalität immer mehr Macht an sich ziehen werden. Im "Human rights report on Albania 1998" kritisiert beispielsweise das US State Department die passive Haltung der albanischen Regierung gegenüber dem weitverbreiteten Mangel an staatlicher Autorität und daß in vielen Regierungsinstitutionen Korruption und Kriminalität weit verbreitet sind. Je länger an diesem Zustand nichts geändert wird, umso stärker werden die Abhängig- und Schuldigkeiten werden, die vor allem in einem so traditionalistischen Land wie Albanien auch ungleich schwerer wieder zu lösen sein werden. Die Verflechtung prä-, post- und staatlicher Strukturen — bereits als eines der, wenn nicht das Grundübel dieses Landes identifiziert — bleibt bestehen, und vor allem die Bedeutung poststaatlicher Akteure dürfte sehr zum Schaden des Landes, aber auch zum Schaden Westeuropas weiter steigen. Eine Art "Drogenkultur" hat bereits die albanische Gesellschaft durchdrungen, und das Risiko, daß sich das Land durch die faktische Machtübernahme poststaatlicher Strukturen zu einer Art europäisches Kolumbien entwickelt, ist bei mangelnden Gegenmaßnahmen real gegeben. Manche Beobachter gehen sogar davon aus, daß diese "Linie" bereits überschritten wurde.

### **Wirtschaftliche und soziale Situation**

Die Lage in Albanien ist aber auch auf Grund der katastrophalen sozialen und wirtschaftlichen Situation äußerst angespannt. Die Wirtschaft liegt am Boden, die Zahl der Arbeitslosen ist zwar nicht genau bekannt, dürfte aber über 30 Prozent betragen. Selbst die Regierung mußte zugeben, daß zirka ein Drittel der Albaner unter der Armutsgrenze lebt. Auch hier gehen die inoffiziellen Schätzungen wesentlich weiter, und vermutlich dürften zwei Drittel der Bevölkerung betroffen sein. Der Zustand des Sozialsystems und die sozialen Mißstände in Albanien sind überdies für demokratische Entwicklungen nicht gerade förderlich. So strebt auch weiterhin die Masse der Albaner die Auswanderung in den gelobten Westen an; die innere Beziehung zum eigenen Land ist zumeist schwer gestört und eine fatalistische Haltung allgegenwärtig. Massive Auswanderungswellen haben schon 1990 eingesetzt. Schätzungsweise 15 Prozent der Gesamtbevölkerung und 40 Prozent der 19- bis 40jährigen sind bisher emigriert. Griechenland und Italien sind dabei die bevorzugten Zielländer. Im südlichen Nachbarstaat leben bereits 350.000 bis 400.000 albanische

Immigranten, in Italien 100.000 bis 150.000. Einerseits gehen dadurch Albanien zwar große menschliche Ressourcen, vor allem der jungen und gebildeten Schichten, verloren, andererseits sichern die Emigranten derzeit die wirtschaftliche Zukunft zahlreicher Familien und wohl auch in nicht unbeträchtlichem Ausmaß der albanischen Gesellschaft als Ganzes. Auch darf nicht übersehen werden, daß Emigration seit 1990 faktisch als Sicherheitsventil für Albanien soziale und ökonomische Probleme dient. Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wurden aber auch durch innerstaatliche Wanderungen vom Land in die Stadt und von kleinen Städten in die Großstädte bewirkt. Problematisch ist dabei, daß das disproportionale Wachstum der Bevölkerung zur Infrastruktur der Städte soziale Probleme und in den Vororten der großen Städte ein Heer Unzufriedener schafft. Die Bevölkerungsverschiebungen haben jedenfalls eine große demographisch-soziale Instabilität erzeugt.

Nur ein Teil der derzeitigen albanischen Gesellschaft hat von den Rahmenbedingungen der letzten Jahre profitiert. Mangelnde Rechtsvorschriften vor allem im Wirtschaftsbereich und ein nur begrenzt funktionierendes Steuersystem haben "Get-rich-quick"-Geschäfte begünstigt. Schmuggel und Korruption haben überdies den Wohlstand und die Zusammensetzung der neuen wirtschaftlichen Eliten massiv beeinflußt. Der Lebensstandard der Masse der Albaner verblieb hingegen auf sehr niedrigem Niveau.

Die in Städte abgewanderte Landbevölkerung und arbeitslose Arbeiter aus den ehemals staatlichen und nunmehr meist geschlossenen Bergbaubetrieben bzw. Chemie-, Metall- und Textilfabriken bilden dabei nicht nur das Heer der Auswanderungswilligen. Sie sind auch Hauptquelle für Kriminalität und ein potentiell großes Risiko für die soziale und politische Stabilität des Landes. Erschwerend kommt dabei noch zum Tragen, daß die Ausbildung dieser zumeist jungen Albaner häufig unzureichend ist und sie somit kaum Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage haben können. 53 Prozent aller Verbrechen werden daher von Jugendlichen unter 26 Jahren verübt. Bewaffnete Gangs von Teenagern aus der Unterschicht sind zu einem fixen Bestandteil der albanischen Gesellschaft geworden. Der stabilste Teil der Bevölkerung, der Recht und bürgerliche Normen am meisten respektiert, ist die Mittelschicht aus Regierungsbeamten, kleinen Geschäftsleuten und Angestellten. Sie haben auch die tiefste Bindung an ihr Land. Nichtsdestotrotz fehlt Albanien eine adäquat breite Mittelschicht.

In der Bevölkerung, vor allem aber bei den Eliten, gibt es praktisch keine Aufbruchstimmung, sondern es herrscht eine Art Apathie. Kriminalität und Korruption sind in Albanien allgegenwärtig und die Hemmschwelle dafür auch extrem niedrig. Aber auch die albanische Mentalität, möglichst nur solche Geschäfte zu machen, mit denen man möglichst rasch reich wird, trägt nicht gerade zur Problemlösung bei. Bisher haben langfristige Investitionen im wesentlichen auf sich warten lassen. Ausländische Investoren sind in geringem Ausmaß in der Lebensmittel- und Bekleidungsindustrie und bei der Ausbeutung von Bodenschätzen aktiv — Bereiche, in denen auch kurz- und mittelfristig Ziele zu verwirklichen sind. Für langfristige Investitionen fehlt allerdings nicht nur politische Stabilität, sondern auch ein Mindestmaß an adäquater Infrastruktur bzw. es wurde der ökonomische Wandel in Albanien nicht von ernsthaften institutionellen Reformen begleitet. Albanische Geschäftsleute beziffern die Kosten, die ihren Firmen allein durch Korruption entstehen, mit zirka acht Prozent ihres Umsatzes. Nichtsdestotrotz beurteilen nur 60 Prozent von ihnen, daß diese ein bedeutsames Hindernis bei der Verwirklichung ihrer Geschäftsziele ist. Die wenigen Investmentagenturen, die Albanien überhaupt beurteilen, schätzen die Verlustwahrscheinlichkeit für ausländische Investoren hingegen vor allem auf Grund der Korruptionspraxis als extrem hoch ein. Die unterschiedliche Beurteilung läßt sich damit erklären, daß Einheimische im "albanischen Dschungel" auf Grund ihrer Kenntnisse von Sprache, Kultur und Mentalität mit der Situation besser zurechtkommen. 90 Prozent der Firmen betrachten hingegen die mangelhafte Infrastruktur als wesentlichste Behinderung ihrer Arbeit. Als zusätzliche Belastung sind Firmen auf Grund der unzureichenden öffentlichen Sicherheit gezwungen, durchschnittlich

fünf Prozent ihres Umsatzes für firmeneigene Security bzw. Wächter auszugeben. Zusätzlich fallen Kosten für die Bestechung bei medizinischer Betreuung, vor Gericht und diversen anderen öffentlichen Einrichtungen an. Dadurch ist auch die Bereitschaft, regulär Steuern zu bezahlen, sehr niedrig, wodurch die Regierung wiederum nicht in der Lage ist, adäquate Löhne zu bezahlen — ein Teufelskreis der möglichst rasch durchbrochen werden muß. Ob aber die Versprechen der sozialistischen Machthaber, Korruption, Klientelismus und andere Übel der albanischen Gesellschaft ein Ende zu setzen, mehr als nur Ankündigungen sind, wird sich wohl erst in Zukunft weisen.

Albanien lebt somit weiterhin in erster Linie von seinen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, den Überweisungen der Gastarbeiter — und vom Schmuggel. Albanien ist ein für eine moderne westliche demokratische Staatsform noch nicht reifer Agrarstaat. Dies hat offensichtlich auch die politische Elite des Landes bereits erkannt. Weil die albanische Regierung und Behörden nicht in der Lage sind, die Krise des albanischen Staates in den Griff zu bekommen, und der Westen inzwischen seine Hilfe zumindest größtenteils von der tatsächlichen Durchführung einzelner Projekte abhängig macht, hatte der damalige Ministerpräsident Fatos Nano Italien Mitte Dezember 1997 ersucht, Albanien beim Regieren des Landes behilflich zu sein, faktisch ein Protektorat zu errichten — jedoch als Partnerschaft souveräner Staaten, nicht als neuer Kolonialismus. Momentan sind durch die "Beobachtung" parlamentarischer Abläufe und verschiedener Ministerien sowie die weiterhin durch gemischt italienisch-albanische Kräfte betriebene Überwachung der albanischen Küste schon erste Schritte für die Installierung eines Protektorats vollzogen. Wenn Nano auch seine Aussagen kurz danach abgeschwächt hat, deutet doch vieles darauf hin, daß auch die albanische Führung erkannt hat, daß ohne internationale "Aufsicht" Albanien nicht stabilisiert werden kann. Anfang Februar 1998 übte Nano schließlich harte Kritik an seiner eigenen Regierung, deren Unfähigkeit die Auslandshilfe gefährde. "Andere Länder beklagen sich dauernd, daß unsere Regierung nicht in der Lage ist, die Hilfe zu nutzen, die diese Länder Albanien anbieten", kritisierte Nano. Die Regierung wisse nicht einmal, wieviel Auslandshilfe geleistet wird, und sei "während der letzten sechs Monate nicht in der Lage gewesen, auch nur hundert Meter Straße in Tirana zu asphaltieren". Aber auch Nano selbst wurde heftig kritisiert. Der sozialistische Intellektuelle und Abgeordnete, Dritero Agolli, beispielsweise prangerte an, daß "Nano und seine Freunde teure Speisen in Luxushotels verschlingen, während es im Land eine halbe Million Rentner gibt, die nur 25 Dollar im Monat verdienen". Es ist fürwahr erstaunlich, daß Regierungsmitglieder mit einem offiziellen Gehalt von 300 Dollar es sich leisten können, in den teuersten Lokalen Tiranas zu verkehren, Schmuck und Uhren die ein Jahresgehalt kosten zu tragen, privat Luxusautos zu fahren und wertvolle Immobilien zu erwerben. Es verwundert aber nicht, daß unter diesen Umständen nicht nur die Korruption weit verbreitet ist, sondern auch zahlreiche Fakten darauf hinweisen, daß die organisierte Kriminalität ihre Verbindungen bis in höchste Regierungskreise hat. Deutlich wird damit aber auch, daß die Voraussetzung für die Normalisierung des Landes die Zurückdrängung der Korruption ist. Da diese aber gesellschaftsfähig ist, muß wohl zuerst die Mentalität der Albaner verändert, verwestlicht werden. "Korruption und Nepotismus müssen im Bewußtsein der Bürger als verwerflich und als schädlich für die Gesellschaft hingestellt werden. Damit einhergehen muß eine angemessene Entlohnung der Staatsbediensteten. Solange die staatlichen Angestellten ihren Lebensunterhalt zum überwiegenden Teil aus Bestechungsgeldern sichern müssen, bleibt jede Maßnahme gegen Korruption wirkungslos." Neuerdings bemühen sich vor allem albanische NGOs in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, Aufklärungsarbeit über die volkswirtschaftlichen Nachteile, die negativen Auswirkungen von Korruption auf Wirtschaftswachstum, Investitionen, soziale Entwicklung und Produktivität zu leisten. Ein langwieriger und mühsamer Prozeß, der aber wohl wert ist, auch weiterhin international unterstützt zu werden, und Voraussetzung für die "seelische Regeneration der Menschen, die derzeit noch psychologisch zerstört sind", ist. Der

albanische Schriftsteller, Ismail Kadare, erklärt den Verlust der inneren Ordnung des Landes damit, daß der Kommunismus zwar die äußere Struktur des Landes geschaffen bzw. aufrechterhalten, gleichzeitig aber die Gesellschaft innerlich aufgeweicht und zerstört habe. "Die Leute haben ihr Verantwortungsbewußtsein verloren oder vergessen. Es gab nur noch den Parteiapparat und die Geheimpolizei." Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wäre ein "fürchterliches Vakuum" übriggeblieben, stellte Kadare fest. Der Schriftsteller Fatos Lubouja bezeichnet den Zustand der Bevölkerung als "kollektive Depression". Aber auch politische Rahmenbedingungen, die Dezentralisierung des Staates, die Herstellung von Rechtssicherheit, eine professionelle, transparente öffentliche Verwaltung und eine reale Gewaltenteilung sind notwendig, um die wirtschaftliche und soziale Situation zu verbessern. Vor allem fehlt Albanien eine breite Mittelschicht, die traditionell für die Herausbildung einer demokratischen staatlichen Identität vonnöten ist. Positiv stimmt nur, daß offensichtlich Ministerpräsident Majko auf gerade diese, meist städtische Schicht, die von traditionellen albanischen Strukturen unabhängiger ist, setzt. Vorerst bleibt Albanien jedoch ökonomisch und sozial instabil.

### **Außenpolitische Ausrichtung**

In Fragen der Außenpolitik versuchten die albanischen Regierungen der letzten Jahre gemäßigt vorzugehen. Grundsätzlich ist die außenpolitische Ausrichtung aller relevanten politischen Gruppierungen dabei auf die Teilnahme an der euro-atlantischen Integration ausgerichtet.

#### Die albanische Frage

In der albanischen Frage hatte die sozialistische Regierung jedoch vorerst eine moderatere Haltung als Ex-Präsident Berisha und unterstützte im Gegensatz zu diesem die Kosovo-Albaner offiziell nicht oder kaum. Zu dieser Politik trug der Balkangipfel im November 1997 bei, bei dem es auch zu einem fast historischen Treffen zwischen dem albanischen Ministerpräsidenten Nano und Jugoslawiens starkem Mann Milošević kam. Nachdem aber 1998 im Kosovo Kämpfe ausbrachen, stellte sich die albanische Regierung deutlich auf die Seite der Kosovo-Albaner, jedoch weiterhin, ohne sie offiziell direkt zu unterstützen. Ministerpräsident Nano schlug nach dem Ausbruch der heftigen Kämpfe im Frühjahr 1998 vor, dem Kosovo den Status einer eigenständigen Republik innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien zu geben. Berisha kritisierte diese Politik als Verrat am albanischen Volk heftig. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß der aus Nordalbanien stammende Berisha eine wesentlich engere Beziehung zum Kosovo hat als die neue, vornehmlich aus dem Süden stammende Elite. Verstärkend wirkte vorerst auch der Umstand, daß der Berisha-Clan massiv vom Waffenhandel mit den Kosovo-Albanern profitierte, während die Regierung Nano, unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft stehend, eine friedliche Lösung der albanischen Frage anstrebte. Daher unterstützte die Regierung die albanischen Sezessionsbewegungen im Kosovo und in Mazedonien vorerst auch nicht offen. Albanien wies auch Vorwürfe der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) zurück, wonach die im Kosovo operierende albanische Untergrundarmee Ushtria Clirimtare e Kosoves (UCK) über Basen auf dem Gebiet Albanien verfüge. Das Außenministerium in Tirana nannte die Vorwürfe "serbische Propaganda". Es gebe keine Militärcamps der UCK in Albanien, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums. Auch die Behauptung Belgrads, Albanien unterstütze den Waffenschmuggel in den Kosovo, wurde zurückgewiesen. Die albanische Regierung sei bemüht, jede Form von Waffenschmuggel in die Bundesrepublik Jugoslawien zu unterbinden. Die Vorwürfe würden nur als Rechtfertigung für den serbischen "Terror" gegen die albanische Bevölkerung im Kosovo dienen. Nichtsdestotrotz setzten aus Albanien massive Waffenlieferungen in das Kampfgebiet ein. Wenn es sich dabei auch in erster Linie um



private Geschäftemacherei handelte, so ist doch bemerkenswert, daß die albanische Regierung nichts tat, um diese Lieferungen zu unterbinden — ganz im Gegenteil. So beteiligten sich auch Angehörige der albanischen Armee ungestört an diesen Waffengeschäften, es wurden zahlreiche Waffen gestohlen bzw. von korrupten Armeemitgliedern verkauft, aber auch neuerlich Waffenlager überfallen. Ministerpräsident Nano erklärte überdies den privaten Waffenhandel als quasi legitimes Recht der Bevölkerung, um auf diese Art und Weise das bei den Pyramidenspielen verlorene Geld zumindest teilweise wiederzubekommen. Diverse Beteuerungen, die Grenze zum Kosovo ohnehin zu sichern, entsprachen nicht ansatzweise der Realität und dienten wohl eher der Beruhigung des geldgebenden Westens. So unterhielt die UCK auch seit längerem Ausbildungslager im Norden Albanien. Um internationale Kritik hintanzuhalten, erklärte die albanische Regierung in weiterer Folge, daß sie diesem Problem nur mit internationaler Hilfe Herr werden könnte. Wie auch immer — die albanische Armee ist der jugoslawischen hoffnungslos unterlegen, weshalb Albanien zumindest indirekten Schutz durch die Anlehnung an die NATO sowie diverse bilaterale Abkommen sucht. Besonders aktiv war dabei die USA. So wurden 1998 auch wieder Drohnen des CIA zur Aufklärung des Kosovo von einem nordalbanischen Flugplatz südlich von Shkoder (Gjaderi Air Base) eingesetzt. Immerhin warf die BRJ Albanien mehrmals die "flagrante Einmischung" in innere Angelegenheiten Jugoslawiens vor. Im Zuge von Kampfhandlungen in der Grenzregion wurde daraufhin auch mehrmals albanisches Staatsgebiet, vor allem mit Steilfeuerwaffen, beschossen. Weder OSZE noch EU (ECMM) bemerkten vorerst die Aktivitäten der UCK. So behaupteten EU-Beobachter noch Ende April 1998, daß Nordalbanien der UCK nicht zur Waffenbeschaffung und als Rückzugsgebiet diene. Auch führende Vertreter der OSZE wie der Leiter der Präsenz in Albanien, Daan Everts, erklärten, daß Berichte über Grenzübertritte bewaffneter Albaner und über Waffenschmuggel nicht den Tatsachen entsprechen. Dies läßt leider nur die Beurteilung zu, daß die in Albanien tätigen internationalen Organisationen zeitweilig den Überblick verloren hatten und deshalb einseitige bzw. falsche Beurteilungen veröffentlichten. Denn auch der albanische Außenminister Paskal Milo erklärte zum damaligen Zeitpunkt, daß es keine illegalen Transporte von Waffen oder Menschen in den Kosovo gebe. Jedoch gab es bereits Mitte 1997 Berichte über Ausbildungs- bzw. Versorgungslager von Kosovo-Albanern in Albanien. Waren diese damals noch in Zusammenhang mit Ex-Präsident Berisha gebracht worden, hatten sehr bald umfangreiche Waffenlieferungen in den Kosovo begonnen. Spätestens Anfang 1998 waren die Grundstrukturen der UCK-Versorgungsschneise aus Nordalbanien in den Kosovo aufgebaut gewesen.

Wie auch immer: Albanien bat die NATO in weiterer Folge mehrfach ergebnislos, Truppen an seiner Grenze zu stationieren. Die NATO lehnte jedoch die Sicherung der Grenze zwischen der Bundesrepublik Jugoslawien und Albanien durch seine Soldaten ab. Dabei fehlte es der NATO vorerst wohl einerseits an einem klaren politischen Ziel, andererseits wollte sie nicht unkontrolliert in den Konflikt hineingezogen werden. Dennoch verhinderte nur das drohende Eingreifen der NATO — neben der jugoslawischen Strategie, den Kosovo-Konflikt nicht zu internationalisieren — daß die BRJ Albanien bzw. albanisches Territorium vor Beginn der NATO-Luftangriffe in die bewaffneten Auseinandersetzungen mit einbezog. Die NATO hatte durch ihre mehrfachen, sehr deutlichen Signale faktisch eine Sicherheitsgarantie für Albanien übernommen. Nichtsdestotrotz kam es regelmäßig zu Schießereien, während des Kosovo-Krieges, auch zu vereinzelt lokalen Kampfhandlungen an der Grenze, wobei jeweils der Gegenseite die Schuld dafür zugeschrieben wurde. Die Bereitschaft der Albaner, für die Kosovaren einzutreten, ist aber eher gering. Auch Versuche der UCK, durch gezielte Provokationen Albanien in den Konflikt hineinzuziehen, schlugen fehl. Nur im Norden sind die Bindungen zum benachbarten Kosovo enger. Aber auch der Versuch Berishas — dessen Kosovo-Politik während seiner Amtszeit noch recht pragmatisch war — die nationalistische Karte zu spielen, um so wieder an die Macht zu

kommen, konnte vorerst nicht zu einer echten Radikalisierung der Außenpolitik führen, wenn auch Ministerpräsident Majko sie verschärft hat. Nationalisten forderten 1998 hingegen sogar die Mobilisierung albanischer Freiwilliger, um an der Seite ihrer "Brüder" im Kosovo zu kämpfen. Ministerpräsident Nano war in ihren Augen ein "Agent serbischer und griechischer Orthodoxer", und durch sein Zusammentreffen mit Präsident Milošević im November 1997 ein "Verräter". Wie aber bereits dargelegt, gab es dennoch kaum mehr als eine indirekte Unterstützung der UCK. So stießen auch Demonstrationen zur Unterstützung der Kosovo-Albaner 1998 nur auf minimales Interesse.

Ministerpräsident Majko gab jedoch in der Kosovo-Frage die Zurückhaltung der albanischen Regierung auf. Er unterstützte die Forderung der Kosovo-Albaner, forderte NATO-Luftschläge gegen die serbischen Militärstrukturen im Kosovo und bot der NATO dazu auch albanische Flughäfen und Häfen an. Gleichzeitig erklärte Majko den Kosovo nicht zu einem albanischen, sondern zu einem internationalen Problem. Ausschlaggebend für die aktivere Rolle des albanischen Regierungschef war wohl die innenpolitische Zielsetzung der DP die nationalistische Wählerschaft nicht zu überlassen. Majko erkannte offensichtlich auch die einigende Kraft des Nationalismus und versuchte sich die Kosovokrise diesbezüglich nutzbar zu machen. Es kam in diesem Zusammenhang auch zu ersten direkten Gesprächen zwischen Majko und DP-Chef Berisha. Die Hoffnung, daß die Kosovokrise zu einem einigenden Faktor der albanischen Parteien werde, wurde jedoch vorerst nicht erfüllt. Oppositionschef Berisha versuchte nämlich auch die Kosovokrise für seine innenpolitischen Destabilisierungsversuche zu nutzen. So ließ er noch am Vortag der ersten NATO-Angriffe eine Demonstration für Neuwahlen und zur "Forcierung" der Sicherheit durchführen.

Nach einem USA-Aufenthalt steigerte Majko Anfang Februar 1999 seine rhetorischen Angriffe gegen Jugoslawien — wohl in Abstimmung mit der amerikanischen Regierung. Angeblich hatte Majko damals auch eine US-Sicherheitsgarantie für die Unverletzlichkeit der albanischen Grenzen erhalten. Majko erklärte, daß "wenn die Massaker im Kosovo fortgesetzt werden, das albanische Element am Balkan — in Albanien, Mazedonien, Kosovo und Montenegro — das Recht auf kollektive Selbstverteidigung habe." Auch versuchte die albanische Regierung, die verschiedenen albanisch-kosovarischen Akteure zu einigen. In der Sache selbst trat sie zusehends für die Unabhängigkeit des Kosovo ein. Während der Verhandlungen von Rambouillet und Paris drängte die albanische Regierung die Kosovo-Albaner zwar dazu, das Abkommen zu unterzeichnen, aber nicht zur Durchsetzung seines Inhalts, wie Außenminister Pascal Milo unumwunden zugab, sondern um damit die Voraussetzungen für den angedrohten Militärschlag gegen Serbien zu schaffen und damit — aus albanischer Sicht — die Lösung des Konflikts zu beschleunigen.

Unmittelbar vor Beginn der NATO-Angriffe auf Jugoslawien versuchte Albanien durch Übungen seiner in Nordalbanien stationierten Truppen seine eigene Verteidigungsfähigkeit zu demonstrieren. Bisher bedingte die geringe Erfüllungskompetenz des albanischen Militärs auch ein mangelndes staatliches Selbstbewußtsein und die Abhängigkeit vom westlichen Ausland. Die neue albanische Regierung versucht offensichtlich, auch in diesem Bereich aktiv gegenzusteuern. Sie konnte aber nicht verhindern, daß während des Kosovo-Krieges immer öfter UCK-Einheiten von Truppen der BRJ auf albanischem Territorium angegriffen wurden. Albanien mußte deshalb auf Grund seiner eigenen Schwächen seine Souveränität begrenzen und zum Eigenschutz neuerlich fremde Truppen auf seinem Territorium akzeptieren. Albanien diente dabei nicht nur als Alternativroute für den Truppenaufmarsch in Mazedonien, der durch griechische Vorbehalte gegen die NATO-Politik zeitweise gefährdet schien, sondern auch als mögliche Ausgangsbasis für Kampfhubschrauber- und Artillerieangriffe (US-Task Force Hawk) auf jugoslawische Truppen im Kosovo. Überdies mußte sich Albanien auf Sicherheitsgarantien der NATO bzw. der USA verlassen. Dennoch unterstützte die albanische Armee die UCK-Operation "Pfeil" die Ende Mai aus dem Nordosten Albaniens gegen die jugoslawischen Sicherheitskräfte gestartet wurde. Das albanische Militär führte

gleichzeitig mit der UCK-Operation Manöver (Drin 99) durch und tarnte damit ihre Unterstützung der UCK mit Logistik, Führungsmitteln und schweren Waffen. Vor allem aber übernahm sie die Flankensicherung der Bereitstellungsräume in Albanien. Dadurch kam es bei einem versuchten Gegenangriff jugoslawischer Kräfte im Raum Tropoja zu Gefechten mit Teilen der albanischen 2. Division. Diese UCK wiederum ermöglichte der NATO gezielte Luftschläge gegen sich zwangsweise umgruppierende Kräfte der jugoslawischen Truppen. Wenn diese Luftschläge auch keine entscheidende Wirkung am Gefechtsfeld erzielt hatten, wurde dadurch doch die Möglichkeit einer kombinierten Boden-Luftoperation deutlich. Auch als im Zuge des Kosovo-Krieges ungefähr 440.000 Kosovo-Albaner nach Albanien flohen, war das Land neuerlich von ausländischer Hilfe abhängig. Dabei übernahmen vor allem die NATO mit ihrer Operation "Allied Harbour", aber auch zahlreiche andere Staaten, unter ihnen Österreich, die Betreuung der großen Flüchtlingslager. Problematisch war jedoch, daß außerhalb der von ausländischen Militärs gesicherten Flüchtlingslager poststaatliche Strukturen begannen, Hilfsgüter als Handelsobjekte zu nutzen und zahlreiche Kosovaren, die nach Westeuropa flüchten wollten, über die bekannten Schlepperrouten vor allem nach Italien schmuggelten. Somit wurden neuerlich durch eine Krise in einem Nachbarstaat indirekt poststaatliche Strukturen in Albanien gestärkt. Andererseits wurden durch die "Albanien Force (AFOR)" der NATO diverse Infrastrukturprojekte in Angriff genommen, und Ministerpräsident Majko forderte bei einem Treffen mit US-Präsident Clinton die westliche Gemeinschaft dazu auf nunmehr nicht nur den Korridor 8 sondern auch den Nord-Süd Korridor in Albanien zu verwirklichen. Sollte im "Sog" der Kosovokrise Albanien die Realisierung dieser Projekte gelingen, könnte somit auch das staatliche Element gestärkt aus dieser Krise herausgehen.

Aber auch die albanisch-mazedonische Grenze ist von albanischer Seite faktisch vollkommen ungeschützt und wird bereits für nicht unerheblichen Waffenschmuggel benutzt. Nach der gewaltsamen Lösung der Kosovokrise ist auch der Beginn bewaffneter Auseinandersetzungen im mehrheitlich von Albanern bewohnten Westmazedonien denkbar. Offiziell setzt sich die albanische Regierung für die Gleichberechtigung der mazedonischen Albaner ein und unterstützt eine politische Lösung; sie würde aber ebenso wie in der Kosovokrise eine etwaige Unterstützung secessionistischer mazedonischer Albaner wohl nicht unterbinden. Die neue mazedonische Regierung läßt aber immerhin die Hoffnung zu, daß sich die beiden Volksgruppen doch noch friedlich einigen können. Auch ist die derzeitige und in absehbarer Zukunft gleichbleibende Schwäche Albaniens diesbezüglich ein Vorteil, da es nicht in der Lage ist, aktiv an der gewaltsamen Lösung der albanischen Frage mitzuwirken, was die Chance erhöht, daß die bewaffneten Auseinandersetzungen regional begrenzt bleiben. Aber auch Befürchtungen, daß die UCK in die inneralbanischen Auseinandersetzungen eingreifen, sind — vorerst — nicht aktuell. Ob jedoch in Zukunft einzelne Gruppen der UCK im Auftrag prä- oder poststaatlicher Strukturen als zusätzliche inneralbanische Akteure aktiv werden, ist nicht auszuschließen. Berisha hat jedoch inzwischen das Problem, daß er politisch bis zuletzt auf Rugova bzw. den schwächeren rechten Flügel setzte, während Majko die immer mehr zum bestimmenden Faktor gewordenen linken Flügel der UCK unterstützte. Nichtsdestotrotz darf aber nicht übersehen werden, daß sowohl Berisha als auch die Kosovo-Albaner der Volksgruppe der Ghegen angehören, während Majko und die Masse der sozialistischen Regierung Tosken sind. Die innere Zerstrittenheit der UCK läßt aber hoffen, daß zumindest vorerst keine Ressourcen für Machtkämpfe in Albanien zur Verfügung stehen werden.

### Fundamentalistische Bedrohung

Die Regierung Nano hatte sich von den Bemühungen der Regierung Berisha distanziert, Anlehnung an die islamische Gemeinschaft zu suchen, und hatte die von der früheren Regierung eingeleitete Mitgliedschaft bei der Organisation der Islamischen Konferenz für null

und nichtig erklärt. Dabei dürfte der westliche, vor allem aber amerikanische Druck, eine Islamisierung des Balkans zu verhindern, nicht unerheblich gewesen sein. Während am Ende seiner Amtszeit Sali Berisha zunehmend in Gegensatz zu den USA geriet, lehnte sich Fatos Nano wieder enger an die Vereinigten Staaten — die den Machtwechsel vor allem aus dem Hintergrund massiv unterstützt hatten — an. Im Laufe des Sommers 1998 wurden überdies vom albanischen Geheimdienst in Zusammenarbeit mit dem CIA mehrere mutmaßliche islamische Extremisten, denen die Beteiligung an Terroranschlägen vorgeworfen wird, festgenommen. Anfang 1999 wurden in Tirana weitere mutmaßliche Terroristen, denen ein Naheverhältnis zu Usamah Bin Ladin vorgeworfen wird, verhaftet. Diese hatten offensichtlich unter dem Deckmantel sozialer und humanitärer Hilfe in Albanien entweder eine Ruhe- und Logistikzone in Zusammenhang mit Bin Ladins terroristischem Netzwerk errichtet oder aber Anschläge auf US-Einrichtungen geplant. Albanien dient aber vermutlich auch als Basis für eine fundamentalistische Unterwanderung der Sezessionsbewegung im Kosovo durch Bin Ladins Organisation. In diesem Zusammenhang wurden zuletzt jedenfalls einige Kosovo-Albaner verhaftet. Auch der Iran ist zunehmend vor Ort aktiv und versucht, nicht nur die albanische Gesellschaft, sondern auch die UCK zu unterwandern. Ministerpräsident Majko begann dennoch eine neuerliche Öffnung gegenüber islamischen Staaten; zumindest lehnt er es ab, diese als Gegner zu betrachten. Konkret konnte er sich auch eine neuerliche Mitgliedschaft in islamischen Organisationen vorstellen; dieser geplante Schritt wurde inzwischen auch realisiert. Innerhalb der oppositionellen DP gibt es sogar Strömungen, die für eine verstärkte Hinwendung des Landes zum Islam eintreten und Forderungen nach einer "Wiederentdeckung der islamischen Werte" erheben.

### **Internationale Perspektiven**

Die internationale Gemeinschaft hat im wesentlichen drei zukünftige Handlungsmöglichkeiten. Entweder das Land seinem Schicksal zu überlassen und es nach außen abzuschirmen, um Menschen-, Drogen- und Waffenschmuggel möglichst hintanzuhalten und die bisherige nur bedingt erfolgreiche Politik im wesentlichen fortzusetzen, oder ein Protektorat zu errichten. Da für letzteres Europa einerseits noch kaum in der Lage sein dürfte und andererseits auf zahllose Probleme stoßen würde, ist diese Variante wohl undurchführbar — das Land aber sich selbst zu überlassen, keine Lösung. Am effizientesten dürfte vermutlich eine Mischung aus allen Varianten, eine Art sanftes Protektorat, sein. Die Stärkung staatlicher Elemente und die Trennung prästaatlicher von poststaatlichen Strukturen sind jedenfalls unbedingt notwendig zur Stabilisierung des Landes. Poststaatliche Strukturen sind auf allen Ebenen und massiv zu bekämpfen. Die internationale Gemeinschaft muß dazu vor allem den albanischen Staat selbst zur Verantwortung zwingen, gleichzeitig aber auch durch Maßnahmen in den europäischen Zielländern den Markt für die albanische organisierte Kriminalität verringern. Der organisierten Kriminalität ist dazu der Schmuggel möglichst zu erschweren, und durch geeignete Maßnahmen der Drogen- und Flüchtlingspolitik in Westeuropa ist diese selbst so unattraktiv wie möglich zu machen. Auch sind Hilfsmittel einerseits von adäquaten Maßnahmen der staatlichen Strukturen abhängig zu machen, andererseits zielgerichtet an Bereiche weiterzuleiten, die solche Teile der albanischen Gesellschaft stärken, die den Staat als Institution tragen. Zentrale Voraussetzung für eine positive Entwicklung des albanischen Staates ist jedenfalls die (Wieder-)Herstellung des staatlichen Gewaltmonopols. Andererseits müßten vor allem Ausbildungsprogramme im Land und zeitlich befristete Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für Albaner in Westeuropa — mit garantierter Rückkehr nach Albanien — forciert werden, um dem Land wieder qualifizierte Arbeitskräfte und Eliten zu geben, die derzeit das Land als erste verlassen. Gleichzeitig sollten einzelne Projekte unter massiver Einbindung der örtlichen Bevölkerung und massiver Kontrolle der eingesetzten Gelder sowie Großinfrastrukturprojekte wie der Ausbau des Korridor 8 durch ausländische Investoren rasch und zügig verwirklicht

werden. Aber vor allem die Entwicklung demokratischer Strukturen und einer effizienten Verwaltung und Exekutive müssen unterstützt werden — unter Einsatz aller erdenklichen Druckmittel und direkter Kontrolle der Behörden — als Vorform eines Protektorats, jedoch ohne die Albaner aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Die nicht vorhandenen Rahmenbedingungen behindern nämlich vorerst die (Wieder-)Herstellung einer adäquaten Infrastruktur. Dadurch wiederum gibt es jedoch faktisch keine relevanten Tätigkeiten internationaler Investoren. Internationale wirtschaftliche Aktivitäten reduzieren sich derzeit noch im wesentlichen auf die Ausbeutung von Bodenschätzen und auf einzelne mit ausländischen Mitteln durchgeführte Infrastrukturprojekte.

Dennoch hat nach dem Ausbruch des Kosovo-Krieges die EU neuerliche Hilfszahlungen — einerseits als humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge aus dem Kosovo, andererseits für weitere wirtschaftliche Hilfe für das Land selbst — beschlossen. Mit inzwischen fast zehn Milliarden Schilling seit 1991 ist die EU jedenfalls der wichtigste Geldgeber Albanien. Die Weltbank wiederum sagte zuletzt Kredite in der Höhe von neun Millionen Dollar zur Verbesserung der Infrastruktur und die amerikanische New World Telecom eine 325-Millionen-Dollar-Investition zum Ausbau des albanischen Telekommunikationsnetzes zu. Auch Italien ist wieder bereit und gewillt, in Albanien eine Führungsrolle zu übernehmen, und gründete deshalb mit relevanten internationalen Partnern und Akteuren (23 Staaten und acht internationale Organisationen) unter Vorsitz der OSZE am 30. September 1998 eine Art Kontakt-Gruppe ("Friends of Albania"), die die weitere Entwicklung des Balkanlandes unterstützen und koordinieren und dadurch gleichzeitig verhindern soll, daß die Situation neuerlich eskaliert.

Italien beschloß Ende 1998 überdies, seine Truppenstärke in Albanien zu verdoppeln, eine Basis auf der Vlora vorgelagerten Insel Sazan einzurichten und das Ausbildungsprogramm mit der albanischen Polizei auszubauen. Begründet wird dies mit der besonderen Verantwortung für, aber auch dem besonderen Interesse an Albanien durch Italien. Die Albanienpolitik ist dabei Teil und Fortsetzung der italienischen Balkanpolitik, die auf allen — auch militärischen Ebenen — eine enge Vernetzung mit dem südosteuropäischen Raum sucht. Griechenland wiederum konzentriert seine Bemühungen auf Südalbanien und setzt seine Schwergewichte auf kulturelle Aspekte. Dahinter steht das Ziel die griechische Volksgruppe in diesem Raum zu stärken. Bilaterale Spannungen zwischen Griechenland und Albanien haben sich in letzter Zeit wohl auch deshalb entspannt, da einerseits die sozialistische Regierung wesentlich kooperativer als die Regierung Berisha ist, andererseits ein Großteil der griechischen Volksgruppe es in den letzten Jahren vorgezogen hatte Albanien Richtung Griechenland zu verlassen. Nichtsdestotrotz stellt aber der griechische Generalkonsul einen relevanten — wenn auch etwas undurchsichtigen — Machtfaktor im Großraum Gjirokaster dar. Dies ermöglicht auch zahlreichen griechischen Firmen in diesem Raum wirtschaftlich aktiv zu werden. Notwendig wäre es aber auf alle Fälle, bilaterale und internationale Aktivitäten noch besser zu harmonisieren, um einen sinnvollen Beitrag zur positiven Weiterentwicklung Albanien zu leisten. Notwendig wird es aber auch sein, zehn bis fünfzehn Jahre Geduld zu haben und in dieser Zeit nachdrücklich die festgelegten Ziele zu verfolgen. Entscheidend für die weitere Entwicklung Albanien wird es aber zweifelsohne sein, ob es gelingt, daß die Albaner wieder Vertrauen in einen modernen Staat gewinnen und eine politische, wirtschaftliche sowie soziale Perspektive erhalten. Dazu muß mittelfristig der Staat wieder die soziale und wirtschaftliche Kompetenz erlangen und auch die Gewalt wieder monopolisieren. All diese Bereiche liegen momentan in nicht unbeträchtlichem Ausmaß in den Händen prä- und poststaatlicher Elemente. Und auch das Geschwür der Korruption muß durch transparente, professionelle und gut bezahlte Bürokratie und Sicherheitskräfte aufgebrochen werden. Aber selbst, wenn die albanische Politik die Zustände ändern will, wird es unter diesen Rahmenbedingungen "mörderisch" schwer werden; realistischerweise ist jedoch zu befürchten, daß sie diesbezüglich nichts oder wenig unternehmen wird, da sie

bereits Teil der organisierten Kriminalität ist und die politischen Auseinandersetzungen nur die oberflächlich sichtbaren Kämpfe um den Zugang zu Schaltzentren, die die eigene Macht und den eigenen Profit sicherstellen und unterstützen sollen, sind. Wenn sich Albanien aber nicht grundlegend wandelt, wird es noch Jahrzehnte Hort von Kriminellen und Fluchtwilligen und damit ein Dauerproblem für Westeuropa bleiben.

## **Zusammenfassung**

1997 brach die staatliche Ordnung in fast ganz Albanien völlig zusammen. Unruhen und Plünderungen vor allem staatlicher Einrichtungen stellten sich weder Polizei noch Armee entgegen — ganz im Gegenteil. Vor allem Armee-Einrichtungen waren bevorzugtes Ziel von Ausschreitungen, da die Bevölkerung daranging, sich zu bewaffnen. Gleichzeitig setzte auch eine massive Flüchtlingswelle vor allem nach Italien ein. Auslöser dafür war der Zusammenbruch dubioser Anlagefirmen, die sich in den vorangegangenen Jahren von Investitionsgeschäften zu Pyramidenspielen gewandelt hatten. Fast das gesamte Land hatte an diesen teilgenommen und damit einen großen Teil des Volksvermögens kriminellen Organisationen in die Hände gespielt. Die wahre Intention, zumindest der meisten Firmen, das Geld möglichst ins Ausland zu transferieren und die Anleger zu betrügen, hatte nämlich fast niemand erkannt. Als diese Pyramidenspiele schließlich in sich zusammenfielen, verwandelten sich die Proteste der Geschädigten rasch zu einem offenen Aufruhr gegen den Staat.

Albanien war an politischen, ökonomischen, sozialen und moralischen Fehlern gescheitert. Das Land hatte es nicht geschafft, ein funktionsfähiges pluralistisches Parteiensystem zu etablieren, autokratische Herrschaftsformen mit demokratischen zu ersetzen, eine nach außen legitimierte, innerlich gefestigte und nicht korrupte Exekutive zu etablieren, die Sicherheit durch das Gewaltmonopol des Staates zu gewährleisten und den breiten Massen nach Ende der kommunistischen Herrschaft soziale Mindestsicherheit zu garantieren. Verschärfend wirkte überdies die aus verschiedenen Gründen nicht vorhandene nationale Identität. Der Zusammenbruch der Pyramidensysteme war nur der Auslöser für einen sozialen Protest, der sich rasch in einen politischen Aufstand wandelte und ein politisches Vakuum offenbarte. Als der — sowieso minimale — präpolitische Konsens verloren ging, verlor der Staat das Gewaltmonopol und zerbrach. Prä- und poststaatliche Strukturen hatten den Staat geschwächt und ihn, als er sich mit seiner staatlichen Macht gegen sie nicht mehr durchsetzen konnte, letztendlich gestürzt. Da der Situation in Albanien jedoch offensichtlich niemand mehr Herr wurde, sprachen sich sowohl Regierung als auch Aufständische für einen internationalen Militär- und Polizeieinsatz aus, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.

Europa hatte bis zum offenen Ausbruch des bewaffneten Konflikts die Albanienkrise nicht oder kaum zur Kenntnis genommen. Mit unkontrollierter Hilfe vor allem von Seiten der EU wurden die staatlichen Strukturen nur weiter geschwächt und prä-, vor allem aber poststaatliche Gesellschaftselemente gestärkt. Nichtsdestotrotz entwickelten sich rasch klare Vorstellungen über die Organisation einer internationalen Albanienhilfe: Neben einer Stabilisierungstruppe zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung sollten vor allem Finanzhilfe und Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen geleistet werden. In der UN-Resolution 1101 wurde die Albanienkrise als Bedrohung der Sicherheit und des Friedens in der Region charakterisiert und die Mitgliedstaaten autorisiert, eine Multinational Protection Force — unter der Führung Italiens — zur Sicherung humanitärer Hilfe und internationaler Organisationen nach Albanien zu entsenden. Nach Kapitel VII der UN-Charta wurde die Truppe auch zur Gewaltanwendung berechtigt, um gegebenenfalls die vorhin genannten Ziele bzw. die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der MPF durchzusetzen. Gleichzeitig wurde eine zivile OSZE-Präsenz in Albanien eingerichtet, die den "coordination framework", den Rahmen für andere internationale Organisationen, bieten sollte und überdies

demokratiepolitische Maßnahmen wie die Vorbereitung der geplanten Neuwahlen im Juni übernahm. Die EU wiederum leistete humanitäre und wirtschaftliche Hilfe.

Die schließlich unter internationaler Aufsicht durchgeführten Parlamentswahlen bescherten der Sozialistischen Partei einen fulminanten Wahlsieg und der Demokratischen Partei eine bittere Niederlage. Von den 155 Abgeordneten stellen die Demokraten nur noch 23, die Sozialistische Partei 101, die Mitte-Links-Koalition insgesamt jedoch deutlich über zwei Drittel der Abgeordneten, wodurch diese auch Verfassungsänderungen beschließen kann. Internationale Beobachter beurteilten die Wahl zwar nicht als frei und fair, zumindest aber als unter den gegebenen Umständen akzeptabel. Nachdem Präsident Berisha zurückgetreten war und damit die Konsequenz aus der schweren Niederlage der Demokratischen Partei gezogen hatte, wählte das Parlament den bisherigen Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Rexhep Mejdani, zum neuen Staatspräsidenten. Neuer Regierungschef wurde Fatos Nano.

Das internationale Krisenmanagement war nur eine halbe Lösung gewesen, da mit einer schwachen Schutztruppe eine zu schnelle Parlamentswahl durchgeführt worden war und nunmehr die auf Grund der Eile nicht vorhandene detaillierte Planung für die Zeit nach den Wahlen ein Zukunftsproblem darstellte. Die innenpolitischen Ereignisse nach den Wahlen wurden dem freien Spiel der "demokratischen" Kräfte überlassen — in einem Land ohne demokratische Kultur. Damit war das Krisenmanagement zwar kurzfristig und oberflächlich erfolgreich, langfristig aber nicht. Weder konnte der Staat innerhalb ruhiggestellt, noch konnten die Auswirkungen auf sein Umfeld nachhaltig beeinflusst werden. Als langfristige Hilfe hatte die internationale Gemeinschaft unmittelbar nach den Parlamentswahlen sowohl finanzielle Mittel für den Wiederaufbau der Wirtschaft, der Infrastruktur und der öffentlichen Verwaltung als auch Unterstützung bei der Entwicklung funktionsfähiger demokratischer Strukturen und Hilfe beim Aufbau adäquater Sicherheitsstrukturen zugesagt.

Im Land selbst begannen die Spezialeinheiten der Polizei gegen kriminelle Banden vorzugehen und die wichtigsten Verkehrsachsen unter ihre Kontrolle zu bringen. Keineswegs ging die Polizei jedoch gegen die zumeist regional strukturierte und oft eng mit lokalen Größen wie Politikern oder prästaatlichen Strukturen — den mächtigen Clans bzw. Familien — kooperierenden relevanten poststaatlichen Strukturen, gegen die organisierte Kriminalität vor. Der albanische Polizeiapparat ist wie große Teile der öffentlichen Verwaltung und Exekutive in weiten Teilen korrupt, demoralisiert und politisiert. Versuche, ihn zu reorganisieren, führten nur in Teilen zum Erfolg, denn in erster Linie ging es den neuen Machthabern darum — zumindest in den Führungsschichten — die Parteigänger Berishas zu entfernen und sozialistische Parteianhänger einzusetzen. Die alte albanische Regel, die eigene Klientel zu versorgen, wurde damit wieder einmal angewendet. Durch den Regierungswechsel kamen jedoch gleichzeitig Gruppen, die starke Bindungen zu prä- und poststaatlichen Strukturen Südalbanians haben, an die Macht und eröffneten diesen damit staatliche sowie internationale Verbindungen und Möglichkeiten.

Die Demokratische Partei versuchte hingegen unter allen Umständen, wieder an die Macht zu kommen, und nutzte aus diesem Grund jede nur erdenkliche Möglichkeit, um gegen die neue Regierung zu protestieren und das Land zu destabilisieren, während ihre Abgeordneten gleichzeitig aus verschiedensten Gründen fast permanent das, wie sie es nennen, "Parlament der Kalaschnikows" boykottierten. Die Situation eskalierte schließlich, als im September 1998 Azem Hajdari, führendes Mitglied der DP, von Unbekannten erschossen wurde. Anlässlich seines Begräbnisses brachten Anhänger der DP verschiedene Regierungsgebäude, das Parlament und das staatliche Fernsehen in ihre Gewalt. Es war jedoch nur ein schlecht vorbereiteter, eher spontan und stümperhaft durchgeführter Putsch des gewaltbereiten, Berisha treu ergebenen harten Kerns der Demokratischen Partei gewesen, der beim ersten ernsthaften Vorgehen der Polizei rasch in sich zusammenbrach. Ministerpräsident Fatos Nano trat dennoch nach diesen Ereignissen zurück, da er sich auch innerparteilich zunehmend nicht mehr durchsetzen konnte. Sein Nachfolger wurde der bisherige Generalsekretär der

Sozialistischen Partei, Pandeli Majko, der zumindest vorerst noch als Hoffnungsträger für die Stärkung des albanischen Staates und eine Normalisierung der politischen Verhältnisse angesehen werden kann.

Besondere Bedeutung hatte auch die Ende November durchgeführte Abstimmung über die neue albanische Verfassung. Bis zuletzt versuchte die DP, die Abstimmung zu verhindern, und rief ihre Anhänger zum Boykott auf. Und obwohl sich trotzdem knapp über 50 Prozent der Wahlberechtigten, von denen wiederum 93 Prozent der neuen Verfassung zustimmten, am Referendum beteiligten, hat die Beteiligung damit nicht eine Größenordnung erreicht, daß von einem Grundkonsens in der Gesellschaft ausgegangen werden kann, wie man es sich normalerweise von einem grundlegenden Rechtsdokument eines Staates erwarten müßte. Nichtsdestotrotz trat die neue Verfassung Ende November 1998 in Kraft.

Die Polarisation des Landes bleibt trotz einzelner Versuche eine Annäherung zwischen DP und SP zu initiieren jedoch aufrecht — ein politischer Dialog kommt nicht zustande.

Weiterhin verläuft eine starke Trennlinie nicht nur zwischen Nord- und Südalbanien, sondern auch durch die Köpfe der Albaner; das politische Denken wird von gut und böse, von Freund und Feind bestimmt. Ein gemeinsames staatliches oder nationales Denken ist praktisch nicht vorhanden, und so steht das Interesse der eigenen Klientel im Vordergrund. Deutlich wird auch, daß prästaatliche Strukturen bzw. familiäre Beziehungen ungebrochen eine entscheidende Machtbasis darstellen. Die albanische Politik wird weniger von ideologischen Gegensätzen als von den Auseinandersetzungen einzelner Clans und Familien sowie einer Trennung in Nord- und Südalbanien, einer Trennung zwischen Ghegen und Tosken, dominiert. Aber auch poststaatliche Elemente, kriminelle Organisationen, stellen einen wesentlichen Machtfaktor dar. Es ist zu befürchten, daß unter der Oberfläche scheinbarer Normalität vor allem diese immer mehr Macht an sich ziehen werden. Je länger an diesem Zustand nichts geändert wird, um so stärker werden die Abhängigkeiten und Schuldigkeiten, die vor allem in einem so traditionalistischen Land wie Albanien auch ungleich schwerer wieder zu lösen sein werden. Die Verflechtung prä-, post- und staatlicher Strukturen — eines der, wenn nicht das Grundübel dieses Landes — bleibt bestehen, und vor allem die Bedeutung poststaatlicher Akteure dürfte sehr zum Schaden des Landes, aber auch zum Schaden Westeuropas weiter steigen. Von Vorteil war die Schwäche Albaniens zuletzt nur, da Albanien trotz zunehmend nationalistischerer Töne im Zuge der Kosovokrise problemlos in die westliche Strategie eingefügt werden konnte.

Die internationale Gemeinschaft hat im wesentlichen drei zukünftige

Handlungsmöglichkeiten: entweder das Land seinem Schicksal zu überlassen und nach außen abzuschirmen, um Menschen-, Drogen- und Waffenschmuggel möglichst hintanzuhalten, die bisherige Politik im wesentlichen fortzusetzen oder ein Protektorat zu errichten. Vor allem Italien ist dabei wieder bereit und gewillt, eine Führungsrolle zu übernehmen, und gründete deshalb Ende September 1998 mit relevanten internationalen Partnern und Akteuren (23 Staaten und acht internationale Organisationen) unter Vorsitz der OSZE eine Art Kontakt-Gruppe ("Friends of Albania"), die die weitere Entwicklung des Balkanlandes unterstützen und koordinieren und dadurch gleichzeitig verhindern soll, daß die Situation neuerlich eskaliert.

Über den Autor:

Herwig Jedlaucnik, geboren 1969 in Klagenfurt, Politik- und Militärwissenschaftler, ist seit 1999 Hauptreferatsleiter Konfliktanalyse und Krisenmanagement am Institut für Internationale Friedenssicherung an der Landesverteidigungsakademie Wien. Sein Hauptforschungsgebiet: Konfliktanalyse und Krisenmanagement in Südosteuropa. Der Autor war zuvor zehn Jahre Berufssoldat und diente dabei nach Absolvierung der Militärakademie in der Aufklärungs-, Jäger- und Jagdkommandotruppe. Gleichzeitig absolvierte er das



Studium der Geschichts- und Politikwissenschaften, das er 1996 abschloß. 1997/98 arbeitete er am Institut für strategische Forschung und 1998/99 als Political Analyst für die European Community Monitoring Mission. Für die vorliegende Studie hielt sich der Autor 1997 und 1998 mehrere Monate lang in Albanien auf.

Der Verfasser dankt zahlreichen Freunden, Kameraden und Kollegen für ihre kritische Durchsicht des Manuskripts und konstruktiven Diskussionen. Weitere Kommentare, Anregungen und Kritiken schreiben Sie bitte an den Verfasser.

Herwig Jedlaucnik

Institut für Internationale Friedenssicherung

Landesverteidigungsakademie

Stiftgasse 2a

A-1070 WIEN

### Anmerkungen

1. Austria Presse Agentur (APA) 605 vom 13.3.1997.
2. Siehe detaillierter beispielsweise Michael Schmidt-Neke: Geschichtliche Grundlagen. In: Grothusen, Klaus-Detlev (Hrsg.): Albanien (Südosteuropa-Handbuch, Bd. VII, Göttingen 1993).
3. Gesetz über den Völkermord und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die während der kommunistischen Herrschaft aus politischen, ideologischen und religiösen Beweggründen begangen wurden, vom 22.9.1995 und das Gesetz über die Kontrolle des Ansehens von Amtsträgern und anderer Personen, die mit dem Schutz des demokratischen Staates zu tun haben, vom 30.11.1995.
4. 1996 wurden beispielsweise 35 Kandidaten der Sozialisten von den Parlamentswahlen ausgeschlossen (Boyne, Sean: Albanian communists paying for the past. In: Jane's Intelligence Review 10/1996, 439).
5. Gashi, Dardan; Steiner, Ingrid: Albanien: archaisch, orientalisches, europäisches (Wien 1994), 66.
6. Ebd., 82-84.
7. südlich des Shkumbin die Devoll-Kultur, nördlich davon die Mat-Kultur.
8. Patrilinear strukturierte, komplexe Familienform.
9. Kaser, Karl: Jede Menge Familie. Der patriarchale Haushalt im Modernisierungsprozeß. In: Eberhart, Helmut; Kaser, Karl (Hg.): Albanien: Stammesleben zwischen Tradition und Moderne (Wien, Köln 1995).
10. Gashi, Dardan; Steiner, Ingrid: Albanien: archaisch, orientalisches, europäisches (Wien 1994), 69.
11. Ebd.
12. Schwandner, Stephanie: Freund, Feind und Ehre. In: Eberhart, Helmut; Kaser, Karl (Hg.): Albanien: Stammesleben zwischen Tradition und Moderne (Wien, Köln 1995), 118.
13. Dabei ist in Nordalbanien der Dukagjini-Kanun, in Südostalbanien der Korces-Kanun und in Südwestalbanien der Vlores-Kanun von besonderer Relevanz.
14. Siehe beispielsweise die Darstellung der heutigen Anwendung des Kanun von Lek Dukagjini: Del Re, Emanuela; Gustincich, Franz: Pane, sale e cuore (Lecce 1993).
15. Schwandner, Stephanie: Freund, Feind und Ehre. In: Eberhart, Helmut; Kaser, Karl (Hg.): Albanien: Stammesleben zwischen Tradition und Moderne (Wien, Köln 1995), 130.
16. Ebd.
17. Die von Sali Berisha dominierten Machtstrukturen sind aber nicht durch seinen Clan — der an sich selbst in Nordalbanien von untergeordneter Bedeutung ist — erklärbar.

- Vielmehr hatte Berisha ein Patronagesystem aufgebaut in dem natürlich seine Familienmitglieder eine besondere Rolle spielten. Daher befand und befindet sich sein zentraler Machtbereich auch nicht im Raum Tropoja (Heimatort) bzw. Purka (Hauptsiedlungsgebiet der Berishas), sondern in Shkoder. Tropoja beispielsweise wird vom verfeindeten und sozialistischen Haklaj-Clan dominiert.
18. Der Rheinische Merkur vom 2.9.1994, Nachts kommt der Schmuggler über den See; Vgl. auch Die Presse vom 2.4.1997, Die albanische Ratlosigkeit. Ursachen und Folgen des Chaos.
  19. Der Spiegel 12/1997, Selbstmord einer Nation, 148.
  20. Schwandner, Stephanie: Freund, Feind und Ehre. In: Eberhart, Helmut; Kaser, Karl (Hg.): Albanien: Stammesleben zwischen Tradition und Moderne (Wien, Köln 1995), 128.
  21. Gashi, Dardan; Steiner, Ingrid: Albanien: archaisch, orientalisches, europäisch (Wien 1994), 66.
  22. Milivojevic', Marko: The "Balkan Medellin". In: Jane's Intelligence Review 2/1995, 68-69.
  23. Dazu wurden die vorhandenen prästaatlichen Strukturen zwischen Albanern diesseits und jenseits (v.a. in Montenegro) der Grenze genutzt.
  24. Karpati-Clan.
  25. NZZ vom 8.1.1998: Berat kehrt zur Normalität zurück.
  26. "Das Geschäft mit der Prostitution war nur der Anfang". Italiens oberster Mafia-Jäger, Piero Luigi Vigna, über die Auswirkungen der albanischen Wirren auf das organisierte Verbrechen. In: Die Weltwoche vom 3.4.1997.
  27. Derzeit arbeiten ungefähr 30.000 Albanerinnen als Prostituierte in Europa (Albanian National Human Development Report 1998, 8).
  28. Albanian Daily News vom 21./22.6.1997: Albanian Mafia circulates Dollar 7.7 bn, says study.
  29. Schmidt-Neke, Michael: Die albanischen Parlamentswahlen vom 26. Mai 1996: Geburtsstunde eines autoritären Systems? In: Südosteuropa 8/1996, 567-588.
  30. Archiv der Gegenwart vom 16.6.1996, Albanien, 41152.
  31. Archiv der Gegenwart vom 20.10.1996, Albanien, 41523.
  32. Mitte des Jahres hatten IWF und Weltbank hingegen Albanien noch als "textbook example of transition management" bezeichnet (Euromoney Publications/Central/Eastern Europe vom 29.5.1996: A textbook example in transitional management).
  33. Xhudo, Guz: What brought anarchy to Albania? In: Jane's Intelligence Review 6/1997, 262.
  34. APA 218 vom 14.3.1997.
  35. Gjergj, Pilika: Is the pyramid scheme dangerous? In: Albanian Observer 10/1996, 1.
  36. Albanian National Human Development Report 1998, 21.
  37. Mappes-Niediek, Norbert: Mafiosi, Schieber und Betrüger. In: Die Zeit vom 21.2.1997.
  38. So erfolgte beispielsweise die Motorisierung Albaniens — immerhin stieg die Anzahl der Privatautos innerhalb von sechs Jahren von zirka 5.000 auf 500.000 an — großteils (nach albanischen Quellen über 80 Prozent) durch in Westeuropa gestohlene Fahrzeuge (Albanian love affair with German luxury cars. In: Albanian Observer 5/1997, 30).
  39. Economy "beating" politics. In: Albanian Observer 11/1996, 3. Vgl. auch Stefani, Andrea: Banks betray usuries. In: Albanian Observer 1/1997, 6.
  40. Albanian National Human Development Report 1998, 20.

41. Reuters News Service vom 27.1.1997: Chronology of events in Albanian pyramid scandal.
42. Gjergj, Pilika: Apocalypse now. In: Albanian Observer 1/1997, 3.
43. Chronology of the main events in the scandal. In: Albanian Observer 2/1997, 3.
44. Archiv der Gegenwart vom 26.1.1997, Albanien, 41759.
45. Interview des Verfassers mit Seit Hasani (Dep. Director of Defence Policy/Ministry of Defence Albania) am 20.10.1997 in Reichenau.
46. APA 188 vom 3.3.1997.
47. Albanian National Human Development Report 1998, 7.
48. APA 433 vom 7.3.1997.
49. Unveröffentlichte Unterlage der OSZE für Wahlbeobachter.
50. Siehe dazu auch: Pettifer, James: The rise of the Klefocracy. In: The World Today 1/1997, 13-15.
51. Albanian National Human Development Report 1998, 28.
52. Chronology of the main events in the scandal. In: Albanian Observer 2/1997, 3.
53. Interview mit Fatos Nano vom 27.8.1997, zitiert in: Almond, Mark: Kehrtwendung in Albanien. In: Europäische Rundschau 4/1997, 84.
54. Chronology of the main events in the scandal. In: Albanian Observer 2/1997, 3.
55. Kaser, Karl: Hirten, Kämpfer, Stammeshelden. Ursprünge und Gegenwart des balkanischen Patriarchats (Wien 1992).
56. Eberhart, Helmut; Kaser, Karl (Hg.): Albanien: Stammesleben zwischen Tradition und Moderne (Wien 1995)
57. Chronology of the main events in the scandal. In: Albanian Observer 2/1997, 3-5.
58. Archiv der Gegenwart vom 27.1.1997, Albanien, 41760.
59. Chronology of the main events in the scandal. In: Albanian Observer 2/1997, 5.
60. Archiv der Gegenwart vom 27.2.1997, Albanien, 41843-41844.
61. Archiv der Gegenwart vom 12.3.1997, Albanien, 41871.
62. APA 382 vom 20.2.1997.
63. APA 188 vom 3.3.1997.
64. Schwandner, Stephanie: Freund, Feind und Ehre. In: Eberhart, Helmut; Kaser, Karl (Hg.): Albanien: Stammesleben zwischen Tradition und Moderne (Wien, Köln 1995), 118.
65. Die Presse vom 2.4.1997: Die albanische Ratlosigkeit. Ursachen und Folgen des Chaos.
66. So waren zwischen 1992 und 1996 angeblich 13.000 Offiziere aus der Armee entlassen worden (BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 18.12.1998: Albania: Defence budget faces cuts in 1999).
67. Kocia, Xhevat: Interview. In: Albanian Daily News vom 9.5.1997: Berisha gave weapons to us to make a civil war.
68. "Der bewaffnete Konflikt ist jegliche Manifestation von Machtwidersprüchen zwischen politischen Gemeinschaften, die durch den Einsatz von bewaffneten Kräften gekennzeichnet ist." (Gustenau, Gustav E.: Zum Begriff des bewaffneten Konflikts. In: ÖMZ 1/1992, 45).
69. Gazeta Shqiptare vom 30.1.1998. In: BBC Monitoring Summary of World Broadcasts vom 2.2.1998: Large quantities of army's mercury may have been sold to Iraq. Vgl. auch Albanian Daily News vom 13.5.1997: Albania has sold 100.000 AK-47s, says paper.
70. Die Zeit vom 21.3.1997, Ein Land aus anderer Zeit.
71. Almond, Mark: Kehrtwendung in Albanien. In: Europäische Rundschau 4/1997, 83.
72. 1997 wurde Mord zum weitverbreitetsten Gewaltverbrechen, konkret 51 Prozent. Immerhin weitere 33 Prozent entfielen auf Mordversuch. Vor allem in Vlora, aber

- auch in Tirana und den anderen größeren Städten erreichte die Mordrate bisher unvorstellbare Ausmaße (Albanian National Human Development Report 1998, 41).
73. Der Spiegel 12/1997, Selbstmord einer Nation, 149.
  74. Almond, Mark: Kehrtwendung in Albanien. In: Europäische Rundschau 4/1997, 82-85.
  75. APA 266 vom 3.3.1997.
  76. APA 057 vom 6.3.1997.
  77. APA 709 vom 4.3.1997.
  78. Chronology of unrest. In: Albanian Observer 3-4/1997, 3.
  79. APA 552 und 588 vom 3.3.1997.
  80. APA 175 vom 2.3.1997.
  81. APA 588 vom 3.3.1997.
  82. Chronology of unrest. In: Albanian Observer 3-4/1997, 3.
  83. Der Standard vom 5.3.1997, Albanische Rebellen stürmen Marinestützpunkt.
  84. Chronology of unrest. In: Albanian Observer 3-4/1997, 5-6.
  85. Der Standard vom 8./9.3.1997, Weiter Patt zwischen Albanien Staatschef und Aufständischen.
  86. Chronology of unrest. In: Albanian Observer 3-4/1997, 6.
  87. APA 646 vom 11.3.1997.
  88. Siehe Military Balance 1996/1997.
  89. NZZ vom 15.3.1997, Anarchie in Albanien.
  90. Archiv der Gegenwart vom 12.3.1997, Albanien, 41870.
  91. Archiv der Gegenwart vom 12.3.1997, Albanien, 41875-41876.
  92. APA 687 vom 11.3.1997.
  93. APA 729 vom 11.3.1997 und APA 042 vom 13.3.1997.
  94. Am 12. März wurden zeitgleich und offensichtlich organisiert verschiedene Waffenlager geplündert.
  95. APA 162 vom 12.3.1997.
  96. APA 605 vom 13.3.1997.
  97. Die Zeit vom 21.3.1997, Ein Land aus anderer Zeit.
  98. APA 354 vom 19.3.1997.
  99. Manousakis, Gregor M.: Vor einem Dritten Balkankrieg? In: Europäische Sicherheit. Vgl. auch Schmidt-Neke, Michael; Schwierige Nachbarschaft: Albanien zwischen Griechenland und Makedonien. In: Südosteuropa 11-12/1994, 682-683.
  100. Hoppe, Hans Joachim: Bedrohungs- und Sicherheitsperzeption in Albanien (Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 49/1993), 5.
  101. Detailliert: Jedlaucnik, Herwig; Die Mission Alba. Europäisches Krisenmanagement im Land der Skipetaren. In: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) 4/1999, 425-432
  102. APA 655 vom 3.4.1997.
  103. Der Standard vom 12./13.4.1997, Albaner-Schutztruppe wird nicht entwaffnen.
  104. Quelle: OSZE.
  105. APA 665 vom 3.4.1997.
  106. Vranitzky, Franz: Erklärung vor dem Hauptausschuß des Nationalrates am 22.4.1997. In: Parlamentskorrespondenz vom 23.4.1997.
  107. Grubmayer, Herbert: Versuch der Stabilisierung nach dem Pyramidenspiel. Vortrag vom 3.3.1998 in Wien.
  108. Shehu, Tritan (Vorsitzender der DP); zitiert in APA 578 vom 25.4.1997.
  109. Grubmayer, Herbert: Versuch der Stabilisierung nach dem Pyramidenspiel. Vortrag vom 3.3.1998 in Wien.

110. APA 273 vom 8.5.1997.
111. Grubmayer, Herbert: Stabilität in Albanien — der europäische Beitrag. Vortrag vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 11.12.1997 in München.
112. Vranitzky, Franz: Erläuterungen im Zuge eines "Sicherheitspolitischen Meinungsaustauschs über Krisenmanagement am Beispiel Südosteuropa" am 21.4.1998 in Wien.
113. Babbit, Eileen; Susskind, Lawrence: Overcoming the obstacles to effective mediation of international disputes. In: Bercovitch, Jacob; Rubin, Jeffrey Z. (Hg.): Mediation in international relations: Multiple approaches to conflict management, 48.
114. APA 570 vom 9.5.1997.
115. NZZ vom 10.5.1997, Wahlen in Albanien am 29. Juni.
116. APA 260 vom 14.5.1997.
117. Bulletin EU 5-1997 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (4/16). In: <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/9705/p104004.htm>.
118. Grubmayer, Herbert: Stabilität in Albanien — der europäische Beitrag. Vortrag vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 11.12.1997 in München.
119. APA 285 vom 22.5.1997.
120. Schreiben von Brian Pridham an Gerard Stoudmann. In: Gazeta Shqiptare vom 14.6.1997, Zgjedhje gjysem te gateshme.
121. Grubmayer, Herbert: Stabilität in Albanien — der europäische Beitrag. Vortrag vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 11.12.1997 in München.
122. Quelle: BmaA.
123. APA 659 vom 18.6.1997.
124. APA 654 vom 4.6.1997.
125. Der Standard vom 6.6.1997: Auf der Suche nach Sündenböcken. Vgl. auch Albanian Daily News vom 9.6.1997: Seven explosions last week in Tirana.
126. Quellenkritisch anzumerken ist aber, daß dem Helsinki-Komitee auch Albaner angehören, deren Zielsetzungen undurchsichtig sind. Jedenfalls sind die Berichte des Helsinki-Komitee DP-lastig.
127. APA 500 vom 4.6.1997.
128. APA 507 vom 17.6.1997.
129. APA 655 vom 18.6.1997.
130. APA 158 vom 22.6.1997.
131. APA 472 vom 23.6.1997.
132. APA 233 vom 24.6.1997.
133. APA 413 vom 27.6.1997.
134. APA 097 vom 25.6.1997.
135. Vgl. <http://194.108.154.175/inst/secret/missions/albania.htm>.
136. Grubmayer, Herbert: Versuch der Stabilisierung nach dem Pyramidenspiel. Vortrag vom 3.3.1998 in Wien.
137. Grubmayer, Herbert: Stabilität in Albanien — der europäische Beitrag. Vortrag vor der Bundesakademie für Sicherheitspolitik am 11.12.1997 in München.
138. APA 444 vom 30.6.1997.
139. Vgl. <http://194.108.154.175/inst/secret/missions/albania.htm>.
140. APA 200 vom 29.6.1997.
141. APA 542 vom 1.7.1997.
142. Berisha, Sali: Statement to Radio Koha von 30.6.1997.
143. APA 527 vom 1.7.1997.
144. Beispielsweise Innenminister Belul Celu, Polizeichef Agim Shehu, der Kommandant der Republikanischen Garde, Xhait Xhaferri (Albanian Daily News vom 2.7.1997: Top police chief fled Albania after Democrat's defeat), mehrere hohe

Offiziere des Geheimdienstes Shik — deren Chef Bashkim Gazidede bereits vor Monaten geflohen war — sowie einige Richter und Staatsanwälte (APA 185 vom 1.7.1997).

145. Albanien. In: Archiv der Gegenwart vom 24.7.1997, 42201.
146. Reuters News Service vom 2.7.1997: Albanian president confronts PM on security forces.
147. Interviews des Verfassers mit OSZE-Wahlbeobachtern, 29. und 30.6.1997.
148. Zuletzt wurde Leka mit Teilen der UCK (bzw. deren rechten Flügel) in enge Verbindung gebracht. Ob es sich dabei aber nur um wirtschaftliche Kontakte (Leka ist Waffenhändler) oder aber auch um politische Zukunftspläne handelt, ist noch nicht sicher zu beantworten.
149. APA 009 vom 7.7.1997.

- Albanien. In: Archiv der Gegenwart vom 24.7.1997, 42202.
- APA 005 vom 8.7.1997.
- APA 479 vom 23.7.1997.
- United Nations Development Program.
- Albanian National Human Development Report 1998, 48.
- APA 525 vom 23.7.1997.
- APA 028 vom 10.8.1997.
- APA 482 vom 12.8.1997.
- Jane's Defence Weekly vom 20.8.1997: Force withdraws final personnel from Albania.
- APA 542 vom 12.8.1997. Vgl. auch APA 011 vom 15.8.1997.
- APA 189 vom 9.7.1997.
- Der Standard vom 10.7.1997: Paketlösung für Albanien in Vorbereitung. Vgl. auch APA 462 vom 16.7.1997.
- APA 423 vom 31.7.1997.
- APA 123 vom 30.7.1997.
- APA 057 vom 28.9.1997.
- Reuters News Service vom 31.7.1997: Konferenz stellt Bedingungen für Albanien-Hilfe.
- APA 285 vom 2.10.1997.
- APA 508 vom 17.10.1997.
- APA 618 vom 17.10.1997.
- Albanische Blätter 1/1998: Orden für Vranitzky.
- The World Bank Group: Albania. In: <http://www.worldbank.org/html/extdr/offrep/eca/alb2.htm>.
- APA 579 vom 22.10.1997.
- APA 655 vom 22.10.1997.
- APA 508 vom 17.10.1997.
- APA 435 vom 17.7.1997.
- European Community Monitoring Mission
- OSZE-Newsletter 4/1998: Die OSZE-Präsenz in Albanien: "Eine beachtliche Erfolgsstory".
- APA 285 vom 2.10.1997.
- APA 509 vom 16.7.1997.
- APA 45 vom 7.4.1998.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 20.7.1998: Albania: NATO to continue assisting Albanian army: In: Albania: A case study in the practical

implementation of Partnership for Peace. In:  
<http://www.nato.int/docu/review/1998/9802-07.htm>.

- APA 176 vom 28.3.1998.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 1.3.1999: Albania: Parliament approves military agreement with Turkey.
- BBC Monitoring Summary of World Broadcasts vom 3.4.1998: Albania: Ministers meets Turkish military delegation.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 30.12.1998: Albania: Turkey, Italy to help rebuild Republican Guard; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 2.6.1999: Albania: Turkish army begins training Albanian Republic Guards.
- Griechenland ist hauptsächlich in den Bereichen Erziehung, Kultur und Religion tätig. In der Sicherheitspolitik setzt es sein Schwergewicht im Bereich der albanischen Polizeikräfte.
- Athens News Agency (ANA)vom 11.2.1998: Albania: Greek force in Albania will stay.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 1.1.1999: Albania: Greek Defence Minister hands over 1M dollars in aid for army.
- Jane`s Information Group vom 1.2.1998: Albania: Pointers-rivals courted to help rebuild discredited army.
- Vgl. auch ASMZ 12/1998; Italien: Hilfeleistung der italienischen Streitkräfte in Albanien.
- Die Ostzusammenarbeit (OZA) des Bundeskanzleramtes mit Albanien (unveröffentlichtes Arbeitspapier, Juli 1998).
- Vranitzky wurde von 78 Parlamentariern aus Albanien, Mazedonien und Bulgarien für sein erfolgreiches Wirken als OSZE-Sonderbeauftragter für Albanien am 28. Oktober beim Nobel-Komitee für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.
- APA 094 vom 28.10.1997.
- Vranitzky, Franz: Interview im ORF-Mittagsjournal am 30.10.1997, zitiert in: APA 464 vom 30.10.1997.
- Wie Mitte 1996, als der IWF und die Weltbank Albanien als "textbook example of transition management" bezeichneten.
- Vranitzky, Franz: Interview im ORF-Mittagsjournal am 30.10.1997, zitiert in: APA 464 vom 30.10.1997
- APA 097 vom 5.8.1997.
- Der Standard vom 13.10.1997: Albanien`s Polizei greift durch.
- Insgesamt kamen im Zuge der Unruhen 1997 ungefähr 2.000 Menschen ums Leben (Albanian National Human Development Report 1998, 36).
- NZZ vom 8.1.1998: Berat kehrt zur Normalität zurück.
- APA-OTS 120 vom 10.9.1997. Vgl. auch APA 569 vom 10.9.1997.
- Die Presse vom 20.4.1998: Maultiere und die Polizei.
- Dieser Raum wird auch von Albanern als "outlaw area" bezeichnet.
- Diese Berichte wurden auch bei einer Fact finding-Mission im August/September 1998 durch zahlreiche albanische und internationale Gesprächspartner sowie persönliche Eindrücke bestätigt.
- Reuters News Service vom 12.8.1998: Albania: Ethnic Albanians find back door to Western Europe.
- Die Hauptdrogenroute verläuft derzeit vom Iran und der Türkei kommend über Bulgarien und Mazedonien, die Nebenroute über Griechenland nach Albanien.
- Interview des Verfassers mit Rehani Memushi (Polizeidirektor von Vlora), 27.8.1998 in Vlora, sowie mit Ali Lacaj (Präfekt von Shkoder), 26.8.1998 in Shkoder.

- Anfang April 1998 gab Innenminister Neritan Ceka bekannt, daß in den vergangenen acht Monaten — also seit der Machtübernahme durch die Sozialisten — 75 Polizisten von Kriminellen ermordet und 160 weitere verletzt worden waren.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 9.1.1998: Politicians, policemen call for bill to protect police.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 22.7.1998: Albania: Special troops protest at low salaries, difficult conditions.
- Albanian Telegraphic Agency (ATA) vom 15.2.1999: Albania: Ships of navy district resume sea patrol.
- Jane's Intelligence review 11/1997: Albania: Pointers - Albania - Albanian high command forces new officer purge.
- Siehe beispielsweise APA 397 vom 22.8.1997. Vgl. auch APA 396 vom 3.9.1997.
- APA 108 vom 17.1.1998.
- APA 483 vom 16.1.1998.
- Siehe auch British Helsinki Human Rights Group: Albania 1997: Politics and Purges. In: [http://www.bhhrg.org/albania/albania 1997/judiciary.ht](http://www.bhhrg.org/albania/albania%201997/judiciary.ht). Obwohl die British Helsinki Human Rights Group auf Grund ihrer rechts-konservativen Grundhaltung (zumindest in ihrer Albanienberichterstattung) nur eine bedingt objektive Quelle ist, bestätigen auch andere Beobachter in diesem Aspekt ihre Beurteilungen. Vgl. auch Interviews des Verfassers mit Vertretern diverser internationaler Organisationen und Akteure, August/September 1998 in Tirana.
- British Helsinki Human Rights Group: Information and the media face new controls. In: [http://www.bhhrg.org/albania/albania 1997/media.ht](http://www.bhhrg.org/albania/albania%201997/media.ht).
- Zuletzt gab es erfreulicherweise Anzeichen für eine regierungsunabhängigere Berichterstattung des staatlichen Senders.
- Interview des Verfassers mit Remzi Lani (Albanian media institute), 25.8.1998 in Tirana.
- Interviews des Verfassers mit Vertretern des Albanian NGOs Forum und Remzi Lani (Albanian Media Institute), 25.08.1998 in Tirana sowie mit Nikolle Lesi (Koha Jone), 28.8.1998 in Tirana.
- APA 624 vom 19.9.1997.
- APA 024 vom 21.9.1997.
- APA 179 vom 21.9.1997.
- APA 323 vom 20.9.1997.
- APA 311 vom 21.9.1997.
- APA 532 vom 22.9.1997.
- APA 442 vom 20.10.1997.
- Orden für Vranitzky. In: Albanische Blätter 1/1998, 15.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 16.1.1998: Daily accuses socialists of organizing crime, terrorism.
- BBC Monitoring Service: Central Europe and Balkans vom 9.1.1998: Constitutional Committee official says going slow for opposition to catch up.
- APA 168 vom 16.1.1998.
- APA 699 vom 21.1.1998.
- Anderen Quellen zufolge hatte es sich nur um zirka 30 Personen gehandelt (Interview des Verfassers mit OSZE-Vertretern am 26.8.1998 in Shkoder).
- APA 005 vom 23.2.1998. Vgl. auch APA 256 vom 24.2.1998.
- NZZ vom 25.2.1998, Verhärtete Fronten in Albanien.
- APA 208 und 598 vom 25.2.1998.
- APA 150 vom 26.2.1998.
- Beispielsweise APA 329 vom 3.9.1998.



- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 23.9.1997: Albania: Socialist leader urges shift to centre-right; Nano, Fatos: Vortrag am 22.6.1998 in Wien.
- Diese der lokalen und gesamtstaatlichen zwischengeschaltete Ebene wird von der Regierung personell besetzt.
- APA 181 vom 15.4.1998.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 16.4.1998: Interior minister under fire from parliament, ruling party.
- APA 094 vom 18.4.1998.
- NZZ vom 20.4.1998: Albanien: Konfusion um Neubildung der Regierung in Albanien.
- APA 321 vom 16.4.1998.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 27.4.1998: Defence Ministers resigns.
- British Helsinki Human Rights Group: Albania 1998: Partial local elections. In: [http://www.bhhrg.org/albania/albania\\_1997/judiciary.ht](http://www.bhhrg.org/albania/albania_1997/judiciary.ht).
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 23.5.1998: Albanien: Opposition protests against exclusion from electoral commission.
- Die Presse vom 30.7.1998: Albanien: Mord-Vorwürfe an Albanien's Regierung.
- NZZ vom 7.8.1998: Entwurf einer neuen Verfassung in Albanien.
- Neben Armee-, Geheimdienst- und Polizeioffizieren vor allem Ex-Verteidigungsminister Safet Zhulali und Ex-Innenminister Blerim Cela.
- Den Verhafteten wird nicht nur vorgeworfen, geplant zu haben, die Armee gegen die Bevölkerung, sondern auch chemische Waffen gegen die Aufständischen einzusetzen (Albanian Daily News vom 26.8.1998: Prosecutors says DP wanted to use chemicals in last year's protests; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 28.8.1998: Albania: Prosecutor reveals officials plan to poison Vlore citizens during 1997 unrest). Obwohl das für westeuropäische Beobachter wahnwitzig und wie eine altkommunistische Verschwörung wirkt, bestätigen auch seriöse Offiziere aus dem albanischen Verteidigungsministerium, daß die Vorwürfe glaubwürdig sind (Quelle: Interview des Verfassers mit aktiven und ehemaligen Offizieren der albanischen Armee, 25.8.1998 und 29.8.1998 in Tirana).
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 14.9.1998: Albania: Opposition demands premier's resignation.
- Reuters News Service vom 10.9.1998: Albania: Albania opposition threatens force against government.
- Beispielsweise: BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 29.8.1998: Albania: Explosion rocks southern town — no casualties reported; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 31.8.1998: Albania: Police checkpoint shelled in Gjirokaster.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 3.9.1998: Albania: Armed men block road in South; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 4.9.1998: Albania: Public order minister pledges to stamp out violence.
- APA 556 vom 2.9.1998.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 10.9.1998: Albania: Daily accuses government of terrorism, crimes.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 5.9.1998: Albania: Ruling party invites opposition to round table.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 15.9.1998: Albania: Opposition leader rejects freeze on trials, threatens violence-daily.
- Interview des Verfassers mit Nikolle Lesi (Koha Jone), 28.8.1998 in Tirana.

- Reuters News Service vom 12.9.1998: Albania: Albanian opposition leader gunned down in Tirana. Gemutmaßt wurde auch, daß dies im Auftrag des Haklaj-Clan geschah.
- TAZ vom 15.6.1998: Albanien: Der Poker mit der albanischen Frage.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 29.1.1998: Albania: Former minister questioned on 1991 killings; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 5.2.1998: Albania: Former communist leader back in prison on murder charges.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 30.11.1998: Albania: Trade union threatens strike action over internal "corruption".
- Reuters News Service vom 17.1.1997: Albanian revolution leader says PM must resign.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 17.1.1998: Albania: Ruling party expels deputy from parliamentary group.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 19.2.1998: Albania: Opposition tried to provoke confrontation with police-minister.
- Interview des Verfassers mit Vertretern der ECMM, 27.8.1998 in Tirana.
- Die Presse vom 28.4.1998: Albanien: Wo sich Flucht- und Schmuggelwege kreuzen.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 15.9.1998: Albania: Ethnic Albanian parties condemn murder of Albanian opposition leader.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 25.8.1998: Albania: Police said to be incapable of controlling situation in north.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 15.9.1998: Albania: Protesters killed in Tirana, "destabilizing incidents" elsewhere.
- Einige Offiziere der Republikanischen Garde wurden inzwischen sogar wegen dem Verdacht den Putsch unterstützt zu haben angeklagt. Offensichtlich hatten sich in den Garden auch nach der Machtübernahme durch die SP militante DP-Anhänger halten können. In diesem Zusammenhang müssen auch die zuletzt forcierten Anstrengungen Italiens und der Türkei die Republikanischen Garden zu reformieren, beachtet werden (BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 30.12.1998: Albania: Turkey, Italy to help rebuild Republican Guard; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 2.6.1999: Albania: Turkish army begins training Albanian Republic Guards).
- Der Standard vom 15.9.1998: Albanien steht vor dem Ausbruch eines neuen Bürgerkrieges.
- NZZ vom 15.9.1998: Albanien: Gegenschlag der albanischen Regierung; Der Standard vom 15.9.1998: Albanien steht auf der Schwelle zu einem neuen Bürgerkrieg.
- NZZ vom 16.9.1998: Albaniens Regierung wieder fit im Sattel.
- Die Presse vom 16.9.1998: Gespannte Ruhe in Tirana — Nano fordert Aushändigung von Waffen; Der Standard vom 19./20.9.1998; Immunität Berishas wurde aufgehoben.
- APA 247 vom 19.9.1998.
- NZZ vom 17.9.1998; Neue Kampfansage Berishas an die Regierung.
- APA-OTS vom 15.9.1998; EU und WEU verurteilten.
- Reuters vom 19.9.1998; Albanien; OSZE weist Berisha Schuld zu.
- APA-OTS vom 15.9.1998; Albanien; Ratspräsident Schüssel ruft Albanien zu All-Parteien-Gesprächen auf.
- Xinhua News Agency News Bulletin vom 15.9.1998; Albania; Kinkel, Dini call for new international police mission in Albania.
- APA-OTS vom 16.9.1998; Österreich; Ernennung eines Sonderbeauftragten der EU-Präsidentschaft für Albanien.

- Österreich ist übrigens der einzige WEU-Beobachter, der in der schon seit über zwei Jahren in Albanien aktiven WEU-Mission MAPE durch Nichtteilnahme glänzt.
- APA 622 vom 25.9.1998.
- Reuters News Service vom 15.9.1998; Italy; Focus-Italy tells Albania violence not the answer.
- APA 412 vom 25.9.1998.
- Auch Staatspräsident Meidani mußte während der Unruhen im staatlichen Fernsehen eingestehen, nicht den Aufenthaltsort des Ministerpräsidenten zu kennen (Der Spiegel vom 21.9.1998; Albanien: Rückfall in die Anarchie).
- BBC Monitoring Summary of World Broadcasts vom 22.9.1998; Albania: Daily says premier "took refugee" in Macedonia during riots.
- APA 004 vom 29.9.1998.
- Kommentar in Koha Jone vom 29.9.1998. Zitiert in; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 1.10.1998; Albania: Outgoing premier "victim of his own policies" - Press report.
- Vgl. auch Schmidt-Neke, Michael; Regierungswechsel in Albanien: die Rückkehr der Krise. In: Südosteuropa 10-11/1998, 515-535.
- Die Presse vom 1.10.1998; Keine Entspannung nach Regierungswechsel in Tirana; Der Standard vom 3./4.10.1998; Albanien: Neuer Premier bestätigt.
- BBC Monitoring European - Political vom 7.10.1998; Albania; Albanian premier says fight against corruption especially important.
- Arben Malaj wird beschuldigt, an diversen Schmuggelaktivitäten beteiligt gewesen zu sein.
- TAZ vom 21.11.1998; Showdown in Albanien.
- Die Presse vom 31.10.1998; Unterstützung, Geld und Polizei für die neue Generation in Albanien.
- Insbesondere die Artikel 10, 20 und 41, in der Religionsfreiheit, Minderheitenrechte sowie Fragen der Bodenrechte und staatlicher Enteignungsmöglichkeiten geregelt sind, standen im Mittelpunkt der Kritik. Die DP warf der SP dabei nicht nur progriechische und griechisch-orthodoxe Tendenzen vor, sondern unterstellte ihr auch die gezielte Zerstörung der albanischen Identität und Nationalität.
- BBC Monitoring Service; Central Europe & Balkans vom 14.11.1998; Albania; Police fail to react to armed incident in the north.
- BBC Monitoring Service; Central Europe & Balkans vom 16.11.1998; Albania; Judge says bomb attack against him was politically motivated.
- Reuters News Service vom 20.11.1998 Albania; Albanian referendum overshadowed by violence.
- Reuters News Service vom 20.11.1998; Albania; Albania envoy said to receive death threats.
- Wie dargelegt, hat die DP auf Grund der Wahlergebnisse vom Herbst 1996 weiterhin auf lokaler Ebene fast im gesamten Land die politische Macht inne.
- Reuters News Service vom 27.11.1998; Große Mehrheit für neue albanische Verfassung.
- APA 426 vom 23.11.1998.
- Genc Pollo, Generalsekretär der DP, behauptete schlußendlich, daß die Beteiligung nicht über 35 Prozent betragen habe (Die Presse vom 4.12.1998; Westliche Haltung ermutigte zu Wahlmanipulationen).
- BBC Monitoring Service; Central Europe & Balkans vom 26.11.1998; Albania; Police says opposition rally in Tirana "illegal".
- Die Presse vom 17.12.1998; "Was zählt mehr — das Leben eines Ministers oder das eines Studenten?"

- Albanian Telegraphic Agency(ATA) vom 1.2.1999; Albania; Parliament, dilemma of Democratic Party.
- Eine positives Beispiel außerhalb staatlicher Strukturen stellt dabei die Albanische Gesellschaft für Konfliktlösung und Versöhnung dar, die versucht, Streitfälle innerhalb der albanischen Gesellschaft auf friedliche Art und Weise zu lösen bzw. zwischen Streitparteien zu vermitteln. Sie stellt damit eine Alternative zu den schlecht funktionierenden öffentlichen Gerichten, vor allem auch zur Anwendung der Blutrache dar.
- Siehe Kapitel "Nanos Herrschaft".
- Die poststaatlichen Strukturen Gjirocasters standen dabei angeblich in enger Verbindung mit dem Ministerpräsidenten der Übergangsregierung von 1997, Bashkim Fino.
- Von und nach Montenegro werden vor allem Waffen, Zigaretten, Drogen, gestohlene Autos, aber auch Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs geschmuggelt.
- Albanian National Human Development Report 1998, 43.
- Siehe Kapitel "Berishas Herrschaft".
- Die Presse vom 29.4.1999; Drogenzentrum Balkan.
- Fluchtwilige, die sowohl aus Albanien als auch aus Drittländern stammen, werden dazu gezwungen, kleinere Mengen Drogen auf ihrer Flucht mitzuführen, um sie bei der Aufnahme durch Fluchthelfer wieder abzugeben. Diese Vorgangsweise reduziert das Risiko der Drogenschmuggler selbst.
- Albanian Daily News vom 21./22.6.1997: Albanian Mafia circulates Dollar 7.7 bn, says study.
- BBC Monitoring Service; Central Europe & Balkans vom 3.6.1998; Albania; Albanian-Italian forces intercept four dinghies carrying refugees.
- Die Presse vom 27.4.1999; In den Bergen herrschen die Gesetze des Clans.
- Albanian Telegraphic Agency(ATA) vom 31.1.1999; Albania; Law should act with all its force throughout Albania.
- Die Schmuggler hatten dazu einige hundert Bewaffnete aus der Umgebung Vloras, die direkt oder indirekt vom Schmuggel leben, mobilisiert (NZZ vom 25.1.1999; Albanien; Revolte albanischer Menschenschmuggler).
- APA 488 vom 26.1.1999.
- Reuters News Service vom 4.3.1999; Albania; Ten die in shot-out with Albanian police.
- BBC Monitoring Service; Central Europe & Balkans vom 11.3.1999; Albania; Government to set up antiterrorist force to restore order.
- Reuters News Service vom 16.3.1999; Albania; US says Albania too passive on law enforcement.
- Siehe Kapitel "Berishas Herrschaft".
- Nur beispielsweise wurde der (eng mit der SP verbundene) Gangsterboß Cani aus Vlora von einem Gericht in Tirana Mitte 1999 freigesprochen. Seine Verhaftung Ende 1997 war noch als Zeichen der Normalisierung "gefeiert" worden (APA 097 vom 5.8.1997). Vgl. auch Kapitel "Nanos Herrschaft".
- Albanian National Human Development Report 1998, 43.
- APA 423 vom 11.11.1997.
- Offiziell leben 600.000 Albaner von umgerechnet 15 Dollar Sozialhilfe und 400.000 Pensionisten von 26 Dollar Rente.
- Diesbezüglich ist natürlich anzumerken, daß 50 Prozent der Bevölkerung unter 25 Jahre alt ist.
- Albanian National Human Development Report 1998, 35-45.
- Albanian National Human Development Report 1998, 20.

- ACER and World Bank; Governance and Corruption in Albania; The imperative of institutional reforms (unveröffentlichtes Arbeitspapier, Tirana Juni 1998).
- Angeblich werden nur 20 Prozent der Steuern bezahlt.
- BBC Monitoring Service; Central Europe & Balkans vom 14.9.1998; Albania: Premier backs moves to end punishment for political crimes.
- Interview mit Fatos Nano. In: La Repubblica vom 10.12.1997; Nano elogia l'Italia "Si ai rimpatri forzati".
- Daß diese Kritik öffentlich geäußert wurde, läßt jedoch auf innerparteiliche Machtkämpfe schließen.
- APA 576 vom 5.2.1998.
- APA 176 vom 29.3.1998.
- NZZ vom 28.5.1997; Chance für einen Neubeginn in Albanien.
- ACER and World Bank; Governance and Corruption in Albania; The imperative of institutional reforms (unveröffentlichtes Arbeitspapier, Tirana Juni 1998).
- Interview des Verfassers mit Nikolle Lesi (Koha Jone), 28.8.1998 in Tirana.
- NZZ vom 3.3.1999; Akute Krisenstimmung in Albanien.
- Ebd.
- Vortrag von Fatos Nano am 22.6.1998 in Wien; Zur internationalen Irritation trug jedoch die gegensätzliche Haltung des aus dem Kosovo stammenden Staatspräsidenten Rexhep Mejdani bei, für den es nur "eine einzige Lösung geben kann, daß nämlich die Kosovo-Albaner nicht mehr länger unter serbischer Herrschaft leben" (APA 486 vom 20.8.1998).
- APA 562 vom 4.3.1998.
- Faktisch die gesamte albanische Regierung stammt von der südalbanischen Volksgruppe der Tosken ab.
- Neben dem Haklaj-Clan, der in diesem Raum dominierend sein dürfte.
- Beispielsweise APA 187 vom 22.8.1998.
- Zuletzt Reuters News Service vom 8.12.1998; Albania; Albania denies it trains Kosovo armed groups.
- TAZ vom 15.6.1998; Albanien; Der Poker mit der albanischen Frage.
- Beispielsweise APA 311 vom 6.6.1998; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 4.9.1998: Albania: Defence ministry warns against attacks on arms depots; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 16.10.1998: Albania: Armed gang attacks military unit in northern Albania.
- Vortrag von Fatos Nano am 22.6.1998 in Wien.
- APA 030 vom 27.5.1998.
- Beispielsweise APA 187 vom 22.8.1998.
- Beispielsweise APA 213 vom 18.7.1998.
- Der Standard vom 23.4.1998: Ruhe vor dem Sturm an der albanischen Grenze.
- Reuters News Service vom 27.4.1998: OSZE bezweifelt jugoslawische Vorwürfe an Albanien.
- Ebd.
- APA 709 vom 29.4.1998.
- APA 661 vom 30.4.1998 und 544 vom 6.5.1998.
- Beispielsweise durch die Übung "Co-operative Assembly".
- Nano hatte im Zuge des Balkangipfels mit Milošević Gespräche geführt — das erste Treffen auf höchster politischer Ebene zwischen den beiden Staaten seit 50 Jahren (APA 429 vom 4.11.1997). Dabei hatten die beiden erklärt, die Beziehungen normalisieren zu wollen (APA 007 vom 4.11.1997).
- APA 562 vom 4.3.1998.
- APA 562 vom 4.3.1998.

- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 8.10.1998: Albania: Foreign minister urges NATO action against serbs.
- Interview mit Pandeli Majko. In: Der Spiegel vom 5.10.1998, Albanien: "Wir brauchen Gespräche am runden Tisch".
- Siehe Kapitel "Die neue Führung".
- Reuters News Service vom 4.2.1999: USA: Interview — premier confident of U.S. help for Albania.
- Reuters News Service vom 9.2.1999: Albania: More Kosovo deaths will stir Albanians.
- Reuters News Service vom 7.1.1999: Albania: Tirana invites Kosovo Albanian leader to talks; Süddeutsche Zeitung vom 14.1.1999: Albanien: "Das Vakuum im Kosovo füllen".
- Der Standard vom 25.2.1999: Albanien: Tirana will Kosovaren zur Unterschrift überreden.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 13.3.1999: Albania: Albanian emergency manouvres on Kosovo border; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 15.3.1999: Albania: Albanian premier says army ready to counter any Balkan aggression.
- Nur beispielsweise: BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 18.3.1999: Albania: Serbian artillery pound Albanian villages, damage TV antenna – Albanian agency; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 18.3.1999: Albania: Police report prolonged Serb shelling of border village.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 18.3.1999: Albania: NATO to use Albanian railways for transport to Macedonia.
- The Times vom 23.4.1999: Albania: US troops wary of bandit country — Balkan war-campaign lengthens.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 25.3.1999: Albania: Albania says it has protection guarantee from NATO and USA; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 26.3.1999: Albania: Albanian prime minister hails NATO strikes against Yugoslavia.
- Zur Neuordnung des südslawischen Raumes. Zur Entwicklung der Bundesrepublik Jugoslawien im Kontext der NATO-Luftangriffe. In: ÖMZ 4/1999, 477.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 23.6.1999: Albania: French troops start building airport in South; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 23.6.1999: Albania: Minister, NATO officer sign transport work agreement.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 25.6.1999: Albania: NATO troops are restoring hope – premier.
- APA 382 vom 28.7.1998.
- APA 113 vom 16.1.1998.
- APA 095 vom 23.8.1998.
- Die albanische Armee ist abgesehen von ihrer schlechten Organisation und mangelnder moderner Ausrüstung und Bewaffnung nur wenige tausend Mann stark. Die im August/September stattgefundenen Übungen wie Voskopoja 98, Deja 98, Kommando 98 oder Drini 98, bei denen bis zu bataillonsstarke Kampfgruppen teilgenommen haben, beweisen zwar eine steigende Ausbildungstätigkeit, doch zeigten die Truppen bei diesen Manövern eher schwache Leistungen.
- Gerüchte, daß diese auf der Seite Berishas in Albanien aktiv werden könnte, waren schon 1998 aufgetaucht als zwei der führenden Kosovo-albanischen Parteien, die LDK und die PLK, nach der Ermordung Azem Hajdaris beklagten, daß 1997 "a fratricide warfare was instigated by anti-Albanian neighbours and remnants of communist

dictatorship". Und weiter in dieser Erklärung in bezug auf den Kosovo: "The corrupt government of Fatos Nano who has rendered himself in the service of Greek and Serbia is trying to bury the political will of the people of Kosova for self-determination and independence" (BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 15.9.1998: Albania: Ethnic Albanian parties condemn murder of Albanian opposition leader).

- Im Laufe der Kampfhandlungen im Kosovo wurden verschiedenste bewaffnete Gruppierungen die im Kosovo aktiv wurden als UCK titulierte; ein Sammelbegriff für diverse Fraktionen aber auch lokale Kleingruppen und Bürgerwehren. Die Demokratische Liga des Kosovo (LDK) mit ihren Führern Ibrahim Rugova und Bujar Bukoshi, die lange einen militärischen Widerstand abgelehnt hatte, war kaum in der Lage gewesen größere militärische Kräfte zu mobilisieren. Sie hatte jedoch die militärisch fähigeren Köpfe in ihren Reihen. An Truppen stehen ihr nur die sogenannten "Bewaffneten Kräfte der Republik Kosova (FARK)" bzw. die "Skanderbeg-Division" zur Verfügung. Es ist aber schwierig die Zugehörigkeit aller Einheiten klar nachzuvollziehen. Nichtsdestotrotz ist der linke Flügel rund um die Volksbewegung des Kosovo (LPK) und Hashim Thaci die eindeutig dominierende und wesentlich stärkere Kraft der UCK. (Vgl. auch Die Presse vom 12.6.1999; Albanien: Die UCK im Dilemma – zwei Fraktionen, zwei Wege, zwei Führer; Berliner Zeitung vom 16.6.1999; Jugoslawien: Albanische Formation – gespalten in zwei Lager; Der Standard vom 23.6.1999; Im Kosovo entwaffnet die UCK Rugova-loyale Albaner).
- APA 155 vom 16.8.1998; Archiv der Gegenwart vom 4. August 1998, Albanien, 42970 - 42971.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 23.7.1998: Albania: Authorities arrest third suspected Egyptian terrorist; BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 10.8.1998: Albania: Paper says islamic militants using Albania for fund raising; Der Standard vom 24.8.1998: Wieder zehn Araber in Albanien festgenommen; NZZ vom 25.8.1998: Zeichen der anhaltenden Instabilität in Albanien.
- Die Presse vom 16.1.1999: Albanien will nicht länger Unterschlupf für Extremisten sein.
- So gibt es Mutmaßungen, daß die Arab-Albanian Bank Teil des Finanzapparates Bin Ladins ist, was von dieser jedoch dementiert wird (Schmidt-Neke, Michael; Regierungswechsel in Albanien: die Rückkehr der Krise. In: Südosteuropa 10-11/1998, 518).
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 8.9.1998: Albania: Italian weekly links Saudi billionaire to banks and companies in Albania; Al-Quds al-Arabi (London) vom 26.10.1998. Zitiert in: BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 31.10.1998: Albania: Egyptian islamist linked to Bin Ladin found dead in Tirana - London-based paper.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 17.2.1999: Albania: Two "islamic terrorists" arrested for US-embassy surveillance.
- Al-Sharq-al-Awsat (London) vom 27.10.1998. Zitiert in: BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 27.10.1998: Albania: Crackdown to follow death of islamist terrorist supporter paper.
- Albanian Daily News vom 26.8.1998: The ten moslems arrested last weekend already extradited.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 8.10.1998: Albania: Foreign minister softens line in relations with islamic world.

- Lipsius, Stephan: Politik und Islam in Albanien — Instrumentalisierung und Abhängigkeiten. In: Südosteuropa 3-4/1998, 129-131.
- Der albanische Schriftsteller und Intellektuelle Ismail Kadare trat 1997 sogar dafür ein, alle Staaten der Balkan-Region für geraume Zeit unter "internationale Kuratel" zu stellen, weil sie zu einer gewaltfreien demokratischen Entwicklung derzeit nicht imstande wären. "Die Länder auf dem Balkan sind nicht imstande, ihre Probleme selbst zu lösen, als Folge der Lügen und der Hypothesen der Vergangenheit. Die Menschen in den balkanischen Ländern müssen sich erst geistig emanzipieren. Sie müssen sich freimachen von den verlogenen nationalistischen und chauvinistischen Mythen, die unter ihnen zirkulieren. Man muß der Demokratie erst den Boden bereiten, das Terrain entgiften und das Unkraut jäten. Es liegt an Europa, die Völker am Balkan zur Mündigkeit zu führen."(APA 128 vom 11.6.1997).
- Falsch verstandene Flüchtlings- und Menschenrechtspolitik, die nur die individuelle Zufriedenheit im Auge hat, verhindert somit sinnvolle Entwicklungspolitik.
- APA 669 vom 22.4.1999.
- Reuters News Service vom 4.2.1999: USA: Interview — premier confident of U.S. help for Albania.
- Reuters News Service vom 30.9.1998: Belgium: New group for Albania.
- Nachdem die italienische Finanzpolizei Stellung auf der vor Vlora liegenden Insel Sazan bezogen hatte, verlegten die Schmuggler ihre Schnellboote aus der Bucht von Vlora. Der nicht abreißende Strom an zahlungskräftigen Fluchtwilligen wird jedoch nunmehr von benachbarten Stränden aus nach Italien gebracht.
- BBC Monitoring Service: Central Europe & Balkans vom 5.11.1998: Albania: Paper says Italy to double size of forces in Albania.
- Beispielsweise die erst kürzlich gegründete Multinational Peace Force South-Eastern Europe. Am 26.9.1998 wurde in Skopje die Schaffung der multinationalen Truppe von den Verteidigungsministern Italiens, Griechenlands, der Türkei, Albanien, Mazedoniens, Bulgariens und Rumäniens unterzeichnet (NZZ vom 29.9.1998: Mazedonien: Bildung einer Friedenstruppe für Südosteuropa).
- Vgl. auch NZZ vom 21.6.1999; Athens sichtbare Präsenz in Albanien.

\*Artikel wie publiziert, aber ohne Diagramme